



Bundesministerium  
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

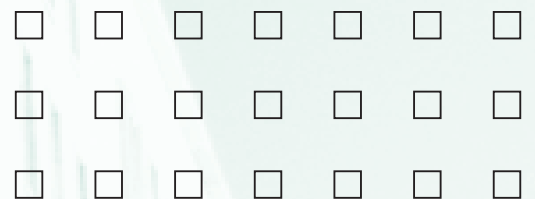
**August**

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF August 2005



# Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005	27
Termine	29
Analysen und Berichte	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2005	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005	45
Kölner Schuldeninitiative (HIPC) und multilateraler Schuldenerlass	49
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	53
Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO)	71
Statistiken und Dokumentationen	77
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im Zentrum des Monatsberichts August 2005 stehen Informationen über die Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie über die Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005. Einen weiteren Schwerpunkt bilden in diesem Monat internationale Finanz- und Wirtschaftsthemen. So wird der Stand der Umsetzung der Kölner Initiative zur Schuldenerleichterung für hoch verschuldete arme Länder beleuchtet. In weiteren Beiträgen wird die Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern dargestellt sowie über die Zusammenarbeit des Zollkriminalamtes mit der Weltzollorganisation berichtet.

Im 1. Halbjahr 2005 betrugen die Ausgaben des Bundes 136,1 Mrd. €. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mrd. € ist im Wesentlichen auf höhere Arbeitsmarktausgaben zurückzuführen. Diese sind in nicht unerheblichem Umfang Ergebnis der Anpassungsprozesse im Rahmen der Modernisierung der Arbeitsmärkte, die mittelfristig zu einem spürbaren Abbau der Beschäftigungslosigkeit beitragen wird.

Die Einnahmen des Bundes summierten sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 96,6 Mrd. €. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Einnahmensteigerung von 6,4 Mrd. €. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die erstmalige Abführung von Teilbeträgen des Aussteuerungsbetrages der Bundesagentur für Arbeit, die erstmalige Vereinnahmung der streckenbezogenen Lkw-Maut, die vorzeitige Schuldentilgung anderer Staaten sowie höhere Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen des Bundes zurückzuführen.

Die Steuereinnahmen bei Bund und Ländern betrugen im 1. Halbjahr 2005 nach endgültigen Ergebnissen 192,6 Mrd. €, das sind 1 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2004.



Insgesamt ist die Lage der öffentlichen Haushalte nach wie vor angespannt. Dabei ist die ausgabenseitige Konsolidierungspolitik durchaus erfolgreich. Die Bundesaussgaben stiegen zwischen 1999 und 2004 nur um knapp 0,4 % jährlich. Das bedeutet: Real, unter Berücksichtigung des Preisanstiegs, sind die Ausgaben des Bundes zurückgeführt worden.

Die Höhe der Defizite auf allen staatlichen Ebenen lässt erkennen, dass Ausgabenkürzungen allein nicht ausreichen, um zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Vielmehr müssen Maßnahmen ergriffen werden, die auch auf der Einnahmenseite positive Wirkungen entfalten. Da man konjunkturpolitisch schädliche Erhöhungen von Steuersätzen vermeiden sollte, gibt es keine sinnvolle Alternative zum dringend notwendigen Abbau der Subventionen, vor allem von Steuervergünstigungen. Gemeinsam können Bund und Länder hier viel erreichen.

Gemeinsames Handeln ist auch die Grundidee im Bereich der Schuldeninitiativen: Die 1996 ins Leben gerufene Initiative zur Schuldenerleichterung für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC-Initiative) ist in eine Strategie der Armutsbekämpfung eingebettet. Der Schuldenerlass ermöglicht es den begünstigten Ländern, notwendige Reformen zur Armutsbekämpfung weiter voranzutreiben. Die Initiative erlaubte erstmals Schuldenerlasse nicht nur durch die

bilateralen Gläubiger, sondern auch durch die internationalen Finanzinstitutionen. Der Schuldenerlass ist an strenge Kriterien gebunden, insbesondere im Bereich der Regierungsführung („good governance“). Diese Initiative war bereits auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln auf Betreiben der Bundesregierung deutlich verbessert und ausgeweitet worden.

Um den Kampf gegen die Armut zu intensivieren, haben die G 8-Staaten im Juni 2005 auf dem Wirtschaftsgipfel in Gleneagles beschlossen, HIPC-Länder über die Kölner Schuldeninitiative hinaus weiter zu entschulden, soweit sie eine gute Regierungsführung nachweisen können.

Die Bedeutung der Schwellenländer für die Weltwirtschaft nimmt zu. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern ist in diesem Jahr bislang überwiegend positiv verlaufen. Dieser Trend zeigt sich auch an den Finanzmärkten. Die Außenverschuldung stellt jedoch weiterhin ein nicht zu unterschätzendes Risikopotenzial dar. Im Vergleich zu früheren Jahren hat sich die makroökonomische Stabilität in den Schwellenländern aber spürbar verbessert.

Die steigende Bedeutung internationaler Zusammenarbeit prägt auch die Arbeit des Zolls. So hat die Weltzollorganisation beim Zollkriminalamt Köln eines ihrer weltweiten Regionalbüros (Regional Intelligence Liaison Offices – RILO) eingerichtet. Aufgabe der Weltzollorganisation ist die weltweite Harmonisierung und Vereinfachung der Zollformalitäten. Die Aufgabe der Regionalbüros besteht in der Erstellung regionaler Lagebilder und Situationsberichte sowie projektbezogener Analysen im Bereich der Schmuggelbekämpfung. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind derzeit die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, des Tabak- und Zigarettenschmuggels sowie der Produktpiraterie. Für erfolgreiche Bekämpfungsansätze ist eine effektive und möglichst frühe Information über weltweite Veränderungen und Trends bei Zollzuwiderhandlungen eine wichtige Voraussetzung.



Volker Halsch  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005	27
Termine	29



# Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juli lagen mit 164,1 Mrd. € um 3,8 Mrd. € (+ 2,4 %) über dem Vorjahresergebnis. Ausgabensteigernd wirkten im bisherigen Jahresver-

lauf die gestiegenen Aufwendungen für den Arbeitsmarkt.

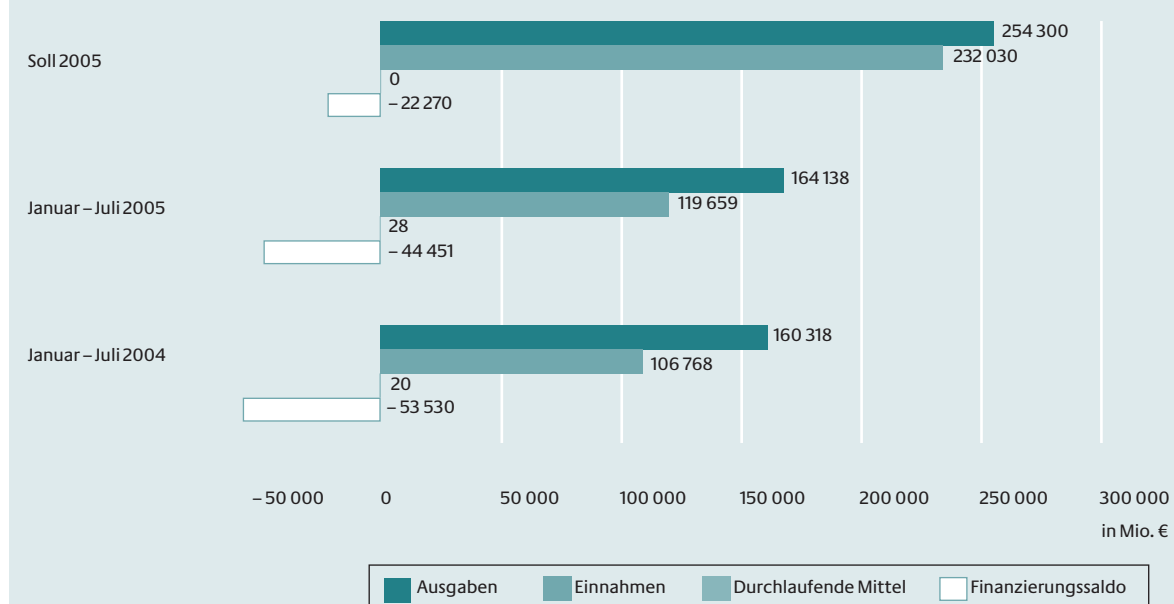
Die Einnahmen des Bundes insgesamt lagen bis einschließlich Juli mit 119,7 Mrd. € um

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juli 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	164,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	2,4
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	119,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	12,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	97,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	0,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 44,5
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 11,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 32,4

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



12,1 % über dem Vorjahresergebnis. Die gegenüber dem Vorjahr positive Gesamtentwicklung der Einnahmen beruht hauptsächlich auf der Entwicklung der Verwaltungseinnahmen des Bundes. Sie lagen im Juli um 12,2 Mrd. € über

dem Vorjahresergebnis. Gründe hierfür sind insbesondere die erstmalig in 2005 erfolgte Vereinnahmung des Aussteuerungsbetrags der Bundesagentur für Arbeit und der streckenbezogenen Lkw-Maut sowie höhere Privatisierungser-

### Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Juli		Ist 2004 Januar bis Juli		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	26 271	16,0	27 693	17,3	– 5,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	2 361	1,4	2 370	1,5	– 0,4
Verteidigung	27 871	15 056	9,2	16 360	10,2	– 8,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	4 599	2,8	4 596	2,9	0,1
Finanzverwaltung	3 192	1 618	1,0	1 761	1,1	– 8,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	6 188	3,8	6 083	3,8	1,7
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	431	0,3	456	0,3	– 5,5
BAföG	1 026	718	0,4	679	0,4	5,7
Forschung und Entwicklung	6 816	3 546	2,2	3 622	2,3	– 2,1
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	87 276	53,2	80 417	50,2	8,5
Sozialversicherung	75 182	48 953	29,8	48 949	30,5	0,0
Arbeitslosenversicherung	4 000	4 820	2,9	7 490	4,7	– 35,6
Grundsicherung für Arbeitssuchende	27 650	19 710	12,0	–	–	–
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	14 577	8,9	–	–	–
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	1 915	1,2	–	–	–
Wohngeld	850	827	0,5	1 876	1,2	– 55,9
Erziehungsgeld	2 740	1 682	1,0	1 827	1,1	– 7,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	1 969	1,2	2 175	1,4	– 9,5
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	460	0,3	479	0,3	– 4,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	976	0,6	1 011	0,6	– 3,5
Wohnungswesen	1 232	836	0,5	805	0,5	3,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	3 671	2,2	3 825	2,4	– 4,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	494	0,3	630	0,4	– 21,6
Kohlenbergbau	1 645	1 643	1,0	1 814	1,1	– 9,4
Gewährleistungen	1 500	592	0,4	565	0,4	4,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	4 643	2,8	4 569	2,8	1,6
Straßen (ohne GVFG)	5 603	2 350	1,4	2 509	1,6	– 6,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	3 924	2,4	5 684	3,5	– 31,0
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	2 814	1,7	2 906	1,8	– 3,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	884	0,5	1 111	0,7	– 20,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	30 729	18,7	30 557	19,1	0,6
Zinsausgaben	38 875	30 255	18,4	28 832	18,0	4,9
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>254 300</b>	<b>164 138</b>	<b>100,0</b>	<b>160 318</b>	<b>100,0</b>	<b>2,4</b>

löse. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen mit 97,7 Mrd. € erstmalig in diesem Jahr ebenfalls über dem entsprechenden Vorjahresergebnis (+ 0,7%).

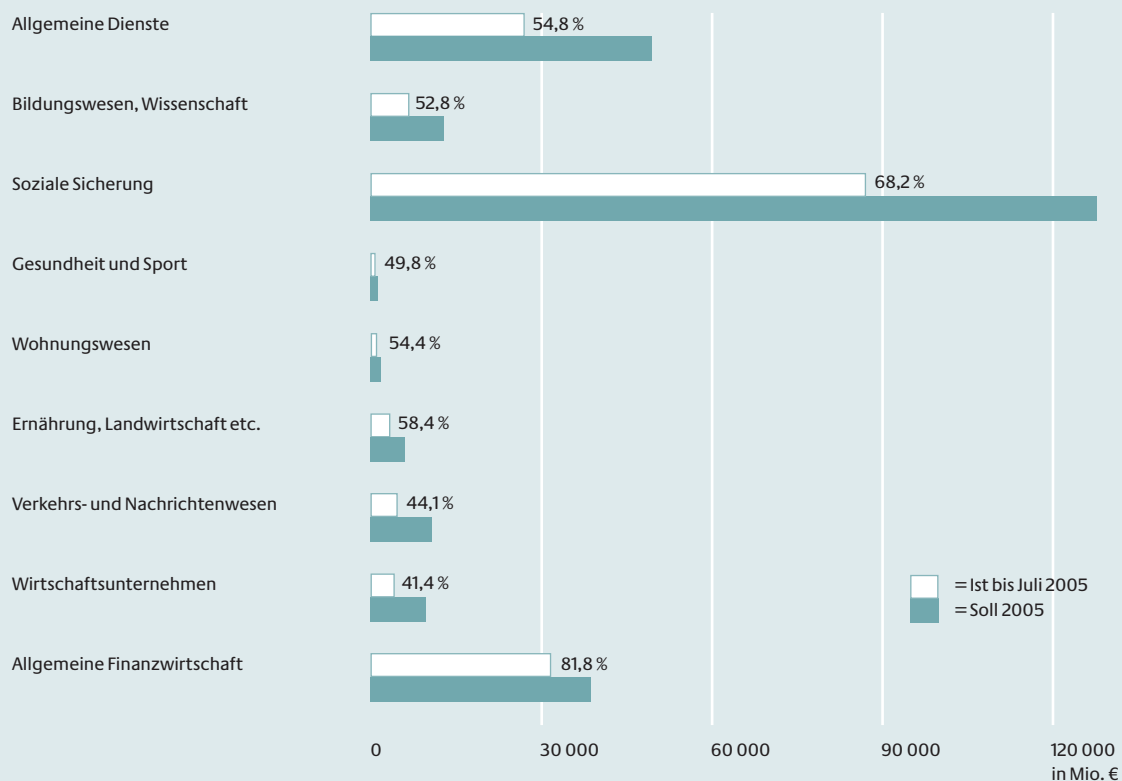
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 44,5 Mrd. €. Auf Grund der

gestiegenen Einnahmen liegt dieses trotz der höheren Arbeitsmarktausgaben deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Aus dem unterjährigen Saldo können jedoch noch keine belastbaren Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis gezogen werden.

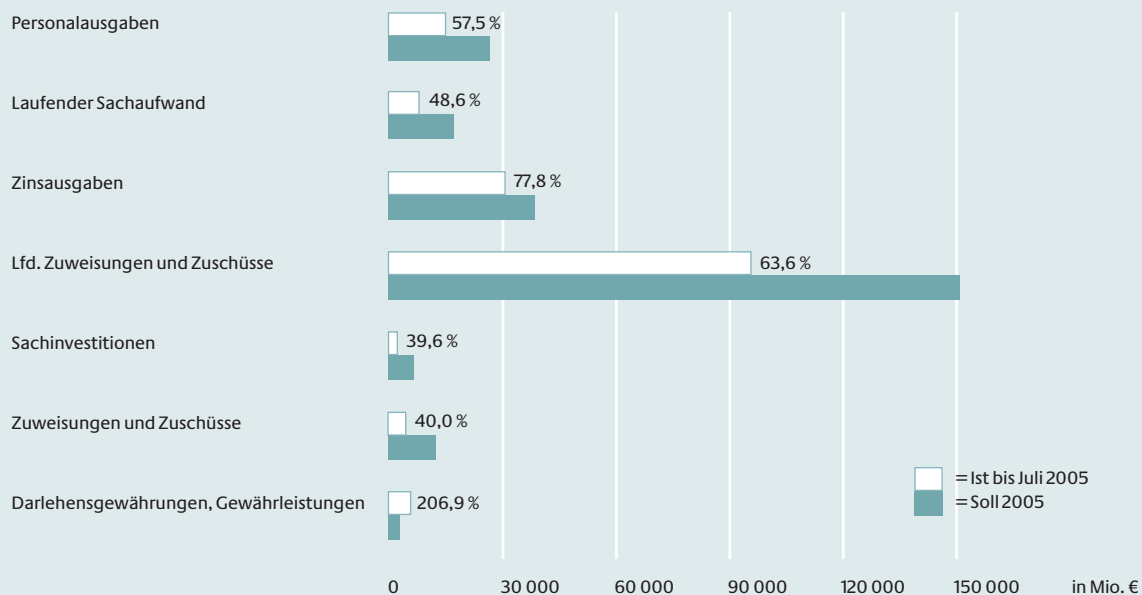
### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Juli		Ist 2004 Januar bis Juli		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>233 713</b>	<b>149 939</b>	<b>91,3</b>	<b>142 706</b>	<b>89,0</b>	<b>5,1</b>
Personalausgaben	26 865	15 437	9,4	16 455	10,3	– 6,2
Aktivbezüge	20 147	11 443	7,0	12 499	7,8	– 8,4
Versorgung	6 718	3 994	2,4	3 957	2,5	0,9
Laufender Sachaufwand	17 354	8 429	5,1	8 434	5,3	– 0,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	671	0,4	698	0,4	– 3,9
Militärische Beschaffungen	8 122	3 483	2,1	4 051	2,5	– 14,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	4 275	2,6	3 685	2,3	16,0
Zinsausgaben	38 875	30 255	18,4	28 832	18,0	4,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	95 595	58,2	88 756	55,4	7,7
an Verwaltungen	13 015	7 769	4,7	8 439	5,3	– 7,9
an andere Bereiche	137 210	87 896	53,6	80 305	50,1	9,5
darunter:						
Unternehmen	16 516	7 867	4,8	7 774	4,8	1,2
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	19 996	12,2	14 984	9,3	33,4
Sozialversicherungen	94 560	57 641	35,1	55 406	34,6	4,0
Sonstige Vermögensübertragungen	395	223	0,1	229	0,1	– 2,6
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>22 745</b>	<b>14 199</b>	<b>8,7</b>	<b>17 612</b>	<b>11,0</b>	<b>– 19,4</b>
Finanzierungshilfen	16 011	11 534	7,0	14 754	9,2	– 21,8
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	5 013	3,1	5 617	3,5	– 10,8
Darlehensgewährungen,						
Gewährleistungen	2 907	6 015	3,7	8 646	5,4	– 30,4
Erwerb von Beteiligungen,						
Kapitaleinlagen	559	506	0,3	490	0,3	3,3
Sachinvestitionen	6 734	2 665	1,6	2 858	1,8	– 6,8
Baumaßnahmen	5 372	2 132	1,3	2 271	1,4	– 6,1
Erwerb von beweglichen Sachen	917	363	0,2	380	0,2	– 4,5
Grunderwerb	445	170	0,1	207	0,1	– 17,9
<b>Globalansätze</b>	<b>– 2 158</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>254 300</b>	<b>164 138</b>	<b>100,0</b>	<b>160 318</b>	<b>100,0</b>	<b>2,4</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juli 2005



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juli 2005



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>190 786</b>	<b>97 717</b>	<b>81,7</b>	<b>97 022</b>	<b>90,9</b>	<b>0,7</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	78 607	65,7	76 432	71,6	2,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	36 099	30,2	35 793	33,5	0,9
davon:						
Lohnsteuer	51 840	27 193	22,7	28 233	26,4	- 3,7
veranlagte Einkommensteuer	2 447	- 635	- 0,5	- 1 773	- 1,7	- 64,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	3 993	3,3	4 090	3,8	- 2,4
Zinsabschlag	3 234	2 079	1,7	2 087	2,0	- 0,4
Körperschaftsteuer	8 630	3 470	2,9	3 155	3,0	10,0
Steuern vom Umsatz	74 565	41 919	35,0	40 117	37,6	4,5
Gewerbesteuerumlage	1 345	588	0,5	523	0,5	12,4
Mineralölsteuer	41 500	17 690	14,8	18 406	17,2	- 3,9
Tabaksteuer	14 750	7 373	6,2	6 990	6,5	5,5
Solidaritätszuschlag	10 286	5 710	4,8	5 668	5,3	0,7
Versicherungsteuer	8 900	5 910	4,9	5 882	5,5	0,5
Stromsteuer	6 600	3 780	3,2	3 918	3,7	- 3,5
Branntweinabgaben	2 162	1 089	0,9	1 121	1,0	- 2,9
Kaffeesteuer	1 040	565	0,5	583	0,5	- 3,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 7 250	- 6,1	- 7 503	- 7,0	- 3,4
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 9 852	- 8,2	- 8 668	- 8,1	13,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 2 023	- 1,7	- 2 081	- 1,9	- 2,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 4 114	- 3,4	- 3 972	- 3,7	3,6
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>41 244</b>	<b>21 942</b>	<b>18,3</b>	<b>9 746</b>	<b>9,1</b>	<b>125,1</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	809	0,7	694	0,7	16,6
Zinseinnahmen	326	211	0,2	679	0,6	- 68,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	11 983	10,0	3 203	3,0	274,1
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>232 030</b>	<b>119 659</b>	<b>100,0</b>	<b>106 768</b>	<b>100,0</b>	<b>12,1</b>

## Steuereinnahmen im Juli 2005

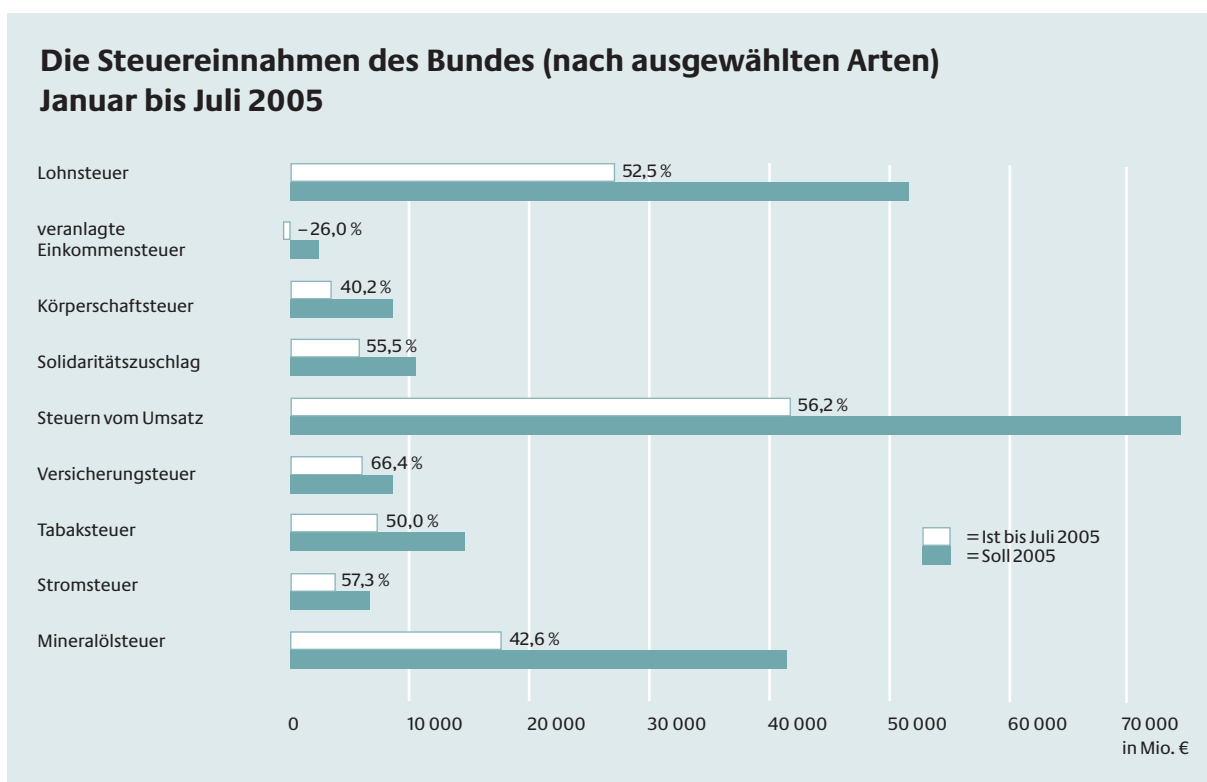
Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Juli 2005 um + 2,5 %. Dabei nahmen sowohl die gemeinschaftlichen Steuern mit + 1,7 % als auch die Bundessteuern mit + 5,1 % und die Ländersteuern mit + 2,7 % zu. Diese positive Entwicklung ist allerdings – insbesondere bei den Bundessteuern – vor dem Hintergrund einer schwachen Vorjahresbasis zu sehen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verbesserten sich im Juli mit + 7,5 % gegenüber dem Vorjahr deutlich. Dieser kräftige Anstieg resultiert neben den Zuwächsen bei Gemeinschafts- und Bundessteuern vor allem aus geringeren Abführungen an die EU (– 11,7 %). In der kumulierten Betrachtung Januar bis Juli 2005 übersteigt der Zuwachs bei den Steuereinnahmen des Bundes gegenwärtig mit + 0,7 % die für das Gesamtjahr geschätzte Veränderungsrate von + 0,2 %.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sanken im Vergleich zum Vorjahr um – 4,5 %. Ein Grund für den im Vergleich zu den Monaten Mai und Juni wieder stärkeren Rückgang könnten Kürzungen des Urlaubsgeldes sein.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag im Juli um + 337 Mio. € über dem Vorjahreswert. Dabei gingen die aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer um – 272 Mio. € zurück, was zumindest teilweise auf einen nach wie vor bestehenden Rückstau bei den Veranlagungsarbeiten zurückzuführen ist. Auch die Investitionszulage (– 34 Mio. €) und die Eigenheimzulage (– 29 Mio. €) fielen geringer aus. Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer bleibt somit im Vorjahresvergleich fast unverändert (+ 2 Mio. €).

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang in Höhe von – 9,8 % zu verzeichnen. Damit setzt sich die uneinheitliche Entwicklung der





Vormonate mit starken Zuwächsen und starken Rückgängen fort.

Das Aufkommen beim Zinsabschlag stagnierte im Vergleich zum Vorjahresmonat. Da gleichzeitig die Umlaufrendite im Vorjahresvergleich gesunken ist, ist dies ein erfreuliches Ergebnis.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen um +160 Mio. € zu, wobei allerdings die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern recht heterogen war.

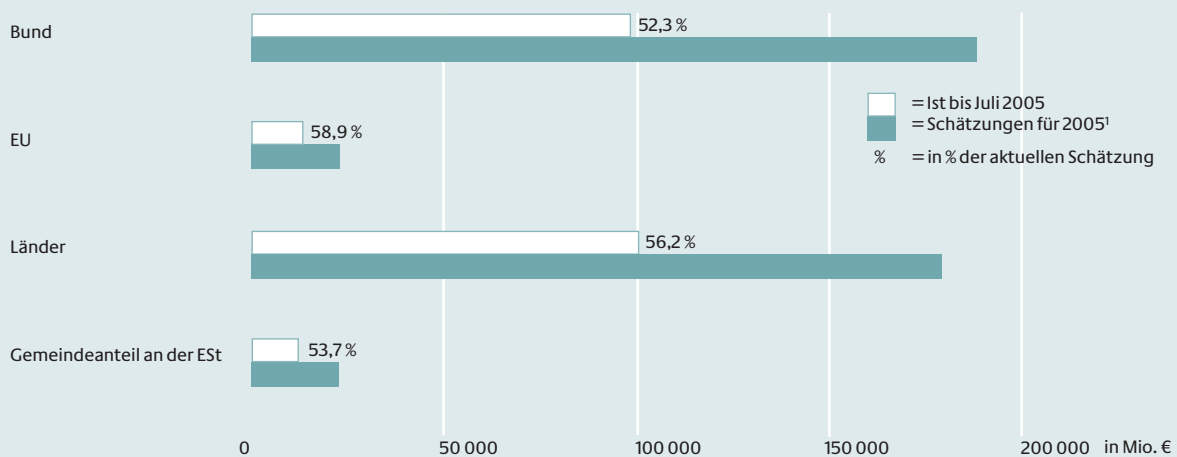
Die Steuern vom Umsatz stiegen um +3,1 %. Dabei lag das „eigentliche“ Steueraufkommen im Juli 2005 sogar noch höher, da in einem Bundesland ein Sonderfall auftrat, bei dem Steuereinnahmen in Höhe von rund 200 Mio. € aus buchungstechnischen Gründen in den August verschoben werden mussten.

Die reinen Bundessteuern nahmen im Vorjahresvergleich um +5,1 % zu. Dabei entwickelten sich fast alle Steuern positiv. So stiegen beispiels-

weise die Einnahmen aus der Mineralölsteuer trotz des hohen Ölpreises um +5,4 %. Hauptgrund hierfür ist die Steigerung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer auf Heizöl (+66,9 %) und Erdgas (+76,6 %). Auch die Tabaksteuer entwickelte sich mit einer Zunahme von +11,9 % überraschend positiv. Die Versicherungssteuer nahm im Vorjahresvergleich um +2,2 % zu, das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag stieg um +1,6 %. Einzig die Stromsteuer ging im Vergleich zum Vorjahr um -2,5 % zurück.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern nahmen im Vergleich zum Vorjahr um +2,7 % zu. Auch hier entwickelten sich die meisten Steuern positiv. So stiegen sowohl die Einnahmen aus der Erbschaft- als auch aus der Grunderwerbsteuer um jeweils +3,7 %. Das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer nahm steuerrechtlich bedingt um +4,6 % zu. Die Biersteuer stieg um +1,8 %, wohingegen die Rennwett- und Lotteriesteuer um -3,8 % abnahm.

### Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juli 2005



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2005).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2005	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 356	– 4,5	67 253	– 3,8	118 550	– 4,3
veranlagte Einkommensteuer	– 1 093	.	– 1 495	.	6 600	22,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	849	– 9,8	7 986	– 2,3	9 960	0,4
Zinsabschlag	416	– 1,1	4 725	– 0,3	6 826	0,8
Körperschaftsteuer	– 191	.	6 939	10,0	16 580	26,3
Steuern vom Umsatz	11 078	3,1	78 996	0,4	139 000	1,2
Gewerbesteuerumlage	601	18,4	1 586	12,0	3 294	– 1,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	490	12,4	1 181	19,8	2 465	6,9
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>22 505</b>	<b>1,7</b>	<b>167 171</b>	<b>0,7</b>	<b>303 275</b>	<b>0,4</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	3 368	5,4	17 690	– 3,9	41 000	– 1,9
Tabaksteuer	1 264	11,9	7 373	5,5	14 100	3,4
Branntweinsteuer	186	3,4	1 083	– 3,3	2 150	– 2,0
Versicherungsteuer	430	2,2	5 910	0,5	8 800	0,6
Stromsteuer	570	– 2,5	3 780	– 3,5	6 600	0,1
Solidaritätszuschlag	660	1,6	5 710	0,7	10 027	– 0,8
sonstige Bundessteuern	109	2,7	803	– 3,1	1 507	0,5
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 587</b>	<b>5,1</b>	<b>42 349</b>	<b>– 1,1</b>	<b>84 184</b>	<b>– 0,4</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	303	3,7	2 622	– 4,1	3 855	– 10,0
Grunderwerbsteuer	385	3,7	2 651	– 4,2	4 410	– 5,1
Kraftfahrzeugsteuer	724	4,6	5 214	7,3	8 700	12,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	140	– 3,8	1 063	– 3,5	1 850	– 1,9
Biersteuer	77	1,8	448	– 1,6	780	– 0,9
sonstige Ländersteuern	15	– 37,5	324	7,0	382	– 11,7
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 645</b>	<b>2,7</b>	<b>12 322</b>	<b>0,8</b>	<b>19 977</b>	<b>1,0</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	261	0,1	1 782	4,4	3 150	3,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	225	– 15,9	2 023	– 2,8	3 500	17,2
BNE-Eigenmittel	1 082	– 13,3	9 852	13,7	16 550	21,7
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 568</b>	<b>– 11,7</b>	<b>13 657</b>	<b>9,6</b>	<b>23 200</b>	<b>18,1</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>14 034</b>	<b>7,5</b>	<b>97 975</b>	<b>0,7</b>	<b>187 248</b>	<b>0,2</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>13 727</b>	<b>0,0</b>	<b>99 921</b>	<b>– 1,0</b>	<b>177 661</b>	<b>– 1,2</b>
<b>EU</b>	<b>1 568</b>	<b>– 11,7</b>	<b>13 657</b>	<b>9,6</b>	<b>23 200</b>	<b>18,1</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 669</b>	<b>– 1,0</b>	<b>12 071</b>	<b>0,1</b>	<b>22 477</b>	<b>– 2,5</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>30 998</b>	<b>2,5</b>	<b>223 624</b>	<b>0,4</b>	<b>410 586</b>	<b>0,3</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2005.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Juli gestiegen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Juni bei 3,08 % lag, notierte Ende Juli bei 3,20 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – sind gegenüber dem Vormonat ebenfalls auf 2,13 % leicht gestiegen (Ende Juni: 2,11 %). Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität

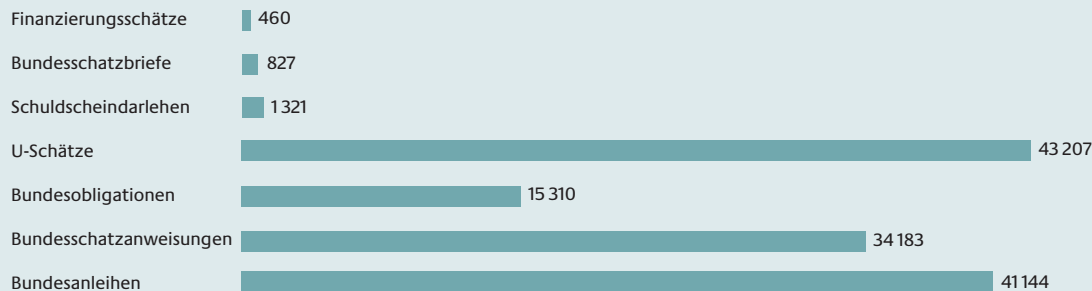
bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Juli weiter zulegen. Der Deutsche Aktienindex stieg von 4586 auf 4887 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 von 3182 auf 3327 Punkte (Monatsendstände).

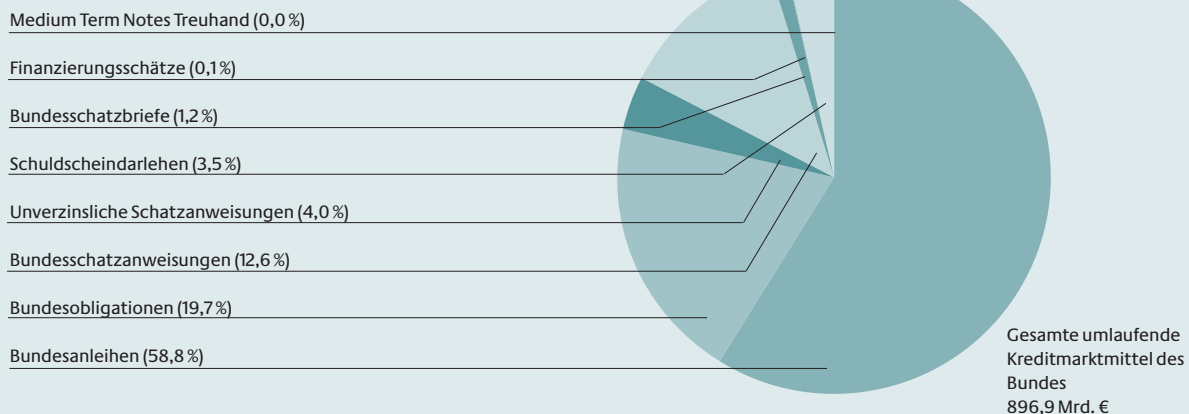
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im Juni 2005 auf 7,5 % (Vormonat: 7,3 %). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den

### Kreditaufnahme des Bundes bis Juli 2005 in Mio. €



### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Juli 2005



Zeitraum April bis Juni 2005 stieg auf 7,2 %, verglichen mit 6,8 % in der Zeit von März bis Mai 2005 (Referenzwert: 4,5 %). Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor erhöhte sich im Euroraum im Juni auf 8,0 % nach 7,8 % im Mai. Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat nach wie vor stimulierende Wirkung auf das Geldmengen- und Kreditwachstum.

In Deutschland lag die vorgenannte Kreditwachstumsrate im Juni 2005 mit 1,5 % leicht über dem Vormonatswert (1,4 %).

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 31. Juli 2005 136,5 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005<sup>1</sup> haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Juli 2005 um 4,6 % auf 896,9 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 3. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 49 Mrd. € zu begeben, hiervon sind rd. 16 Mrd. € realisiert.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Der detaillierte Emissionskalender für das 4. Quartal 2005 wird in der 3. Dekade im September 2005 veröffentlicht.

<sup>1</sup> Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

### Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2005 (in Mrd. €)

#### Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	0
Bundesobligationen	–	15,3	–	15,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	6,2	5,9	18,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen des Entschädigungsfonds	–	–	–	0
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	1,1	–	–	1,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,2	1,0	1,0	3,1
MTN Treuhand	–	–	–	0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>8,4</b>	<b>22,6</b>	<b>19,1</b>	<b>50,1</b>

#### Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	11,4	2,6	1,1	15,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 3. Quartal 2005 auf rund 50,1 Mrd. €. Die

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 3. Quartal 2005 auf rund 15,2 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2005

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137107 WKN 113 710	Aufstockung	13. Juli 2005	2 Jahre fällig 15. Juni 2007 Zinslaufbeginn: 15. Juni 2005 Erster Zinstermin: 15. Juni 2006	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113527	Aufstockung	20. Juli 2005	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Aufstockung	17. August 2005	10 Jahre fällig 4. Juli 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137115 WKN 113 711	Neuemission	14. September 2005	2 Jahre fällig 14. September 2007 Zinslaufbeginn: 14. September 2005 Erster Zinstermin: 14. September 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Neuemission	21. September 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	ca. 7 Mrd. €
<b>3. Quartal 2005 insgesamt</b>				<b>ca. 31 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114817 WKN 111 481	Neuemission	11. Juli 2005	6 Monate fällig 18. Januar 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114825 WKN 111 482	Neuemission	15. August 2005	6 Monate fällig 15. Februar 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114833 WKN 111 483	Neuemission	12. September 2005	6 Monate fällig 15. März 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>3. Quartal 2005 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Gemäß der BIP-Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes hat die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im 2. Quartal stagniert. Diese Abschwächung war vor dem Hintergrund eines mit 0,8 % recht kräftigen Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal, der auch durch die außergewöhnliche Arbeitstagekonstellation um die Jahreswende 2004/2005 beeinflusst worden war, erwartet worden. Nach erster Einschätzung kamen konjunkturelle Impulse wohl vor allem von der weiter zunehmenden Investitionstätigkeit sowie einem Vorratsaufbau. Demgegenüber lieferte der Außenbeitrag einen leicht negativen Wachstumsbeitrag. Auch der private Konsum war vermutlich weiterhin schwach. Demzufolge war auch die Lage der öffentlichen Haushalte im 1. Halbjahr auch noch angespannt. Allerdings zeigen die aktuellen Indikatoren für das 2. Halbjahr wieder eine dynamischere Gangart der Konjunktur, insbesondere auch der Binnennachfrage, an. Dies spiegelte sich bereits in den Steuereinnahmen für Juli wider, die deutlich um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr zulegten. Erfreulich ist dabei die Tatsache, dass nicht nur die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um 160 Mio. € zunahmen. Auch die Umsatzsteuer entwickelte sich mit einem Plus von 3,1 % sehr positiv, so dass sich damit die Anzeichen einer sich allmählich belebenden Binnennachfrage verdichten.

Die Einzelergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal gibt das Statistische Bundesamt erst Ende August bekannt. Anhand der vorliegenden Konjunkturindikatoren ließ sich aber bereits vermuten, dass der Außenbeitrag im vergangenen Vierteljahr rein rechnerisch einen leicht negativen Impuls gegeben haben dürfte. Dies lag jedoch nicht etwa an einer Abschwächung der Exporttätigkeit, sondern an einer sehr

kräftigen Ausweitung des Importvolumens. So wurde die Warenausfuhr gegenüber dem Vorquartal spürbar um saisonbereinigt 2,1 % ausgeweitet. Damit erhöhte sich im 1. Halbjahr der Wert der exportierten Waren deutlich um 5,9 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Nach Ländergruppen verzeichneten dabei Exporte in den Euro-Raum den größten Zuwachs (+ 8,0 %). Die Ausweitung der Exporttätigkeit in EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Raums und in Drittländer fiel dagegen wesentlich geringer aus (+ 3,5 % und + 4,6 %). Gleichzeitig war jedoch auch bei der Wareneinfuhr im 2. Quartal eine kräftige Zunahme zu verbuchen (+ 3,6 %). Für den weiteren Jahresverlauf ist zu erwarten, dass sich die günstige Exportentwicklung fortsetzt. Hierfür sprechen die weiterhin deutlich im positiven Bereich liegenden ifo-Exporterwartungen, die nahezu unverändert dynamische Weltkonjunktur sowie der seit Jahresbeginn gegenüber dem US-Dollar abgewertete Euro. Demgegenüber könnte die in der Tendenz eher seitwärts gerichtete Entwicklung der Auftragsgänge aus dem Ausland auf ein Nachlassen der Exportdynamik im Jahresverlauf hindeuten.

Die günstige außenwirtschaftliche Entwicklung hat die Binnenwirtschaft begünstigt. So hat die dynamische Entwicklung der Weltkonjunktur und damit auch der Exporte dazu geführt, dass die Industrieproduktion im 2. Vierteljahr weiter expandierte (saisonbereinigt + 0,5 % gegenüber dem Vorquartal), wenn auch deutlich schwächer als im vorangegangenen Vierteljahr. Aber auch die verbesserte Importtätigkeit könnte indes ein Anzeichen für eine leichte Belebung der Binnennachfrage sein. Hatte in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch die Konsumgüterproduktion einen deutlichen Zuwachs erzielt, so wurde sie im vergangenen

## Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			4.Q.04	1.Q.05	2.Q.05	4.Q.04	1.Q.05	2.Q.05
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
real <sup>1</sup>	2 119	+ 1,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,3	- 0,3	+ 1,5
nominal <sup>2</sup>	2 207	+ 2,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,5	-
<b>Einkommen<sup>3</sup></b>								
Volkseinkommen	1 636	+ 2,2	- 0,1	+ 1,3	-	+ 1,4	+ 1,3	-
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,2	- 0,3	+ 0,4	-	- 0,1	- 0,4	-
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	502	+ 7,0	+ 0,3	+ 3,5	-	+ 5,8	+ 4,8	-
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 441	+ 1,2	+ 1,2	- 1,2	-	+ 2,2	+ 0,8	-
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7	-	- 0,1	- 0,2	-
Sparen der privaten Haushalte	155	+ 0,8	+ 3,4	- 1,5	-	+ 4,2	+ 2,7	-
<b>Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel</b>	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)					3- Monats- durch- schnitt			3- Monats- durch- schnitt
			Mai 05	Jun 05		Mai 05	Jun 05	
<b>Umsätze</b>								
Industrie <sup>4</sup>	105,2	+ 4,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,4	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,7
Inland <sup>4</sup>	99,4	+ 2,5	- 0,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3
Ausland <sup>4</sup>	114,5	+ 7,3	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,6	+ 6,1	+ 4,5
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	+ 3,4	-	- 5,4	- 6,0	-	- 14,3
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	101,6	+ 1,6	+ 2,3	- 1,0	+ 0,2	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,2
Großhandel (ohne Kfz.)	105,5	+ 5,5	+ 2,3	- 2,1	+ 0,7	+ 7,2	+ 4,3	+ 5,6
<b>Auftragseingang</b>								
Industrie	105,6	+ 7,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,6	+ 2,4	+ 10,0	+ 5,7
Inland	99,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 3,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 8,2	+ 4,6
Ausland	113,8	+ 9,5	+ 3,7	+ 0,8	- 0,4	+ 2,8	+ 11,8	+ 6,8
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	+ 6,7	-	+ 2,6	+ 3,3	-	- 3,4
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	731	+ 10,0	+ 3,7	- 0,4	+ 2,1	+ 5,2	+ 9,8	+ 6,6
Waren-Importe	576	+ 7,8	+ 5,6	- 5,5	+ 3,6	+ 10,9	+ 8,1	+ 9,5
<b>Arbeitsmarkt</b>	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mai 05	Jun 05	Jul 05	Mai 05	Jun 05	Jul 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 11	+ 28	-	+ 31	+ 47	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	- 5	- 26	- 42	+ 513	+ 471	+ 412
<b>Preisindizes</b>	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Mai 05	Jun 05	Jul 05	Mai 05	Jun 05	Jul 05
Importpreise	97,2	+ 1,0	- 0,4	+ 1,6	-	+ 2,2	+ 4,4	-
Erzeugerpreise								
gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,5	-	+ 4,1	+ 4,6	-
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0
<b>ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genuss- mittelindustrie)</b>	saisonbereinigte Salden							
	Dez 04	Jan 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05	Mai 05	Jun 05	Jul 05
Klima	+ 6,6	+ 6,5	+ 3,4	- 0,8	- 3,9	- 5,0	- 4,8	+ 0,2
Geschäftslage	+ 3,8	+ 5,0	+ 2,4	- 3,5	- 5,4	- 4,9	- 4,2	- 1,9
Geschäftserwartungen	+ 9,5	+ 7,9	+ 4,4	+ 1,8	- 2,4	- 5,1	- 5,5	+ 2,3

<sup>1</sup> Rechenstand: 11. August 2005.<sup>2</sup> Rechenstand: saisonbereinigte Veränderungsraten 11. August 2005, Ursprungswerte Mai 2005.<sup>3</sup> Rechenstand: Mai 2005.<sup>4</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Quartal wieder etwas heruntergefahren (– 0,7%). Demgegenüber wurden mehr Vorleistungs- und Investitionsgüter hergestellt (+ 0,8 % und + 1,1%). Die Zunahme in der Investitionsgüterproduktion dürfte das Verwendungsaggregat der Ausrüstungsinvestitionen positiv beeinflusst haben. Auch der Umsatz von Industrieprodukten legte zu (gegenüber dem Vorquartal + 0,4 %). Der Zuwachs kam allerdings nahezu ausschließlich aus dem Ausland und hier aus allen drei Gütergruppen. Im Inland wurden weniger Investitions- und Vorleistungsgüter abgesetzt, während der Umsatz von Konsumgütern leicht stieg. Da zum einen die inländischen Umsätze jedoch die höhere Produktion noch nicht vollständig wiedergegeben haben, zum anderen auch die Importe kräftig gestiegen sind, dürfte der positive Wachstumsbeitrag der Lagerinvestitionen im 2. Quartal nicht unbeträchtlich gewesen sein.

Für den weiteren Jahresverlauf deutet die Entwicklung der Auftragseingänge in nominaler Rechnung allerdings auf eine Erholung der Binnennachfrage im Wesentlichen über die Investitionen bei gleichzeitig fortgesetzten ausländischen Impulsen hin. So stieg der Wert der Auftragseingänge in der Industrie um 0,6 % nach annähernder Stagnation im Vorquartal. Insbesondere die inländischen Auftragseingänge sind mit einem Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem deutlichen Rückgang im Vorquartal (– 2,5%) ein Hoffnungsschimmer für die Binnenkonjunktur. Wenn auch der kräftige Anstieg im Bereich der Investitionsgüter wesentlich durch ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen im Juni beeinflusst wurde, sollten diese zumindest mittelfristig produktionswirksam werden und die Ausrüstungsinvestitionen weiter beflügeln.

Der Aufwärtstrend der Auftragseingänge wird von einer spürbaren Stimmungsverbesserung der Unternehmen begleitet. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe im Juli stark gestiegen, nachdem er sich im Juni bereits leicht erholt hatte. Dabei hellten sich insbe-

sondere die Geschäftserwartungen wieder kräftig auf. Die Lageeinschätzung verbesserte sich, ebenfalls merklich, zum dritten Mal in Folge. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe hatte im Juli auch, zumindest für die Teilkomponenten Auftragseingänge und Produktion, seine Aufwärtsbewegung fortgesetzt, wenngleich er insgesamt unter der Expansionsschwelle blieb.

Die Lage in der Bauwirtschaft – genauer im Bauhauptgewerbe – verbesserte sich im vergangenen Quartal erstmals seit langem. Dort wurde saisonbereinigt 2,2% mehr produziert, nachdem im 1. Quartal ein bisher absoluter Tiefpunkt erreicht worden war. Allerdings ist fraglich, ob damit auch die gesamten Bauinvestitionen angestiegen sind. Denn die Zunahme im Bauhauptgewerbe dürfte im Wesentlichen auf Nachholeffekte nach den witterungsbedingten Produktionsausfällen des vorangegangenen Quartals zurückzuführen sein. Demgegenüber könnte sich der nicht witterungsabhängige Bereich Ausbau, für den keine monatlichen Indikatoren vorliegen, weiterhin negativ entwickelt haben.

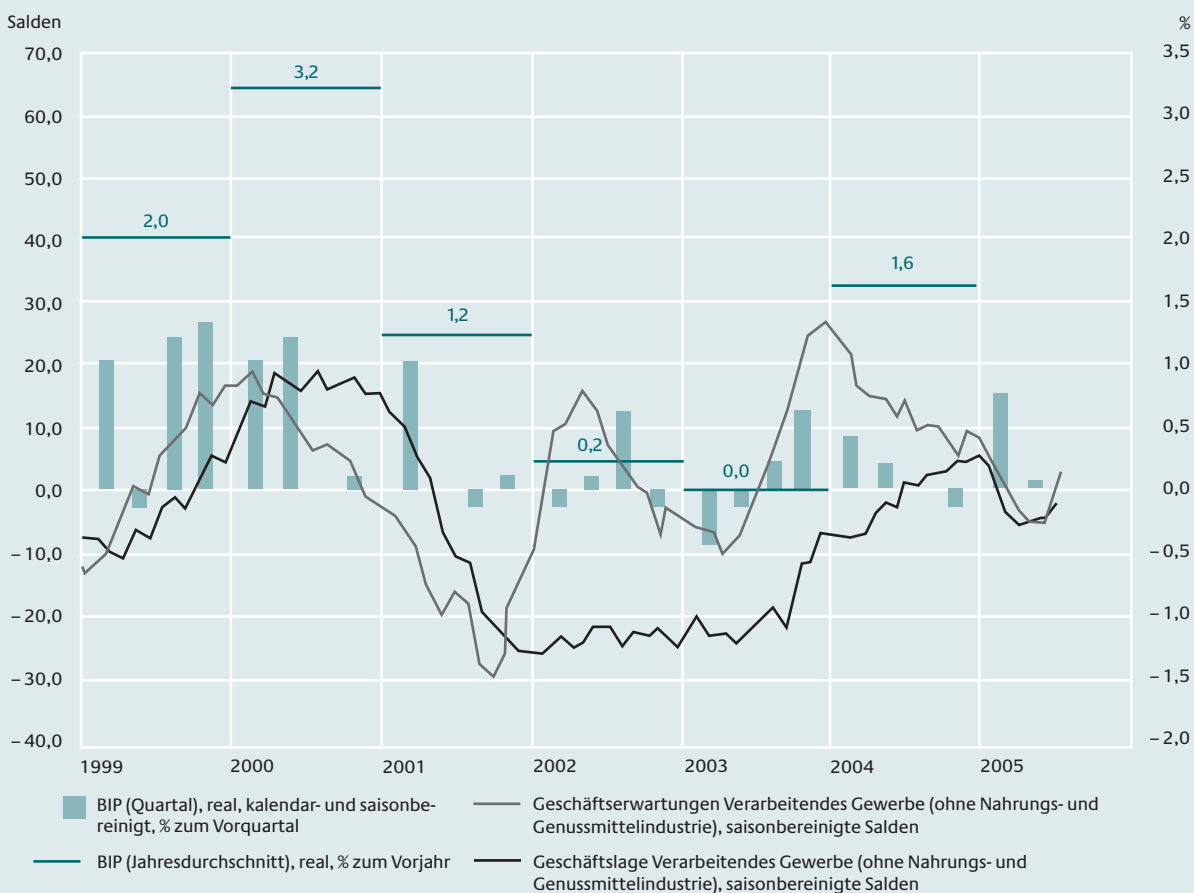
Während sich produktionsseitig die Anzeichen einer Belebung deutlich verdichten, könnten die Privaten Konsumausgaben möglicherweise ein weiteres Mal rückläufig gewesen sein. Die Revision der Einzelhandelsstatistik hatte zwar zu einem besseren Verlauf im 2. Halbjahr 2004 geführt, seit Anfang des Jahres waren danach die Einzelhandelsumsätze preis-, saison- und kalenderbereinigt aber wieder leicht abwärts gerichtet und stagnierten zuletzt. Der Wert der Einzelhandelsumsätze ist gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt nur wenig um 0,2% gestiegen, nach einem leichten Minus im 1. Quartal (– 0,2%). Die Aussagekraft der Einzelhandelsdaten ist jedoch auch nach der Umstellung des Berichtskreises aufgrund großer Revisionsanfälligkeit noch sehr begrenzt. Allerdings sind auch die anderen Indikatoren, die Auskunft über die Entwicklung des privaten Konsums geben könnten, gemischt. Einerseits



hatten die Umsätze der Konsumgüterproduzenten im Inland im 2. Quartal leicht zugelegt (+ 0,4 %), und auch die inländische Nachfrage nach Konsumgütern ist seit Jahresanfang deutlich aufwärts gerichtet (nominal + 2,1 % im 2. Quartal, nach + 2,6 % im Vorquartal). Andererseits kühlte sich das GfK-Konsumklima im Juli gegenüber dem Vormonat zum dritten Mal in Folge ab, und für August geht die GfK von einer weiteren Verschlechterung des Indikators aus. Damit setzte sich die im April begonnene Abwärtsbewegung des Verbrauchervertrauens fort. In die gleiche Richtung ging auch die Stimmungsverschlechterung der Einzelhändler – gemessen am ifo-Geschäftsklimaindex im Einzelhandel – im Juli. Dieser Index hatte sich in den Vormonaten noch verbessert und eine Erholung der Binnennachfrage nahe gelegt.

Die vermutlich weiterhin ungünstige Entwicklung des privaten Konsums hängt eng mit der fortgesetzt angespannten Situation am Arbeitsmarkt sowie mit der rückläufigen Entwicklung der Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) zusammen. Allerdings gab es zuletzt auch einige positive Signale: So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Juli um 42 000 Personen gegenüber Juni. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging demzufolge um 0,1 Prozentpunkte auf 11,6 % zurück. Neben den Arbeitslosigkeit senkenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik – wie insbesondere Zusatzjobs und Ich-AGs –, die immer noch eine wesentliche Rolle spielen, haben sich deutlich weniger Personen aus Beschäftigung oder nach der Schule bzw. nach dem Studium arbeitslos gemeldet als vor

### BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



einem Jahr. Auch die international vergleichbare, nach ILO-Kriterien gemessene Erwerbslosigkeit – sie ist immer erst verzögert, jetzt für Juni verfügbar – ging saisonbereinigt um 20 000 auf 3,92 Mio. Personen zurück. Die entsprechende Erwerbslosenquote verharrte bei 9,2%.

Die Erwerbstätigkeit im Inland erhöhte sich saisonbereinigt im Juni um rund 28 000 Personen. Somit gab es im Durchschnitt des 2. Quartals 59 000 mehr Erwerbstätige als im Vorquartal. Zur Zunahme der Erwerbstätigkeit trugen weiterhin hauptsächlich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei. Allerdings zeigt der weitere Anstieg der gemeldeten ungeforderten Stellenangebote auch hier einen Lichtblick am Arbeitsmarkt. Über die Erstberechnung des 2. Quartals 2005 in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinaus wurden – wie stets im Sommer üblich – auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse ab dem Jahr 2001 überarbeitet und – soweit erforderlich – revidiert. Die leichte Abwärtsrevision des Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal von ursprünglich 1 % auf 0,8 % scheint dabei von der Abwärtskorrektur der Erwerbstätigenzahlen geprägt zu sein, die jetzt eine rückläufige Entwicklung im 1. Quartal 2005 ergibt. Gleichzeitig – und das ist für den weiteren Verlauf wichtig – stellt sich der Beschäftigungsaufbau im 2. Quartal aber günstiger dar.

Die Entwicklung des Preisniveaus verläuft nach wie vor trotz partieller Preiserhöhungen insgesamt noch in ruhigen Bahnen. Allerdings führt die spürbare Verteuerung von Industrierohstoffen und Erdöl zunehmend zu einer Erhö-

hung der Import- und Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr. Der Importpreisindex ist im Juni gegenüber dem Vormonat deutlich um 1,6 % angestiegen, wobei sich vor allem die Preise für die Einfuhr von rohem Erdöl (+15,1 %) und Mineralölerzeugnissen (+13,2 %) erhöhten. Damit wurde der Vorjahresstand um 4,4 % übertroffen. Ohne Energie hätte die Teuerung der Importpreise gegenüber dem Vorjahr dagegen nur bei 1,2 % gelegen. Auch auf der Ebene der Erzeugerpreise ist die Teuerung merklich vom Anstieg der Energiepreise geprägt. So stieg der Erzeugerpreisindex im Juni um 0,5 % gegenüber dem Vormonat, und der Vorjahresstand wurde um 4,6 % überschritten. Ohne Energie gerechnet, hätte der Anstieg der Erzeugerpreise bei 2,0 % gegenüber dem Vorjahr gelegen. Weiterhin noch am wenigsten beeinflusst von der Energiepreisverteuerung bleibt der Verbraucherpreisindex. Er stieg im Juli gegenüber dem Vormonat um 0,5 % und im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 %. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate nur bei 1,3 % gelegen. An einzelnen Komponenten fällt die Teuerung besonders deutlich auf: So wies leichtes Heizöl mit einer Preissteigerung von 41,2 % die höchste Jahresteuerrate seit fast fünf Jahren auf. Auch der Anstieg der Kraftstoffpreise hielt im Juli 2005 an (+ 9,4 % gegenüber dem Vorjahr, darunter Diesel: + 18,9 %). Die anderen Komponenten im Verbraucherpreisindex vollzogen eine moderate Entwicklung. Gegenüber dem Vorjahr mussten die Verbraucher beispielsweise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Durchschnitt lediglich 0,3 % mehr zahlen.

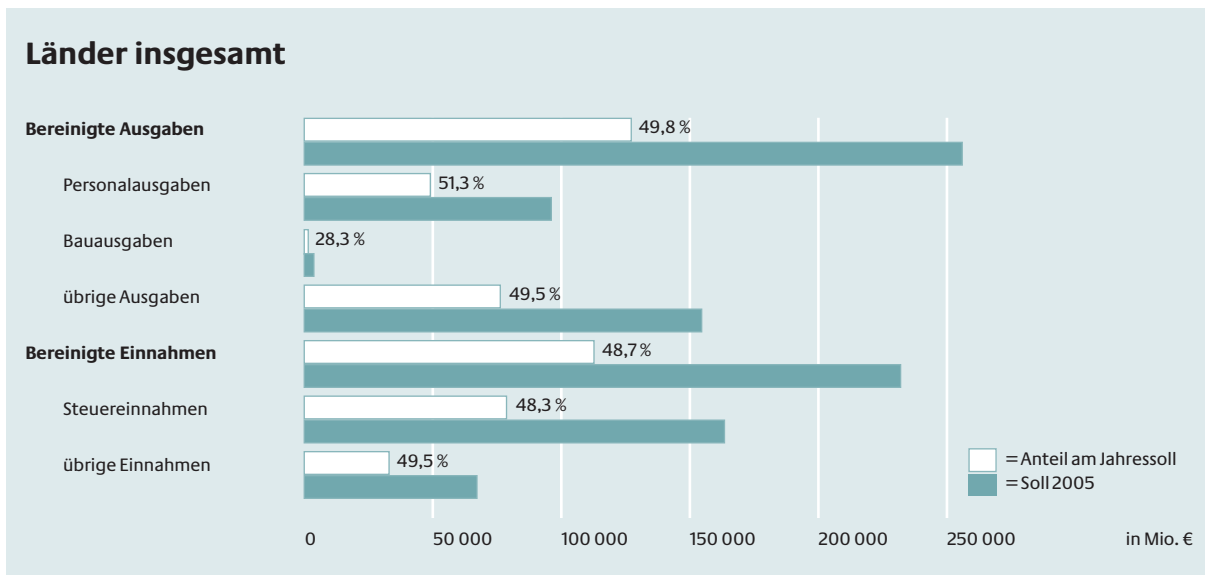
## Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juni 2005 vor.

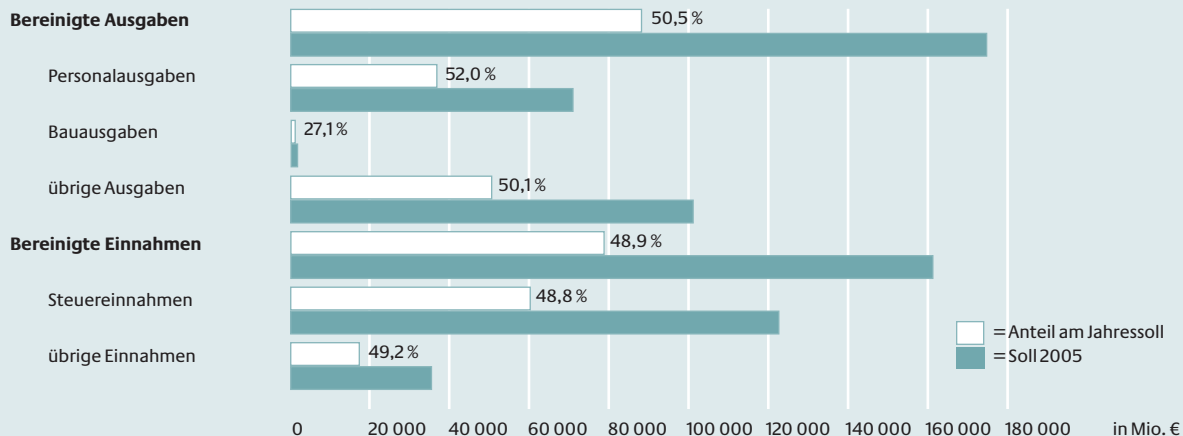
Die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,5% auf rd. 128,4 Mrd. €, während sich die bereinigten Einnahmen um 3,7% auf rd. 114,0 Mrd. € erhöhten. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit belief sich am Ende des Halbjahres auf rd. – 14,4 Mrd. € und verringerte sich damit um rd. 2,2 Mrd. € im Ver-

gleich zum Vorjahr. Die bisherige Haushaltsentwicklung hat trotzdem nur eine begrenzte Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Deshalb dienen die Vergleiche zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellungen zu den Haushaltsplanungen lediglich zur Information.

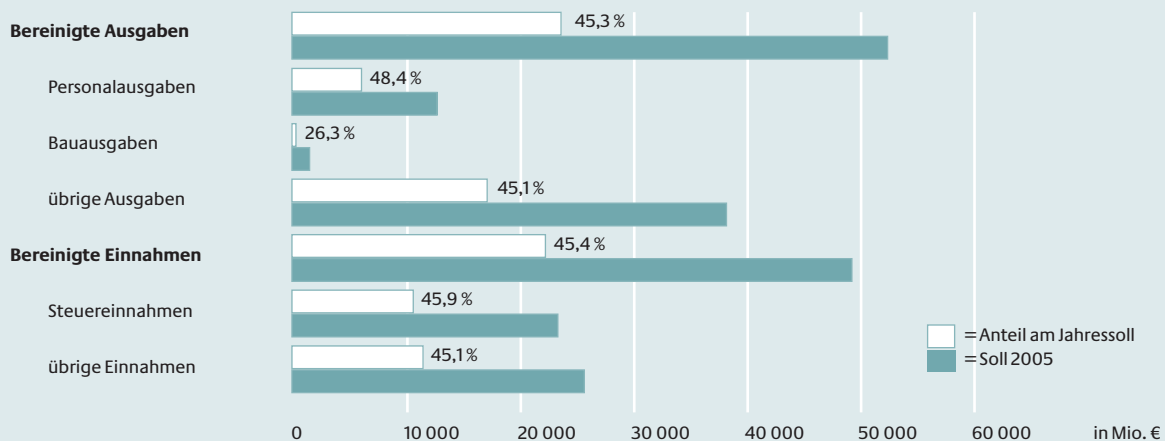
Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Juni 2005, die im Einzelnen in den Tabellen im Statistikteil (S. 100 ff.) des Monatsbericht des BMF aufgeführt sind, stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:



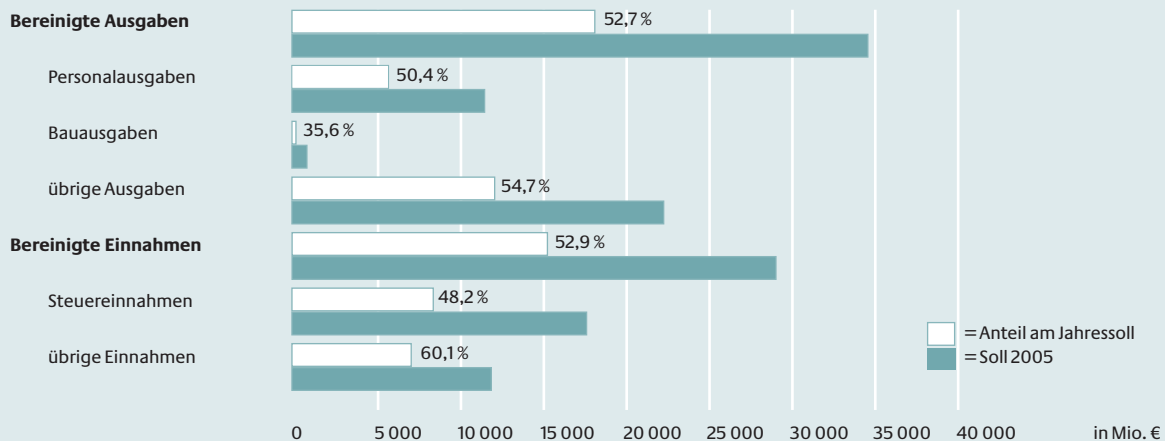
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



# Termine

## Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 1./2. September 2005 – G 20-Deputy-Treffen in Dalian (Liaoning Provinz/China)
- 8./9. September 2005 – Financial Stability Forum in London
- 9./10. September 2005 – Informeller ECOFIN in Manchester
- 23. bis 25. September 2005 – Gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington
- 10./11. Oktober 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 14. bis 16. Oktober 2005 – G 20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Peking
- 27./28. Oktober 2005 – Europäischer Rat in Brüssel

## Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten** – Der Haushalt der Europäischen Union (Aktualisierung 2005)
- Klarsicht** – Das Detlev-Rohwedder-Haus
- Fachblick** – Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2004

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)**

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005	September	August 2005	21. September 2005
	Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
	November	Oktober 2005	21. November 2005
	Dezember	November 2005	22. Dezember 2005



## Analysen und Berichte

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2005	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005	45
Kölner Schuldeninitiative (HIPC) und multilateraler Schuldenerlass	49
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	53
Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO)	71





# Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2005

1	Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005 .....	33
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen .....	39
3	Die Entwicklung der Einnahmen .....	43

## 1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005 wurde in erster Lesung vom 7. bis 10. September 2004 und in dritter Lesung am 26. November 2004 nach eingehenden parlamentarischen Beratungen vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Nach der Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates im Deutschen Bundestag am 18. Februar 2005 ist das Haushaltsgesetz 2005 am 8. März 2005 im BGBl. I S. 467 verkündet worden und rückwirkend zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

**Ausgaben.** Die Ausgaben des Bundes summierten sich im 1. Halbjahr 2005 auf 136,1 Mrd. €.

Im Vergleich zum Vorjahreswert mit 131,0 Mrd. € stiegen die Ausgaben des Bundes um 5,1 Mrd. € oder 3,9 %. Die Ausgabensteigerung ist vor allem auf höhere Aufwendungen für den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die investiven Ausgaben des Bundes, einschließlich des zur Verfügung gestellten Betriebsmitteldarlehens an die Bundesagentur für Arbeit (BA), beliefen sich im 1. Halbjahr 2005 auf 13,4 Mrd. €. Die sich aus der Tabelle 1 ergebende Verringerung der Investitionen gegenüber dem Vorjahr ist dabei im Wesentlichen auf ein geändertes Abrufverfahren beim Betriebsmitteldarlehen an die BA zurückzuführen.

**Einnahmen.** Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summierten sich im

**Tabelle 1: Gesamtübersicht**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>254,3</b>	<b>136,1</b>	<b>131,0</b>	<b>+ 5,1</b>	<b>+ 3,9</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>232,0</b>	<b>96,6</b>	<b>90,3</b>	<b>+ 6,4</b>	<b>+ 7,1</b>
– Steuereinnahmen	190,8	82,6	82,9	– 0,3	– 0,3
– Verwaltungseinnahmen	41,2	14,0	7,4	+ 6,6	+ 89,8
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>– 22,3</b>	<b>– 39,4</b>	<b>– 40,7</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>– 3,2</b>
<b>Die Deckung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel Münzeinnahmen	22,0 0,3	39,3 0,1	40,6 0,1	– 1,3 – 0,1	– 3,1 – 39,9
<b>nachrichtlich:</b> Investitionen (inklusive Darlehen)	22,7	13,4	15,4	– 2,1	– 13,4

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

1. Halbjahr 2005 auf 96,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit Einnahmen in Höhe von 90,3 Mrd. € entspricht dies einer Einnahmensteigerung von 6,4 Mrd. € oder 7,1%. Hauptursächlich für diesen Anstieg sind die erstmalige Abführung von Teilbeträgen des Aussteuerungsbetrages der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB II an den Bund, die erstmalige Vereinnahmung der streckenbezogenen Lkw-Maut, zusätzliche Einnahmen im Bereich Gewährleistungen aus der vorzeitigen Schuldentilgung von anderen Staaten sowie erhöhte Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus sonstigem Kapitalvermögen des Bundes. Dementsprechend erhöhten sich die Verwaltungseinnahmen; sie beliefen sich im 1. Halbjahr 2005 auf 14,0 Mrd. € und stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Mrd. € oder 89,8%. Auch im Jahresergebnis wird im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Verwaltungseinnahmen zu verzeichnen sein.

Die Steuereinnahmen hatten mit 82,6 Mrd. € den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. Gegenüber dem Vorjahr mit Steuereinnahmen in Höhe von 82,9 Mrd. € verringerten sich diese um 0,3 Mrd. € oder 0,3%. Dies ist auf rückläufige Einnahmen bei den Bundessteuern sowie höhere Abführungen an die EU – die nur zum Teil durch höhere Einnahmen aus dem Bundesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern kompensiert wurden – zurückzuführen.

**Defizit.** Der Finanzierungssaldo des Bundes betrug im 1. Halbjahr 2005 39,4 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser um 1,3 Mrd. € oder 3,2%. Bei der Bewertung des unterjährigen Finanzierungssaldos ist generell zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Haushaltsentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Dies gilt sowohl für die Ausgabenseite als auch im Besonderen für die Einnahmenseite, auf der Einmaleffekte wie z. B. die Realisierung von Privatisierungserlösen und die überproportional hohen Steuereinnahmen des Monats Dezember besonders zu Buche schlagen. Vor diesem

Hintergrund können belastbare Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis aus dem unterjährig sich ergebenden Finanzierungssaldo nicht gezogen werden.

Gleichwohl muss derzeit erwartet werden, dass die den Haushaltsvollzug prägenden Belastungen, wie geringere Steuereinnahmen und höhere Arbeitsmarktausgaben, das Jahresergebnis deutlich beeinflussen werden. Unter Berücksichtigung der sich derzeit zeigenden Be- und Entlastungen zeichnen sich Haushaltsrisiken in einer Größenordnung von 12 Mrd. € ab. In der Tabelle 2 (siehe S. 35) werden die Differenzen zwischen dem Ergebnis des 1. Halbjahrs 2005 und dem entsprechenden Ist-Ergebnis 2004 dargestellt.

### **Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen**

Grundsätzlich ist anzumerken, dass unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabenänderungen oftmals buchungstechnischer Art sind. Gründe hierfür sind ein späterer oder früherer Eingang der Buchungsbelege oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten.

Bei den Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik zeigen sich aufgrund der Einführung der Grundversicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 (Hartz IV) erhebliche Veränderungen. Vor diesem Hintergrund sind in diesem Bereich Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von sehr geringer Aussagekraft.

Jedoch zeigt sich beim Arbeitslosengeld II gegenüber dem Sollansatz 2005 ein deutlicher Mehrbedarf. Daher hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 8 Mrd. € eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2005 hiervon Kenntnis genommen hatte. Der überplanmäßig bewilligte Betrag würde bei konstanten Monatsausgaben ausreichen, den Bedarf zumindest bis November 2005

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Arbeitsmarktpolitik	33,6	24,7	17,0	+ 7,7	+ 45,2
Zinsen	38,9	19,8	18,7	+ 1,0	+ 5,5
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	0,5	+ 0,8	+ 150,0
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Wohngeld	0,9	0,4	1,3	- 0,9	- 68,5
Verteidigung (ohne Versorgung)	23,7	10,4	11,2	- 0,8	- 7,6
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,6	1,8	2,0	- 0,2	- 9,9
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	2,4	-	+ 2,4	.
Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

zu decken. Der Gesamtbedarf für das Haushaltsjahr 2005 kann zurzeit noch nicht zuverlässig eingeschätzt werden.

Dem Mehrbedarf beim Arbeitslosengeld II stehen zu erwartende Minderausgaben bei den Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber. Die genaue Höhe dieser Minderausgaben lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorhersagen.

Außerdem weisen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen der Revision der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft vorgenommene Überprüfungen darauf hin, dass die Kommunen bereits mit einer deutlich geringeren Bundesbeteiligung als 29,1% um die angestrebten 2,5 Mrd. € entlastet werden.

Der ab dem Jahr 2005 von der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB II zu entrichtende Aussteuerungsbetrag beeinflusst zusätzlich die Einnahmenseite des Bundes.

**Wohngeld.** Auch hier wirkt sich die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) erheblich aus. Daher sind auch hier Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im

weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von sehr geringer Aussagekraft.

Der bisherige Ausgabenverlauf lässt gegenüber dem Sollansatz 2005 einen Mehrbedarf in einer Größenordnung von 350 Mio. € erwarten. Vor diesem Hintergrund hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hiervon ebenfalls am 29. Juni 2005 Kenntnis genommen hatte.

**Zinsen.** Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die laufende Entwicklung der Zinsausgaben gezogen werden. Die Ausgabensteigerung im 1. Halbjahr ergibt sich im Wesentlichen durch frühe Zinsfälligkeitstermine im Januar dieses Jahres. Auf Grund der bisherigen Ausgabenentwicklung und des derzeitigen Zinsniveaus kann gleichwohl davon ausgegangen werden, dass gegenüber

dem Sollansatz 2005 Minderausgaben anfallen werden.

**Straßen.** Der Mittelabfluss im Bundesfernstraßenbau ist von den Abrechnungsmodalitäten einzelner Projekte und deren Baufortschritten abhängig. Die aufgetretene Minderausgabe im Vorjahresvergleich gehört zu den üblichen Schwankungsbreiten. In den letzten Haushaltsjahren wurde das Budget für den Straßenhaushalt veranschlagungsgemäß investiert.

**Verteidigung (ohne Versorgung).** Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich unterjährig nicht gleichmäßig. Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entstehen überwiegend durch unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten bei Vorhaben im Bereich der militärischen Beschaffungen/Forschung und Entwicklung.

**Abführung Bundesbank.** Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Im Soll des Haushalts 2005 wurde von einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 2 Mrd. € ausgegangen. Tatsächlich beläuft sich der Jahresüberschuss nach Feststellung der Deutschen Bundesbank vom 15. März 2005 jedoch auf lediglich rd. 676 Mio. €. Das bedeutet für den Bundeshaushalt einen Einnahmeausfall von 1,324 Mrd. €.

**Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen.** Ein wesentliches Element des Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitssystems ist die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Zur Gegenfinanzierung wurde in den Jahren 2004 und 2005 die Tabaksteuer angehoben. Die pauschale Abgeltung wird über das Bundesversicherungsamt an die Krankenkassen gezahlt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen bestimmen gemeinsam und einheitlich eine Krankenkasse oder einen Verband als zentrale Stelle für die Abrechnung mit dem Bundesversicherungsamt, welches die pau-

schale Abgeltung an die zentrale Stelle zur Weiterleitung an die berechtigten Krankenkassen zahlt. Die pauschale Abgeltung wird in zwei gleichen Abschlägen jeweils am 1. Mai und am 1. November gezahlt.



### Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2005

**Arbeitsmarktreformen.** Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Agenda 2010 mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen – notwendige grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorgenommen. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetz wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt und damit das bisherige Nebeneinander von zwei staatlichen Fürsorgeleistungen beendet. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System deutlich verbessert.

**Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern.** Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leis-

tung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

**Neuregelung des Wohngeldes.** Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Ab 2005 wird das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit zukünftig hauptsächlich Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z. B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft zukünftig ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z. B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwändigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

**Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung.** Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar zu halten.

Es wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Das bedeutet, dass weniger Beitragszahler zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg der Beitragszahler hingegen zu höheren Renten führt. Der Nachhaltigkeitsfaktor

bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Rentenanpassung ein. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt. Der Nachhaltigkeitsfaktor wirkt sich seit seiner Einführung zum 1. Juli 2005 aus.

Die Zeiten allgemeiner Schulausbildung sowie Fachhochschul- und Hochschulzeiten werden ab 1. Januar 2009 nur noch als unbewertete Anrechnungszeiten in die Rentenberechnung einbezogen. Die Bewertung bzw. Höherbewertung von beruflichen und schulischen Ausbildungszeiten ist auf insgesamt 36 Kalendermonate, in denen Pflichtbeiträge geleistet worden sind, beschränkt.

**Dritte Stufe der Steuerreform.** Zum 1. Januar 2005 trat die dritte und letzte Stufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch sie jährlich um weitere rund 6,5 Mrd. € entlastet. Der Eingangssteuersatz ist durch die Steuerreform seit 1998 von ehemals 25,9 % auf 15 % und der Spitzensteuersatz von ehemals 53 % auf 42 % gesenkt worden. Die Einkommensteuersätze befinden sich damit auf einem historischen Tiefstand. Der Grundfreibetrag ist von 1998 bis 2004 von 6322 € auf 7664 € gestiegen. Für Verheiratete bleiben jetzt 15328 € steuerfrei.

Die Steuerreform führt zusammen mit den Maßnahmen der Familienförderung und der neuen Besteuerung der Alterseinkünfte ab 2005 zu einer jährlichen Steuerentlastung von mehr als 59 Mrd. €. Allein für die Privathaushalte sind das mehr als 47 Mrd. € weniger Steuern jährlich.

Besonders Arbeitnehmer mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern werden durch die Steuerreform besser gestellt. Die steuerlichen Entlastungen z. B. für eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern (Jahresarbeitslohn 30 000 €) sind seit 1998 erheblich: Allein durch die Erhöhung des Kindergeldes

stieg hier das Einkommen um 996 €. Zusammen mit dem erhöhten steuerlichen Grundfreibetrag und den niedrigeren Steuersätzen steigert sich das verfügbare Einkommen dieser Familie 2005 gegenüber 1998 um 2392 €.

**Subventionsabbau in der Landwirtschaft.** Beim Agrardiesel wurde zum 1. Januar 2005 die bisherige Steuerermäßigung verringert. Landwirte konnten bisher ihren Dieselmotorkraftstoff billiger tanken. Für sie galt ein ermäßigter Steuersatz von 25,56 Cent/Liter. Diese Steuersubvention wird um 56 % gekürzt. Seit dem 1. Januar 2005 müssen Landwirte 40 Cent Mineralölsteuer je Liter Agrardiesel zahlen. Das ist immer noch weniger, als alle anderen Pkw- und Lkw-Fahrer zahlen. Diese zahlen 47,04 Cent Mineralölsteuer pro Liter. Außerdem: Den ermäßigten Steuersatz gibt es seit dem 1. Januar 2005 nur noch für maximal 10 000 Liter Agrardiesel pro Jahr. Weiterhin gilt ein Selbstbehalt von 350 €. Das entlastet den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2006 um 287 Mio. € jährlich.

Gleichzeitig wird der Bundeszuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte gekürzt. Dieser Zuschuss war 2004 mit rund 1 Mrd. € im Bundeshaushalt veranschlagt. Ab 2005 wird er um 82 Mio. €, bis 2008 ansteigend um 91 Mio. € jährlich reduziert. Die Mehrbelastung der Landwirte in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist, gemessen an der Belastung der aktiven Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung, sozialpolitisch gerechtfertigt.

**Postbeamtenversorgungskasse.** Die Postbeamtenversorgungskasse hat die von den Post-Aktiengesellschaften zu leistenden Beitragszahlungen zur Mitfinanzierung der Pensionsforderungen kapitalisiert. Infolgedessen entfällt der Zuschuss des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse.

**Zuschuss an den Fonds Deutsche Einheit.** Ab dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen für den Fonds Deutsche Einheit direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Aus diesem Grund entfallen die Zuschüsse an das Sonder-

vermögen Fonds Deutsche Einheit in der bisherigen Form.

**Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.** Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ wurde bislang steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe Befreiung von Geldbußen oder Strafen zu erlangen. Nach Auslaufen dieser Regelung ist zum 1. April 2005 die Kontenabfragemöglichkeit in Kraft getreten. Diese dient unter anderem zur Ermittlung von Daten über bestehende Konten und Depots, nicht aber zur Ermittlung von Kontenständen.

**Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit.** Mit dem neuen SGB II („Hartz-IV-Gesetz“) sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die Bundesagentur für Arbeit einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II (Bundeshaushalt) überwechseln, und den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Im Haushalt 2005 sind dazu 6,7 Mrd. € veranschlagt. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

## Ausblick

Die außenwirtschaftlichen Impulse haben im Frühjahr 2005 noch nicht die binnenwirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Mit einer durchgreifenden Erholung und Stärkung der Wachstumskräfte im Inland ist erst für den weiteren



Jahresverlauf zu rechnen. Die Bundesregierung erwartet ein reales Wachstum für 2005 von  $\frac{3}{4}\%$  bis  $1\frac{1}{4}\%$  und für 2006 ein solches von  $1\frac{1}{2}\%$  bis  $2\%$ . Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2006 werden die Konsolidierungsanstrengungen unvermindert fortgesetzt. Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und den Entwurf des Finanzplans des Bundes 2005 bis 2009 am 13. Juli 2005 zur Kenntnis genommen.

## 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

### Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte

**Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>77,9</b>	<b>44,1</b>	<b>44,1</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 0,0</b>
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,5	21,9	21,6	+ 0,3	+ 1,2
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	10,1	10,1	+ 0,03	+ 0,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,7	5,9	5,9	– 0,1	– 1,1
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,3	0,4	– 0,03	– 7,6
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,0	4,0	4,1	– 0,2	– 4,4
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	1,4	1,4	– 0,02	– 1,4
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,5	0,9	0,9	– 0,02	– 1,7
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 150,0</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 0,9</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	1,2	1,2	+ 0,001	+ 0,1
– Krankenversicherung	1,1	0,6	0,6	+ 0,01	+ 2,4
– Unfallversicherung	0,2	0,1	0,1	– 0,01	– 7,8
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>33,6</b>	<b>24,7</b>	<b>17,0</b>	<b>+ 7,7</b>	<b>+ 45,2</b>
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	4,0	5,8 <sup>2</sup>	7,2 <sup>2</sup>	– 1,4	– 20,0
– Arbeitslosenhilfe	1,5	1,6	9,3	– 7,7	– 83,0
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeits- förderung	0,2	0,5	0,3	+ 0,1	+ 41,0
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsu- chende	27,7	16,8	0,02	+ 16,8	.
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>2,7</b>	<b>1,4</b>	<b>1,6</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 7,7</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,2</b>	<b>0,04</b>	<b>–</b>	<b>+ 0,04</b>	<b>–</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>0,9</b>	<b>0,4</b>	<b>1,3</b>	<b>– 0,9</b>	<b>– 68,5</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 13,8</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>3,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 10,6</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Unterjährig gewährte und im Haushaltsverfahren des Bundes gebuchte Betriebsmitteldarlehen an die BA; Rückschluss auf Zuschussbedarf der BA nicht möglich.

wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung werden im Jahr 2005 auf 128,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 50,4 % an den Gesamtausgaben.

### Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste werden im Jahr 2005 auf 47,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,8 % an den Gesamtausgaben.

### Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 (siehe S. 41) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen werden im Jahr 2005 auf 10,5 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben.

### Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 (siehe S. 41) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe

**Tabelle 4: Allgemeine Dienste**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Versorgung</b>	<b>6,7</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 1,8</b>
– Ziviler Bereich	2,5	1,2	1,2	– 0,01	– 0,6
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,2	2,2	2,2	+ 0,1	+ 3,2
<b>Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)</b>	<b>23,7</b>	<b>10,4</b>	<b>11,2</b>	<b>– 0,8</b>	<b>– 7,6</b>
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,1	2,7	3,5	– 0,8	– 23,9
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>3,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,1</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,7</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	0,7	0,7	+ 0,004	+ 0,5
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,4	0,3	+ 0,04	+ 12,0
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,3	0,5	– 0,1	– 27,2
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 1,2</b>
– Zivildienst	0,7	0,3	0,3	– 0,03	– 10,2
<b>Finanzverwaltung</b>	<b>2,4</b>	<b>1,0</b>	<b>1,1</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 10,2</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2,7</b>	<b>1,3</b>	<b>1,2</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 7,0</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.



und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung werden im Jahr 2005 auf 6,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % an den Gesamtausgaben.

### Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 7 (siehe S. 42) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Im Bundeshaushalt 2005 sind hierfür 11,7 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

### Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 (siehe S. 42) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen

**Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)</b>	<b>5,6</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	- 0,2	- 9,9
– Bundesautobahnen	3,7	1,3	1,3	- 0,1	- 4,1
– Bundesstraßen	1,8	0,5	0,7	- 0,1	- 21,9
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	- 0,02	- 4,0
<b>Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nachrichtlich:</b>	<b>1,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	- 0,02	- 3,7
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
<b>Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG</b>	<b>3,7</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	- 0,2	- 24,3
<b>Bundeseisenbahnvermögen</b>	<b>5,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	- 0,1	- 4,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Tabelle 6: Wirtschaftsförderung**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>0,9<sup>2</sup></b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	- 0,03	- 6,6
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,4	0,4	+ 0,01	+ 3,4
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	+ 0,01	+ 0,8
<b>Mittelstandsförderung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	+ 0,01	+ 4,5
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	- 0,003	- 2,5
<b>Gewährleistungen</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	+ 0,04	+ 8,1
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	+ 0,03	+ 14,9
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,1	0,1	+ 0,01	+ 13,6

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel.

**Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 203,2</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>6,8</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>- 0,03</b>	<b>- 1,2</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	1,0	1,0	+ 0,04	+ 3,7
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,3	0,2	+ 0,1	+ 40,5
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,6	0,6	- 0,1	- 8,0
– Weltraumforschung	0,7	0,3	0,3	+ 0,01	+ 5,8
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 9,4</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>1,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>- 0,04</b>	<b>- 5,1</b>
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,4	0,4	- 0,03	- 7,5
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,3	0,3	+ 0,0004	+ 0,1
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,01</b>	<b>- 10,9</b>
<b>Kunst- und Kulturpflege</b>	<b>1,5</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 2,2</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.**Tabelle 8: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Zinsen</b>	<b>38,9</b>	<b>19,8</b>	<b>18,7</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 5,5</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,2</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 1,2</b>
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,2	0,3	- 0,1	- 22,0
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,4	0,4	+ 0,004	+ 0,9
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,02</b>	<b>- 16,5</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>- 0,03</b>	<b>- 6,1</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandaanstalt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,02</b>	<b>- 15,4</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschafts-

unternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

### 3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 190,8 Mrd. € oder 75,0 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen des Bundeshaus-

halts mit 254,3 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bilden mit 41,2 Mrd. € oder 16,2 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen mit 22,3 Mrd. € oder 8,8 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

**Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Juni 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis Juni 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Einnahmen</b>	<b>232,0</b>	<b>96,6</b>	<b>90,3</b>	<b>+ 6,4</b>	<b>+ 7,1</b>
darunter:					
<b>Steuern</b>	<b>190,8</b>	<b>82,6</b>	<b>82,9</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,3</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>146,9</b>	<b>68,2</b>	<b>66,5</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>+ 2,6</b>
– Lohnsteuer	51,8	22,8	23,7	- 1,0	- 4,1
– Veranlagte Einkommensteuer	2,4	- 0,2	- 1,2	+ 1,0	- 85,3
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,9	3,7	3,6	+ 0,1	+ 1,7
– Zinsabschlag	3,2	1,9	1,9	- 0,01	- 0,3
– Körperschaftsteuer	8,6	3,6	3,3	+ 0,2	+ 7,0
– Steuern vom Umsatz	74,6	36,0	34,6	+ 1,4	+ 4,0
– Gewerbesteuerumlage	1,3	0,4	0,4	+ 0,03	+ 7,4
<b>Bundessteuern</b>	<b>85,7</b>	<b>35,8</b>	<b>36,5</b>	<b>- 0,8</b>	<b>- 2,1</b>
– Mineralölsteuer	41,5	14,3	15,2	- 0,9	- 5,8
– Tabaksteuer	14,8	6,1	5,9	+ 0,2	+ 4,2
– Solidaritätszuschlag	10,3	5,0	5,0	+ 0,03	+ 0,6
– Versicherungsteuer	8,9	5,5	5,5	+ 0,02	+ 0,3
– Stromsteuer	6,6	3,2	3,3	- 0,1	- 3,7
– Branntweinsteuer	2,2	0,9	0,9	- 0,04	- 4,1
– Kaffeesteuer	1,0	0,5	0,5	- 0,02	- 3,4
– Schaumweinsteuer	0,4	0,2	0,2	- 0,01	- 5,9
– Sonstige Bundessteuern	0,004	0,0004	0,003	- 0,003	- 86,2
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>- 41,8</b>	<b>- 21,3</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 1,2</b>	<b>+ 6,0</b>
– Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14,5	- 7,2	- 7,5	+ 0,3	- 3,4
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 7,1	- 3,5	- 3,4	- 0,1	+ 3,6
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3,5	- 1,8	- 1,8	+ 0,0	- 0,9
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 16,8	- 8,8	- 7,4	- 1,4	+ 18,2
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>41,2</b>	<b>14,0</b>	<b>7,4</b>	<b>+ 6,6</b>	<b>+ 89,8</b>
darunter:					
– Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	21,5	5,8	2,2	+ 3,6	+ 161,4
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	2,4	-	+ 2,4	.

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.



# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2005 .....	45
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2005 .....	47
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....	47

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 1. Halbjahr 2005

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2005 nach endgültigen Ergebnissen 192 626 Mio. €, das sind + 105 Mio. € bzw. + 0,1 % mehr als im 1. Halbjahr 2004.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2005 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar (siehe Tabelle 1).

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. Halbjahr 2005 im Vorjahresvergleich

um + 0,5 % zu. Während ihr Aufkommen im 1. Quartal mit + 3,6 % aufgrund deutlicher Aufkommensverbesserungen bei den Veranlagungssteuern über dem vergleichbaren Vorjahreswert lag, reduzierte sich im 2. Quartal das Aufkommen um – 2,2%.

Die Entwicklung bei der **Lohnsteuer** war im 1. Halbjahr 2005 von der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung sowie der schwachen Arbeitsmarktlage geprägt. Im 1. Quartal war der Rückgang mit – 5,6 % recht stark. Hier schlugen insbesondere die schwachen Ergebnisse von Januar (– 9,1%) und Februar (– 4,8 %) zu Buche. Ab März verlangsamte sich der Rückgang im Vorjahresvergleich deutlich und betrug nunmehr

**Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2005**

	1. Halbjahr in Mio. €		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	144 665	143 909	756	0,5
Reine Bundessteuern	35 763	36 548	– 786	– 2,1
Reine Ländersteuern	10 677	10 618	59	0,6
Zölle	1 521	1 446	76	5,2
Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)	192 626	192 521	105	0,1

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

im März – 2,3 %, im April – 2,2 %, im Mai – 0,8 % und im Juni – 2,3 %. Im Mai war der Rückgang aufgrund einer schwachen Vorjahresbasis moderater. Im 2. Quartal betrug der Rückgang insgesamt – 1,8 % und bezogen auf die ersten sechs Monate des Jahres 2004 resultiert daraus ein Rückgang der Lohnsteuereinnahmen um – 3,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Aufkommenssituation bei der **veranlagten Einkommensteuer** war nach der ersten Jahreshälfte 2005 mit – 402 Mio. € um 2352 Mio. € besser als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Zwar gingen auch die aus dem Kassenaufkommen gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Investitionszulage und Eigenheimzulage um zusammen – 409 Mio. € zurück, doch ist die Verbesserung überwiegend auf die Erhöhung des Bruttoaufkommens und damit vor allem auf die positive Gewinnentwicklung zurückzuführen. Der Rückgang bei der Eigenheimzulage, deren Fördervolumen für Baujahrgänge ab 2004 abgesenkt wurde, betrug – 169 Mio. € bzw. – 10 %. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer lagen um – 236 Mio. € bzw. – 16,4 % unter dem Vorjahreswert, wobei sich der Rückgang im 2. Quartal (– 10,9 %) gegenüber dem 1. Quartal (– 26,5 %) abschwächte. Während zu Jahresbeginn infolge von Veränderungen im Verwaltungsvollzug Verzögerungen in der Bearbeitung auftraten, zeigt sich im 2. Quartal nunmehr auch der Erfolg des Abbaus von Steuervergünstigungen (insb. Senkung von Arbeitnehmerpauschbetrag, Entfernungspauschale und Sonderausgabenabzug für Lebensversicherungen).

Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuer Ehrlichkeit waren im 1. Halbjahr 2005 Einnahmen in Höhe von 504 Mio. € bei der Einkommensteuer zu verzeichnen. Davon wurden 150 Mio. € aus kassentechnischen Gründen erst im 2. Quartal, also nach Ablauf der Frist zum 31. März 2005, verbucht.

Die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** waren nach den ersten sechs Monaten

um + 472 Mio. € bzw. + 7,1 % höher als im Vorjahr. Während sich das Aufkommen im 1. Quartal mit einem Anstieg von 2,2 Mrd. € auf 4,4 Mrd. € verdoppelt hat, ist es im 2. Quartal um – 39,4 % auf 2,7 Mrd. € gesunken. Die Entwicklung im 2. Quartal ist zu einem großen Teil auf einen Basiseffekt zurückzuführen: Im Vorjahr war das Aufkommen des 2. Quartals überwiegend aufgrund von höheren Nachzahlungen für zurückliegende Veranlagungszeiträume erhöht gewesen.

Beim **Zinsabschlag** kehrte sich die negative Aufkommensentwicklung des 1. Quartals (– 3,6 %) im 2. Quartal mit + 9,6 % um. Für das 1. Halbjahr 2005 ergab sich damit ein marginaler Rückgang im Vorjahresvergleich um – 0,3 %. Im 2. Quartal machte sich dabei offenbar auch die Senkung des Sparerfreibetrags von 1550 € auf 1370 € bemerkbar. Ohne diese Maßnahme wäre auf Grund der weiterhin sinkenden Durchschnittsverzinsung der Geldanlagen wiederum ein Rückgang der Einnahmen zu erwarten gewesen.

Die **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** sanken im 1. Halbjahr um – 95 Mio. € bzw. – 1,3 %. Der Rückgang im 1. Quartal um – 23,6 % ist im Zusammenhang mit einer aufgrund eines einzelnen großen Sonderfalls erhöhten Vorjahresbasis zu sehen. Der Anstieg im 2. Quartal in Höhe von + 20,0 % ist Folge von deutlich höheren Gewinnausschüttungen der Unternehmen.

Das Aufkommen der **Steuern vom Umsatz** im 1. Halbjahr 2005 blieb im Vorjahresvergleich nahezu konstant. Allerdings haben sich die Anteile von Einfuhrumsatzsteuer und Umsatzsteuer verschoben. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer sanken um – 13,4 % bzw. – 2,3 Mrd. €, während die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um + 2,3 Mrd. € bzw. + 4,5 % anstiegen. Die Einfuhrumsatzsteuer war im Vorjahresvergleich niedriger, weil die Einfuhren aus den zehn neuen EU-Ländern seit ihrem Beitritt zur EU im Mai 2004 nicht mehr der Einfuhrumsatzsteuer unterliegen. Zudem haben Veränderungen in der Umsatzbesteuerung von Energielieferungen im Rahmen des EU-Richtli-

nien-Umsetzungsgesetzes Verschiebungen zugunsten der Umsatzsteuer ergeben.

Nach einem Minus im 1. Quartal in Höhe von – 2,3 % schwächte sich der Rückgang bei den **reinen Bundessteuern** im 2. Quartal mit – 2,0 % ab, so dass das Halbjahresergebnis um – 2,1 % unter dem Vorjahreswert lag.

Das 2. Quartal war geprägt von Aufkommensrückgängen bei Mineralölsteuer (– 6,5 %) und Solidaritätszuschlag (– 1,9 %), die jedoch durch einen Anstieg der Tabaksteuer (+ 3,6 %) und der Stromsteuer (+ 8,0 %) teilweise kompensiert wurden. Ursächlich für das schwache Aufkommen der Mineralölsteuer war wiederum der hohe Ölpreis.

In der Halbjahresbetrachtung waren bei Mineralölsteuer (– 5,8 %), Branntweinsteuer (– 4,6 %) und Stromsteuer (– 3,7 %) rückläufige Einnahmen zu verzeichnen, während Versicherungssteuer (+ 0,3 %), Solidaritätszuschlag (+ 0,6 %) und Tabaksteuer (+ 4,2 %) Zuwächse aufwiesen.



Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im 1. Halbjahr mit einer Zunahme um + 0,6 % leicht positiv. Dabei konnte der Rückgang im 1. Quartal in Höhe von – 9,4 % im 2. Quartal mit einer Zunahme von + 11,3 % mehr als ausgeglichen werden. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Quartalsergebnissen der Erbschaftsteuer mit – 24,4 % im 1. Quartal und + 13,5 % im 2. Quartal wider. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wirkte sich die Steuererhöhung positiv auf die Steuereinnahmen aus (Halbjahr: + 7,8 %, 2. Quartal: + 12,8 %). Im Gegensatz dazu lagen die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 3,4 %), der Biersteuer (– 2,2 %), der Feuerschutz-

steuer (– 3,9 %) sowie der Grunderwerbsteuer (– 5,5 %) nach den ersten sechs Monaten unter dem jeweiligen Vorjahreswert.

## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) wiesen im **April 2005** gegenüber dem Vorjahresmonat ein Minus von 7,0 % aus. Ursächlich für diese Entwicklung war der Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern um – 9,4 %. Die reinen Bundessteuern brachten – 1,7 % weniger als im Vorjahresmonat, während die reinen Ländersteuern mit + 2,6 % eine positive Entwicklung verzeichneten.

Im **Mai 2005** stiegen die Steuereinnahmen um + 4,5 %, wobei die Steigerungen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 4,5 %) und den reinen Ländersteuern (+ 38,8 %) von der Entwicklung der reinen Bundessteuern (– 3,2 %) gebremst wurden. Insbesondere die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben sich im Mai im Vorjahresvergleich nahezu verdoppelt.

Im **Juni 2005** lagen die Steuereinnahmen um – 1,8 % unter dem Vorjahreswert. Sowohl die gemeinschaftlichen Steuern (– 2,0 %) als auch die reinen Bundessteuern (– 1,2 %) und die reinen Ländersteuern (– 3,2 %) waren rückläufig. Allerdings entwickelten sich die Körperschaftsteuer (+ 1,9 %), die Steuern vom Umsatz (+ 2,3 %) und die Tabaksteuer (+ 11,8 %) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (+ 10,2 %) positiv.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2005 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden<sup>2</sup> und die Veränderungen gegenüber dem

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen**

	1. Halbjahr in Mio. €		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	83 942	84 226	– 285	– 0,3
EU	12 089	10 679	1 410	13,2
Länder <sup>1</sup>	86 195	87 239	– 1 044	– 1,2
Gemeinden	10 401	10 377	24	0,2
Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)	192 626	192 521	105	0,1

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im

1. Halbjahr 2005 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter [http://www.bundesfinanzministerium.de/cln\\_02/nn\\_3380/DE/Steuern/Steuerschaetzung\\_einnahmen/node.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_02/nn_3380/DE/Steuern/Steuerschaetzung_einnahmen/node.html).



# Kölner Schuldeninitiative (HIPC) und multilateraler Schuldenerlass

1	Kölner Schuldeninitiative .....	49
2	Multilateraler Schuldenerlass .....	50
3	Kosten und Finanzierung .....	50

## 1 Kölner Schuldeninitiative

Die Initiative zur Schuldenerleichterung für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC-Initiative), die im Herbst 1996 ins Leben gerufen wurde, ermöglichte erstmals koordinierte Schuldenerleichterungen durch die Internationalen Finanzinstitutionen (IFI), die sich insbesondere aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken zusammensetzen sowie durch die bilateralen öffentlichen Gläubiger des Pariser Clubs. Neu an dieser Initiative war, dass Schuldenerlasse nunmehr nicht nur durch die bilateralen Gläubiger, sondern in begrenztem Umfang auch durch die Internationalen Finanzinstitutionen gewährt wurden und dass außerdem die Schuldenerlasse in eine Strategie zur Armutsbekämpfung eingebettet wurden.

Auf Betreiben der Bundesregierung wurde auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 die HIPC-Initiative deutlich erweitert und verbessert: Die HIPC-Länder können höhere Schuldenerlasse erhalten (statt wie zuvor 80 % nun bis zu 90 % und mehr, falls erforderlich); die HIPC-Initiative wurde durch die Herabsetzung der Zielkriterien für mehr Länder zugänglich gemacht; ferner wurde durch eine Flexibilisierung des Verfahrens und der Konditionen die Entschuldung beschleunigt. Darüber hinaus stockt die Bundesregierung den im Pariser Club verein-

barten Erlass auf 100 % der umschuldungsfähigen Handelsforderungen auf und erlässt alle von Deutschland gewährten Entwicklungshilfeschulden (Schulden aus Finanzieller Zusammenarbeit) für die zugangsberechtigten HIPC-Länder.

Die Umsetzung der Kölner Schuldeninitiative (HIPC-Initiative) verläuft insgesamt erfolgreich. Das zeigt sich auch daran, dass 27 Länder den sog. Entscheidungspunkt dieser Initiative erreicht haben; darunter wird ein Verzicht der Gläubiger auf den laufenden Schuldendienst verstanden. Von diesen 27 Ländern haben inzwischen 18<sup>1</sup>, d. h. zwei Drittel, schon den sog. Vollendungspunkt erreicht, an dem sie – nach mehrjährigen Anpassungsmaßnahmen, deren Erfolg von IWF und Weltbank bestätigt wird – den abschließenden Schuldenstandserlass der Initiative erhalten.

Die Bundesregierung hat im Herbst 2004 der Verlängerung der HIPC-Initiative bis Ende 2006 zugestimmt. Wichtig bleibt, dass die Länder, die erst den Entscheidungspunkt (bzw. noch den Vollendungspunkt) erreichen sollen, selbst ihren Beitrag dazu leisten, entsprechende Entscheidungen von IWF und Weltbank zu ermöglichen. Außer Beendigung von Konflikten oder Bürgerkriegen, falls solche bestehen, gehört dazu vor allem auch eine nachhaltige Verbesserung der Regierungsführung (good governance).

Die bisher zugangsberechtigten 27 Länder werden durch die HIPC-Initiative eine nominale

<sup>1</sup> Diese 18 Länder sind: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Ghana, Guyana, Honduras, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, Senegal, Tansania, Uganda.

Schuldendienstentlastung (Wegfall von Zinsen und Tilgungen) von rd. 54 Mrd. US-Dollar erhalten. Unter Einbeziehung zusätzlicher bilateraler Erlassmaßnahmen – sowie Schuldenerleichterungen aufgrund traditioneller Mechanismen – beträgt die Entlastung über 70 Mrd. US-Dollar. Einzelheiten zur HIPC-Initiative finden sich auf der Internetseite des BMF ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)) unter der Rubrik „Internationale Beziehungen“ im Artikel „Internationale Schuldenstrategie, Umschuldungen“.

## 2 Multilateraler Schuldenerlass

Während im Rahmen der Kölner Schuldeninitiative die bilateralen Schulden zu 90 % bis 100 % erlassen werden, liegt dagegen die Erlassquote bei den multilateralen Schulden nur bei etwa der Hälfte. Dies liegt daran, dass die IFI sich an dem Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative bisher nur insoweit beteiligen, wie es nach den traditionellen Entschuldungsmechanismen (bilateraler Erlass bis zu 67 %) erforderlich ist.

Bisher hat die HIPC-Initiative dazu geführt, dass die Schulden der HIPC-Länder aufgrund der durchgeführten Erlassmaßnahmen beträchtlich gefallen sind, aber es bestehen für einige Länder weiterhin beachtliche Schuldenprobleme. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, u. a. auch auf neue Ausleihungen der IFI nach Erreichung des Vollendungspunktes.

Daher wurde auf dem Wirtschaftsgipfel vom 6. bis 8. Juli 2005 in Gleneagles beschlossen, den HIPC-Ländern, die den Vollendungspunkt erreicht haben, auch einen 100 %igen Erlass auf ihre multilateralen Schulden bei der IDA (International Development Agency, Tochter der Weltbank), Afrikanischem Entwicklungsfonds (AfDF) und IWF zu gewähren. Für die Länder, die den Vollendungspunkt schon erreicht haben, bedeutet dies nach ersten vorläufigen Schätzungen einen zusätzlichen nominalen Schuldener-

lass von rd. 40 Mrd. US-Dollar, einschließlich der Erlasse der Kölner Schuldeninitiative werden dies rd. 77 Mrd. US-Dollar sein.

Die übrigen HIPC-Länder sollen den zusätzlichen Erlass erhalten, sobald sie den Vollendungspunkt erreicht haben. Dadurch haben sie einen besonderen Anreiz, gute Regierungsführung zu praktizieren, um in den Genuss der Schuldenerlasse zu kommen. Rechnet man den multilateralen Erlass für diese HIPC-Länder mit ein, steigt der zusätzliche multilaterale Schuldenerlass von 40 Mrd. US-Dollar auf insgesamt 56 Mrd. US-Dollar. Zusammen mit den Schuldenerlassen aufgrund der Kölner Schuldeninitiative werden damit den HIPC-Länder insgesamt Schulden in Höhe von weit mehr als 100 Mrd. US-Dollar erlassen. Voraussetzung ist, dass die Länder keine gravierende Verschlechterung ihrer Regierungsführung verzeichnen und ihre IWF-Programme erfolgreich verlaufen.



## 3 Kosten und Finanzierung

Die Kosten der Kölner Schuldeninitiative entfallen etwa je zur Hälfte auf die bilateralen Kreditgeber und die IFI, wobei ein Teil der Kosten der IFI über die Wiederauffüllungsverhandlungen für die konzessionären Fonds der IFI und durch zusätzliche Beiträge für den HIPC-Treuhandfonds bei der Weltbank auf die Mitgliedstaaten dieser Institutionen umgelegt werden.

Der vereinbarte Erlass der IDA- und AfDF-Schulden soll in drei Schritten umgesetzt werden:

- 100 % Schuldenerlass für HIPC-Länder nach dem Vollendungspunkt durch IDA, Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) und IWF;
- Kompensation bei IDA/Weltbank und AfDB durch zusätzliche bilaterale Geberbeiträge

Zug um Zug nach angemessenen Anteilen (sog. „burden sharing“);

- Reallokation der Beiträge an alle IDA- und AfDF-Empfängerländer nach dem bestehenden sog. performance-basierten System, das insbesondere Reformorientierung und gute Regierungsführung berücksichtigt.

Der Verlust an Finanzmitteln bei IDA und Afrikanischem Entwicklungsfonds durch den multilateralen Schuldenerlass wird durch zusätzliche Beiträge der Geberländer kompensiert (falls erforderlich auch beim IWF). Das bedeutet, dass die bisherigen Finanzmittel von IDA und Afrikanischem Entwicklungsfonds für die Entwicklungsfinanzierung außerhalb des multilateralen Schuldenerlasses insgesamt unverändert bleiben.

Die Umsetzung des Schuldenerlasses erfolgt somit im Einklang und im Rahmen der vereinbarten leistungsorientierten Mittelverteilung („performance based allocation“). Dies bedeutet, dass den zusätzlich entschuldeten HIPC-Ländern der Gegenwert der durch den Erlass eingesparten Mittel grundsätzlich bei der Allokation neuer IDA-Mittel (gleichartiges Verfahren bei AfDF) rechnerisch abgezogen wird. Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass Erlass und Neuvergabe von Mitteln denselben Kriterien wie die IDA-Allokation folgen. Im Ergebnis werden diese Länder also entschuldet, müssen sich die Einsparung des jährlichen Schuldendienstes aber anrechnen lassen. Ob und in welcher Höhe sie dann bei der Neuverteilung von IDA- und/oder AfDB-Mitteln profitieren, hängt von ihrer Einordnung gemäß den IDA-Leistungskriterien (Qualität der Regierungsführung u. a.) ab. Die Weltbank hat nach ersten Modellen errechnet, dass HIPC-Länder überproportional profitieren werden (ca. 50 % der neuen Mittel werden voraussichtlich an HIPC-Länder gehen). Mit diesem Verfahren wird gewährleistet, dass der zusätzlich gewährte multilaterale Erlass durch die Anrechnung auf künftige Hilfezusagen positive Anreizwirkung im Hinblick auf gute Regierungsführung entfaltet.

Alle Zuschüsse und Kredite von der Weltbank bzw. IDA an die HIPC-Länder wie die Nicht-HIPC-Länder werden in Abhängigkeit von deren Schuldentragfähigkeit – gemäß dem dazu vereinbarten neuen Rahmenwerk – und der Qualität ihrer Regierungsführung gewährt. Das bedeutet gleichzeitig, dass Länder, die sich nicht durch gute Regierungsführung auszeichnen, kaum mit neuen Krediten bzw. Zuschüssen rechnen können.

Die Bundesregierung wird sich beim IWF dafür einsetzen, die Kreditvergabe an HIPC-Länder zu beschränken und stattdessen die Vereinbarung von nicht-finanziellen Programmen, des sog. „Policy Support Instruments“, zu fördern. So soll die Notwendigkeit für neue Schuldenerlasse vermieden werden. Gleichzeitig sollen die begrenzten Mittel des IWF für die Vergabe von Krediten an Nicht-HIPC-Länder reserviert werden.

Auch bei der Vergabe von Finanzmitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit achtet die Bundesregierung auf eine gute Regierungsführung ihrer Partnerländer. Länder, die diese Bedingung nicht erfüllen, kommen bis zur Korrektur des Missstands nicht in den Genuss der vorgesehenen bilateralen Finanzmittel.

Der oben genannte, von den G 8 beim Weltwirtschaftsgipfel im Juli 2005 grundsätzlich vereinbarte 100 %ige Erlass von multilateralen Schulden ist in den Exekutivdirektorien von IWF und Weltbank noch formell zu beschließen. Dadurch, dass er denjenigen HIPC-Ländern gewährt wird, die den Vollendungspunkt erreicht haben, ist sichergestellt, dass die begünstigten Länder eine Verbesserung ihrer Regierungsführung nachweisen konnten. Zudem soll der Erlass aus Sicht der Bundesregierung HIPC-Ländern vorbehalten sein, die ihre Armutsbekämpfungsstrategien und ggf. Wirtschaftsprogramme erfüllen; diese Frage wird noch in den Exekutivdirektorien von IWF und Weltbank erörtert.

Die Bundesregierung beteiligt sich maßgeblich an den finanziellen Lasten der Kölner Schuldeninitiative, sowohl durch den Erlass

bilateraler Forderungen als auch durch Beiträge zur Finanzierung der multilateralen Schuldenerlasse von IWF, Weltbank, der regionalen Entwicklungsbanken und der EU. Der bilateral mögliche Schuldenerlass durch Deutschland auf Basis der Kölner Gipfelbeschlüsse beträgt insgesamt 6 ½ Mrd. €; davon sind gut 2 ½ Mrd. € bereits umgesetzt. Zudem wurden den HIPC-Ländern schon vor Anwendung der HIPC-Initiative rd. 4 ½ Mrd. € Schulden erlassen. Insgesamt beträgt der mögliche Schuldenerlass für diese Länder also gut 10 ½ Mrd. €, wovon gut 7 Mrd. € bereits umgesetzt worden sind. Außerdem wurden Nicht-HIPC-Ländern fast 6 Mrd. € erlassen. Für alle Länder zusammen sind unter Berücksichtigung der HIPC-Initiative Erlasse von 16 ½ Mrd. € möglich, wovon 13 Mrd. € schon erlassen wurden.

Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den multilateralen Komponenten des Schuldenerlasses von IDA und regionalen Entwicklungsfonds beträgt bislang durchschnittlich etwa 6 % bis 10 %. Im Rahmen der HIPC-Initiative beteiligt sich die Bundesregierung an den multilateralen Kosten mit rd. 610 Mio. € aus Haushalts-

mitteln: 127 Mio. € als direkter Beitrag zum HIPC-Treuhandfonds der Weltbank, 234 Mio. € HIPC-Anteil im Rahmen der Wiederauffüllungsverhandlungen von IDA 13 und IDA 14 sowie rund 250 Mio. € für den EU-Beitrag zur HIPC-Schuldeninitiative (1 Mrd. € aus dem Europäischen Entwicklungsfonds, der aus den nationalen Haushalten gespeist wird und an dem Deutschland mit rd. einem Viertel beteiligt ist, sowie der deutsche Anteil an der Asien-Lateinamerika-Haushaltlinie des EU-Haushalts, aus der 54 Mio. € für den HIPC-Treuhandfonds zur Verfügung gestellt wurden). Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) hat einen Beitrag zur HIPC-Schuldeninitiative von 70 Mio. € geleistet. Darüber hinaus wird der Finanzierungsanteil des IWF durch ein zinsloses Darlehen der Bundesbank über 300 Mio. € unterstützt. Ferner hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch Darlehen von insgesamt rd. 2 Mrd. € zur Finanzierung der Armuts- und Wachstumsfazilität des IWF beigetragen. Von dem neuen zusätzlichen multilateralen Schuldenerlass werden sich bis 2015 voraussichtlich bis zu etwa 800 Mio. € zusätzliche Finanzierungsbeiträge für die Bundesregierung ergeben.

# Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick .....	53
2	China .....	54
3	Indien .....	56
4	Südkorea .....	58
5	Türkei .....	60
6	Russland .....	62
7	Ukraine .....	64
8	Argentinien .....	66
9	Brasilien .....	67
10	Mexiko .....	68

## 1 Überblick

Wie im vergangenen Jahr ist die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern auch im Jahr 2005 überwiegend positiv. Dieser Trend zeigt sich auch an den Finanzmärkten. Die Außenverschuldung stellt zwar weiterhin ein nicht zu unterschätzendes Risikopotenzial dar. Im Vergleich zu früheren Jahren hat sich die makroökonomische Stabilität in den Schwellenländern jedoch weiter verbessert. Überdies sind die Devisenreserven in den Schwellenländern teilweise erheblich aufgestockt worden.

China hat weltweit sowohl als Standort von Direktinvestitionen als auch als Warenexporteur weiter an Bedeutung gewonnen. Daneben unternimmt China selbst aber auch strategisch wichtige Investitionen im Ausland, wobei insbesondere die Sicherung der Rohstoffzufuhr einen wichtigen Aspekt darstellt. Aufgrund seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung ist China auf einen gesicherten Zugang zu Rohstoffen angewiesen. Lateinamerika und auch Afrika gewinnen vor diesem Hintergrund an Bedeutung für China.

Nach einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9,5 % in 2004 liegt die Wach-

tumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auch im 1. Halbjahr 2005 bei durchschnittlich 9,5 %. Im Juli hat China die feste Bindung des Renminbi (RMB) an den US-Dollar beendet und orientiert sich seitdem an einem Währungskorb, der nach offiziellen chinesischen Angaben vom US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem südkoreanischen Won dominiert wird.

Die asiatischen Schwellenländer werden insgesamt auch im laufenden Jahr weiterhin hohe Wachstumsraten des BIP erzielen können. Diese werden allerdings nicht mehr ganz so hoch wie im Vorjahr ausfallen. Neben China, das nach wie vor Motor des Wachstums in Asien ist und einen Großteil ausländischer Direktinvestitionen anzieht, gewinnt auch Indien zunehmend an Bedeutung.

In Lateinamerika deutet sich nach dem starken realen Wirtschaftswachstum von 5,7 % im letzten Jahr im 1. Halbjahr 2005 eine maßvolle konjunkturelle Abschwächung an. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht für das Gesamtjahr 2005 von einer realen Zunahme des BIP von 4,1 % in dieser Region aus. Insgesamt haben sich die fiskalischen und monetären Rahmenbedingungen in den wirtschaftlich bedeutendsten lateinamerikanischen Ländern Brasilien

und Mexiko auch im bisherigen Jahresverlauf sehr positiv entwickelt. Die internationalen Finanzmärkte honorierten auch im 1. Halbjahr 2005 die guten Fundamentaldaten der Region: So sind die Risikoprämien seit Jahresbeginn weiter gesunken, die Aktienindizes gestiegen und die Währungen verschiedener Länder, insbesondere Brasiliens und Mexikos, haben deutlich aufgewertet. Allerdings mangelt es in diesen Ländern an den weiterhin notwendigen Strukturreformen. In Argentinien ist fraglich, ob die bislang durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen geeignet sind, langfristig die erforderliche makroökonomische und soziale Stabilität zu erzeugen.

In Russland wird das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre von über 7 % nur abgeschwächt fortgesetzt werden können. Neben dem geringeren Förderwachstum in der Ölindustrie dürften unter anderem wachsende Unsicherheiten hinsichtlich des Schutzes von Eigentumsrechten hierfür ausschlaggebend sein. In der Ukraine hat sich nach dem politischen Umbruch und dem wirtschaftlich erfolgreichen Jahr 2004 mit einem Wirtschaftswachstum von 12 % die wirtschaftliche Situation in diesem Jahr deutlich verschlechtert. Das Wachstum ist im 1. Halbjahr auf 4 % zurückgegangen, die Inflation nähert sich der 15 %-Marke und das Investitionsklima hat sich auf Grund widersprüchlicher Regierungspläne eingetrübt. Vor diesem Hintergrund muss die neue Regierung in den kommenden Monaten eine Vielzahl von Reformen unter großem Zeitdruck weiter vorantreiben, da bereits im März kommenden Jahres Parlamentswahlen angesetzt sind.

## 2 China

Die chinesische Zentralbank (People's Bank of China – PBoC) hat am 21. Juli 2005 die seit 1997 geltende feste Bindung der chinesischen Währung Renminbi an den US-Dollar aufgehoben und geht zu einem kontrollierten Floating inner-

halb enger Bandbreiten um einen Währungskorb über. Der neue RMB/US-Dollar-Kurs wurde mit 8,11 RMB pro US-Dollar (vorher 8,27 RMB pro US-Dollar) bekannt gegeben; dies entspricht einer Aufwertung um 2,1 %. Der Wechselkurs des RMB gegenüber dem US-Dollar wird künftig täglich in einer Bandbreite von  $\pm 0,3\%$  schwanken; der Wechselkurs mit Nicht-Dollar-Währungen wird sich in einer Bandbreite von  $\pm 1,5\%$  verändern können. Der aktuelle Wechselkurs gegenüber den führenden Währungen wird künftig von der PBoC zum Börsenschluss an jedem Werktag bekannt gegeben werden und gilt als Referenzkurs für den Folgetag. Die PBoC hat darauf hingewiesen, dass die Schwankungsbreite angepasst werden kann, wenn Marktentwicklungen bzw. die wirtschaftliche und finanzielle Situation dies notwendig machen: Allerdings bekennt sich die Zentralbank gleichzeitig zu dem Ziel, den RMB-Wechselkurs möglichst stabil zu halten. Ein genaueres Bild wird sich erst in mehreren Wochen ergeben, wenn das neue System in Asien beobachtet werden konnte. Nach jüngsten Angaben der chinesischen Zentralbank wird der Währungskorb neben dem US-Dollar, dem Euro und dem Yen auch vom südkoreanischen Won dominiert. Weiterhin werden der Singapur-Dollar, das britische Pfund, der malaysische Ringgit, der russische Rubel, der australische Dollar, der thailändische Baht und der kanadische Dollar in dem Korb berücksichtigt. Zur Gewichtung der Währungen im Korb wurden bisher keine Angaben gemacht.

Der Zeitpunkt der Aufwertung war so gewählt, dass die guten Wirtschaftsdaten für das 1. Halbjahr 2005 als Grundlage dienten. China ist auch weiterhin eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Im 1. Halbjahr 2005 lag die Wachstumsrate des BIP bei durchschnittlich 9,5 %. Es treten jedoch weiterhin Überhitzungstendenzen in einigen Wirtschaftssektoren (Stahl, Immobilien, Aluminium, Zement) auf. Nachdem die im April 2004 ergriffenen, überwiegend administrativen Maßnah-



men nicht die gewünschte Wirkung gezeigt haben, hat die chinesische Zentralbank Ende Oktober 2004 die Leitzinsen moderat (0,27 Prozentpunkte) angehoben, um so die Überhitzungstendenzen besser in den Griff zu bekommen.

Der Verbraucherpreisindex, der 2004 im Jahresdurchschnitt bei 3,9% lag, ist deutlich gesunken. Nach einem Absinken im Januar 2005 (1,9%) und einem relativ starken Anstieg im Februar (3,9%) ist seit März (2,7%) ein kontinuierlicher Rückgang der Inflationsrate bis Juni (1,6%) zu beobachten.

Die Handelsbilanzentwicklung 2005 weist einen deutlichen Handelsbilanzüberschuss von rd. 40 Mrd. US-Dollar bis einschließlich Juni 2005 auf. Das Handelsvolumen lag im Juni 2005 bei rd. 645 Mrd. US-Dollar (Exporte 342,4 Mrd. US-Dollar und Importe 302,7 Mrd. US-Dollar). Bereits 2004 konnte China erstmals ein Handelsvolumen von über 1 Bio. US-Dollar erreichen. Der Vorjahreswert von 1155 Mrd. US-Dollar könnte in diesem Jahr deutlich übertroffen werden.

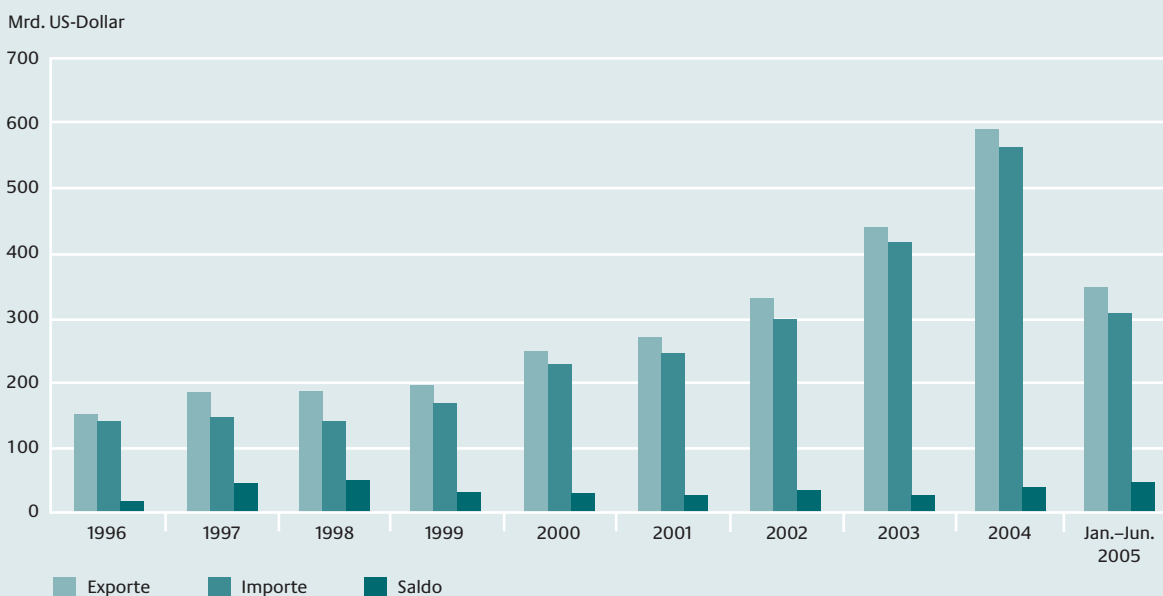
Die ausländischen Direktinvestitionen in China erreichten 2004 rd. 60,69 Mrd. US-Dollar. Die Zuflüsse an ausländischen Direktinves-

itionen sind 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht rückläufig auf weiterhin hohem Niveau (- 3,18%). Bis Juni 2005 flossen 28,56 Mrd. US-Dollar nach China.

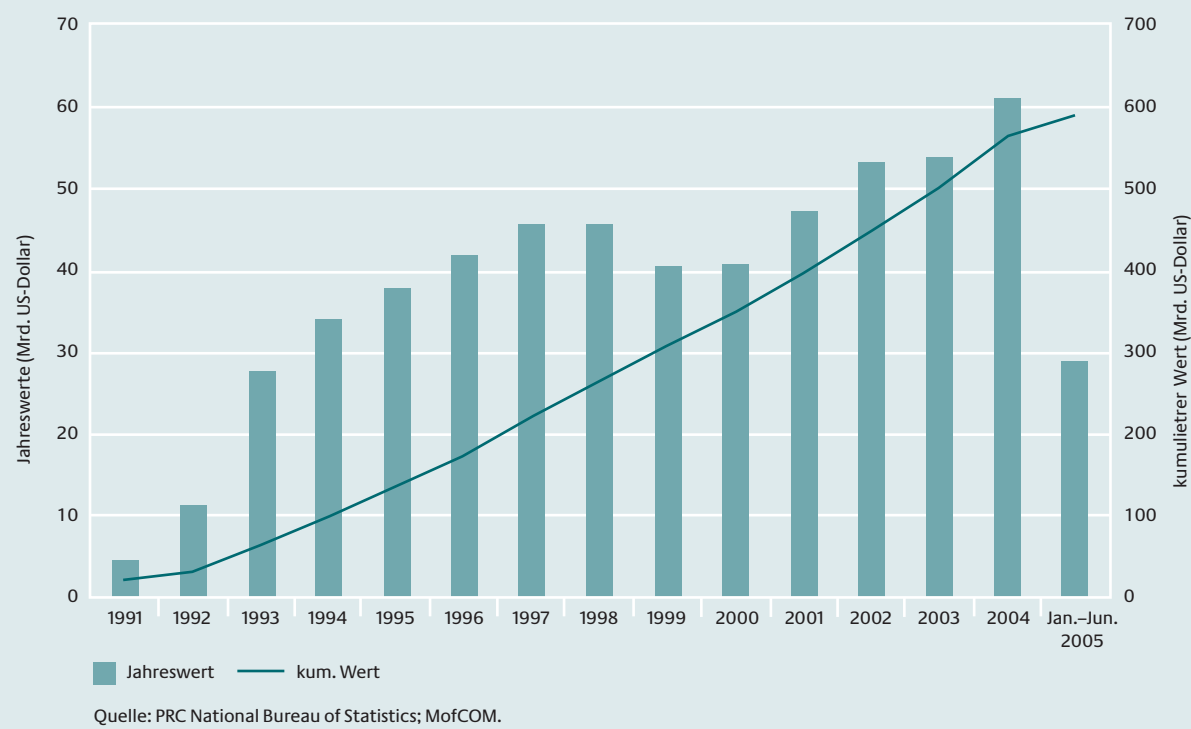
Chinas Devisenreserven sind in den vergangenen Jahren durch erhebliche Interventionen deutlich angestiegen und haben den weltweit zweithöchsten Wert nach Japan erreicht. Lagen sie 2003 noch bei 403 Mrd. US-Dollar, so erreichten sie 2004 bereits 610 Mrd. US-Dollar und stiegen bis Juni 2005 auf rd. 711 Mrd. US-Dollar.

Die Reform des Bankenwesens und des Finanzsektors wird von der chinesischen Regierung weiterhin vorangetrieben. Eine wichtige Rolle kommt hierbei nach wie vor der China Banking Regulatory Commission (CBRC) zu. Insbesondere die Entwicklung der vier großen Staatsbanken ist von Bedeutung. Nach den beiden Staatsbanken Bank of China (BoC) und China Construction Bank (CCB), die Ende 2003 eine Kapitalspritze von je 22,5 Mrd. US-Dollar aus den Devisenreserven des Landes zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung erhielten, wurde

**Abbildung 1: Entwicklung der Handelsbilanz Chinas von 1996 bis Juni 2005**



Quelle: PRC National Bureau of Statistics, China Monthly Economic Indicators; auch: Zollamt nach Pressemeldungen.

**Abbildung 2: Ausländische Direktinvestitionen in China 1991 bis Juni 2005**

im April 2005 auch der größten Bank des Landes – der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) – eine Kapitalspritze von 15 Mrd. US-Dollar gewährt. Im Spätsommer 2004 wurden die BOC und die CCB in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der Börsengang ist für 2005 geplant. Auch die Umwandlung der ICBC in eine Aktiengesellschaft ist mittlerweile beendet, der Börsengang für 2006 zu erwarten. Diese Banken suchen außerdem im Rahmen der Vorbereitung auf den Börsengang strategische ausländische Investoren. Die fünftgrößte chinesische Bank – die Bank of Communications (BoCom) – hat als erste der großen chinesischen Banken einen Börsengang in Hongkong durchgeführt und dabei im Juli 2005 rd. 1,88 Mrd. US-Dollar einsammeln können.

### 3 Indien

Das BIP wuchs im Fiskaljahr 2004/2005 (das Haushaltsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März des Folgejahres) nach offiziellen Angaben um 6,9 % nach 8,2 % im Vorjahr. Damit

konnte das im Dezember 2002 im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans (2002 bis 2007) genannte durchschnittliche Wachstumsziel von 8 % in diesem Haushaltsjahr nicht ganz erreicht werden. Im internationalen Vergleich belegt Indien aber einen Spitzenplatz unter den wachstumsstärksten Regionen der Welt. Hatten günstige Witterungsbedingungen 2003/2004 noch zu einer deutlichen Belebung der Landwirtschaft (+ 8,9 %) geführt, lag in 2004/2005 das Wachstum in der Landwirtschaft lediglich bei 1,1%.

Die indische Wirtschaftsstruktur verzeichnete in den letzten Jahren eine deutliche Verschiebung vom primären hin zum sekundären und tertiären Sektor. Hohe Wachstumsraten werden insbesondere im Dienstleistungssektor erzielt. Das Outsourcing von IT-Leistungen durch die Industrieländer nach Indien führte im IT-Sektor zu Wachstumsraten von über 30 % jährlich. Der dynamische Aufschwung der High-Tech-Branche täuscht aber über die tatsächlichen Strukturen der indischen Wirtschaft hinweg.



Nach wie vor leben über 70 % der Inder direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, die weniger als ein Viertel des BIP erwirtschaftet (bspw. ist Indien weltgrößter Produzent von Milch, Hülsenfrüchten und Gewürzen).

Im Haushaltsjahr 2004/2005 konnte die indische Zentralregierung ihr Haushaltsdefizit mit 4,5 % (Vorjahr 4,8 %) auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren senken. Das avisierte Ziel von 4,4 % wurde aber knapp verfehlt. Das Gesamthaushaltsdefizit des Landes (Zentralregierung und Unionsstaaten) liegt jedoch weiter bei über 10 %. Im Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 2005/2006, der den ersten kompletten Haushalt der neuen Regierung darstellt, strebt die Zentralregierung ein Defizit von 4,3 % des BIP an, das Gesamtdefizit soll bei nur noch rd. 9,1 % des BIP liegen. Dabei soll ein Wirtschaftswachstum von 7 % bis 8 % und eine Inflation von 4 % bis 5 % erreicht werden. In Erfüllung der Wahlversprechen liegt der Schwerpunkt des Haushalts auf der Armutsbekämpfung und der Herstellung einer zeitgemäßen Infrastruktur für das gesamte Land.

Die indische Regierung hat am 1. April 2005 erstmals eine Mehrwertsteuer (MwSt) eingeführt, durch die das bisher uneinheitliche und komplizierte System der Kaufsteuern rationalisiert und vereinfacht werden soll. Alle anderen bisher für den Güterverkehr geltenden Steuern, insbesondere die so genannte Sales Tax, wurden mit sofortiger Wirkung abgeschafft. Insgesamt haben aber nur 20 Bundesstaaten die MwSt implementiert. Die indischen Bundesstaaten, die die MwSt eingeführt haben, können nicht länger eigenverantwortlich über Art und Höhe der Besteuerung von Handelsware entscheiden. Seit Anfang April unterliegen ca. 550 Güter einer MwSt und werden zum großen Teil mit einem Satz von 4 % besteuert. Diese Regelung umfasst alle Waren des täglichen Gebrauchs, Arzneimittel, agrarwirtschaftliche und industrielle Vorprodukte sowie Kapitalgüter. Für alle übrigen Güter, wie z.B. Speisen in Hotels und Restaurants, gilt ein Steuersatz von 12,5 %. Schmuck, vor

allem Silber- und Goldwaren, unterliegen einem Steuersatz von 1 %. Insgesamt 46 festgelegte Produkte sind von der MwSt befreit, wie z.B. verschiedene Agrarprodukte, Spirituosen und Treibstoffe. Textilien, Tabak und Zucker sowie vorerst auch Dienstleistungen sind für ein Jahr von der MwSt befreit. Ausfuhr- und Einfuhrgüter sind ebenfalls MwSt-frei. Importierte Güter werden dann steuerpflichtig, wenn sie im Binnenmarkt weiterveräußert werden.

Solange sich nicht alle Bundesstaaten der MwSt-Einführung anschließen, bleibt das Steuersystem kompliziert, denn parallel zur neuen MwSt existiert das alte System weiter. Dies sorgt für erhebliche Probleme im Warenverkehr zwischen den einzelnen Staaten.

In den 90er Jahren lag die Inflationsrate (wholesale price index) bei 15 %. Durch die Öffnung des Marktes ist es gelungen, die Inflation zu reduzieren. Die durchschnittliche Inflation betrug 2004/2005 rd. 5 % – eine für indische Verhältnisse relativ moderate Inflation. Im Juni 2005 lag die Inflationsrate bei rd. 4 %.

Die Geldmenge ist im abgelaufenen Fiskaljahr noch schneller gewachsen als im Vorjahr. Die Zentralbank hat im Oktober 2004 und April 2005 den Leitzins um jeweils 0,25 Prozentpunkte erhöht, so dass der Leitzins derzeit bei 5,0 % liegt. Außerdem wurden einige spezifische Mindestreserveanforderungen an die Banken um 0,5 Basispunkte erhöht. Durch diese Schritte konnte der Liquiditätsüberschuss reduziert werden.

Indien verfügte Ende April 2005 über Devisenreserven von rd. 142 Mrd. US-Dollar. Insbesondere der Kapitalzufluss durch indische Arbeitskräfte im Ausland hat zu diesem Rekordstand bei den Devisenreserven geführt. Die Devisenreserven dienen auch zur Absicherung gegen Finanzkrisen wie die Asienkrise 1997/1998, bei der einige asiatische Volkswirtschaften wegen fehlender Devisenreserven nicht steuernd eingreifen konnten. Erstmals überstiegen in 2004 die Währungsreserven (125,2 Mrd. US-Dollar) die Auslandsverschuldung (120,9 Mrd. US-Dollar).

Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch 2005 fortsetzen.

Indiens Wirtschaft ist stark binnenorientiert, aber die Einbindung in den Weltmarkt (derzeit 0,85 % am Welthandel) beschleunigt sich. Im Zuge wirtschaftlicher Reformen und zunehmender Liberalisierung erhöht sich die Export- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Die indische Leistungsbilanz wies im Haushaltsjahr 2004/2005 einen Überschuss von 4,5 Mrd. US-Dollar nach 2,5 Mrd. US-Dollar im Vorjahr auf. Die Handelsbilanz war demgegenüber weiterhin negativ. Das Defizit betrug Ende 2004/2005 rd. 26,53 Mrd. US-Dollar (Vorjahr 13,7 Mrd. US-Dollar). 2004/2005 stiegen die Exporte auf rd. 79,59 Mrd. US-Dollar und verzeichneten damit einen Rekordzuwachs gegenüber dem Vorjahr von 24,4 %. Die Importe stiegen allerdings noch stärker um 35,6 % auf 106,12 Mrd. US-Dollar. Ursache ist nicht nur der gestiegene Umfang an importierten Waren, sondern auch die Preissteigerungen bei Öl und Stahl.

Die internationalen Investoren sind bei Portfolio- und Direktinvestitionen noch relativ zurückhaltend. Der insgesamt positiven Struktur der indischen Wirtschaftsverfassung und der Marktentwicklung stehen Defizite bei der Vermarktung des Landes als attraktivem Investitionsstandort gegenüber. Als Gründe hierfür werden Investitionshemmnisse gesehen; neben einer überbordenden Bürokratie werden mangelhafte Infrastrukturbedingungen (Verkehr, Energieversorgung), schleppende Investitionsgenehmigungsverfahren, mangelnder Schutz geistigen Eigentums sowie Korruption genannt. Mit über 5 Mrd. US-Dollar flossen im Vergleich zu China (60,7 Mrd. US-Dollar) 2004 relativ wenig ausländische Direktinvestitionen nach Indien. Bis 2008 strebt die Regierung eine Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen auf 7,5 Mrd. US-Dollar an.

Im Hinblick auf den von der Vorgängerregierung eingeschlagenen Privatisierungskurs sind deutliche Veränderungen sichtbar. Die

neue Regierung hat in ihrem ersten Jahr kein großes Interesse daran gezeigt, die Privatisierung von Staatsunternehmen voranzutreiben – die Einnahmen aus Privatisierungen lagen 2004/2005 bei 0,9 Mrd. US-Dollar. Das frühere Privatisierungsministerium wurde in eine Abteilung des Finanzministeriums überführt. Die von der alten Regierung in die Wege geleitete Teilprivatisierung der Flughäfen New Delhi und Mumbai (ehemals Bombay) wird jedoch fortgesetzt. Mit einer Öffnung der Angebote wird Ende dieses Sommers gerechnet. Im April 2005 hat die indische Regierung angekündigt, ihre Beteiligungen an insgesamt 13 Unternehmen verkaufen zu wollen.



## 4 Südkorea

Nach dem für koreanische Verhältnisse eher schwachen Wirtschaftswachstum von 3,1 % in 2003 konnte die koreanische Volkswirtschaft 2004 wieder an Dynamik gewinnen und verzeichnete ein Wachstum von 4,6 %. Das BIP stieg auf rd. 680 Mrd. US-Dollar. Das BIP pro Kopf lag 2004 bei ca. 14144 US-Dollar pro Kopf. Das Wirtschaftswachstum in 2004 beruhte fast ausschließlich auf der Exportleistung Koreas. Konsum und Inlandsinvestition stagnierten dagegen. Auch 2005 werden die Chancen der koreanischen Wirtschaft im Wesentlichen im Export liegen. Wegen der hohen Verschuldung der privaten Haushalte – es ist davon auszugehen, dass etwa jeder zehnte Koreaner zahlungsunfähig ist – und der strukturellen Probleme der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) ist nicht mit einem deutlichen Anstieg der

Inlandsnachfrage zu rechnen. Die Inflationsrate lag 2004 bei 3,6 %, die Arbeitslosenquote bei 3,7 %, die Beschäftigungsrate bei 61,6 %. Für 2005 strebt die Regierung ein Wirtschaftswachstum von 5 % an.

Die Ausfuhren stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer starken Auslandsnachfrage vor allem nach Halbleitern, Mobilkommunikationsausrüstungen, Computern, Autos und Schiffen um fast 30 % auf 254 Mrd. US-Dollar. Dies ist der stärkste Anstieg seit 1995. Es gelang Korea damit, an seine große Boomzeit vor der Asienkrise anzuschließen. Der Anteil des Exports am BIP lag bei über 40 %. Koreas wichtigste Handelspartner sind neben China die USA und Japan. Mit einem Handelsvolumen von rd. 17 Mrd. US-Dollar ist Deutschland der sechstgrößte Handelspartner Koreas und der größte unter den EU-Ländern.

Allerdings ist die Exportstruktur durch wenige Produkte geprägt und es besteht eine Abhängigkeit von nur wenigen großen Unternehmen. Die Binnennachfrage wird durch die Exportkonjunktur kaum beeinflusst. Die großen exportorientierten Unternehmen verfügen über eine hohe Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Im Gegensatz dazu befinden sich die KMU, in denen rd. 85 % aller koreanischen Arbeitnehmer beschäftigt sind und die rd. 50 % des BIP erwirtschaften, in einer dauerhaften strukturellen Krise. Produktivität, Wertschöpfung und Auslastung sind gering, Investitionen sinken von Jahr zu Jahr und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen nimmt ab. Der Investitionsrückgang bei Anlageinvestitionen betrug 2004 rd. 6,8 % – auch 2005 sind die Inlandsinvestitionen weiterhin der Schwachpunkt. Größtes Strukturproblem der koreanischen Wirtschaft sind die rigiden Arbeitsmarktregelungen mit ihrem hohen Arbeitnehmerschutz für reguläre Arbeitnehmer in den Unternehmen. Diese werden zunehmend zu einem Wettbewerbsnachteil für Südkorea im innerasiatischen Markt. Ein Ausbau des sozialen

Netzes (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Rentenversicherung) ist aber Voraussetzung für die notwendige Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung. Dies dürfte zugleich das Ende der niedrigen Staatsquote (23 %) in Korea bedeuten.

Der koreanische Staatshaushalt war 2004 nahezu ausgeglichen. Der Haushaltsplan 2005 umfasst rd. 213 Mrd. US-Dollar, bei einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9,5 %. Es ist vorgesehen, dass bei gleichzeitiger Ausgabensteigerung und Steuersenkung die Staatsverschuldung um ca. 20 % steigen wird. Sie wird damit eine Rekordhöhe von ca. 190 Mrd. US-Dollar erreichen. Damit liegt sie aber immer noch unter 30 % des BIP. Für 2005 ist ein Haushaltsdefizit von ca. 3 % vorgesehen, das über Inlandsanleihen finanziert werden soll. Oberste Priorität hat für die koreanische Regierung die Ankurbelung der stagnierenden Inlandsnachfrage durch Erhöhung des Konsums und der Inlandsinvestitionen. Dafür hat die Regierung eine Reihe von Steuersenkungen in Kraft gesetzt und kam damit entsprechenden Empfehlungen des IWF zur fiskalischen Konjunkturstimulierung nach. So sind bspw. die Einkommensteuer um einen Prozentpunkt und die Körperschaftsteuer um zwei Prozentpunkte gesenkt worden. Besondere Anreize gibt es für ausländische Investoren.

Seit der Anfang November 2004 von der Zentralbank vorgenommenen Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 3,25 % – dem historisch niedrigsten Wert – hat keine weitere Veränderung der Zinsen stattgefunden.

Seit Dezember 1997 besteht offiziell ein flexibles Wechselkurssystem. Der koreanische Won ist frei konvertibel. Eine deutliche Aufwertung gegenüber dem US-Dollar versucht die Zentralbank teils auch durch massive Interventionen zu verhindern. Nach einer rd. 15-prozentigen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar zwischen September 2004 und März 2005 wertete der Won im April leicht ab und im Mai wieder auf, wobei der psychologisch wichtige Wert von 1000 Won pro US-Dollar mehrfach unterschritten

wurde. Von Juni bis Anfang Juli erfolgte eine Abwertung auf 1050 Won pro US-Dollar. Nach der Abkopplung und Aufwertung der chinesischen Währung wertete der Won ebenfalls kurzfristig auf. Durch die Interventionen bedingt stiegen die Devisenreserven Koreas kontinuierlich an. Die Devisenreserven, die 2003 noch bei rd. 155 Mrd. US-Dollar lagen, wuchsen bis Ende 2004 auf 199,6 Mrd. US-Dollar und erreichten im Juni 2005 knapp 205 Mrd. US-Dollar. Sie sind damit die viertgrößten der Welt (nach Japan, China und Taiwan). Dieser Anstieg der Devisenreserven hat zusammen mit anderen Faktoren (u. a. geringere Staatsverschuldung, bessere Eigenkapitalausstattung der koreanischen Banken) dazu geführt, dass Südkorea heute deutlich weniger krisenanfällig ist als noch Ende der 90er Jahre.

Der wirtschaftliche Aufstieg Koreas beruht auf der systematischen Entwicklung der Exportwirtschaft. Zur weiteren Verfolgung dieses Ziels strebt Korea an, zur wirtschaftlichen Drehscheibe in Ostasien zu werden. Dafür wird die logistische Infrastruktur systematisch ausgebaut. Eine besondere Rolle kommt den drei vorgesehenen freien Wirtschaftszonen in Incheon, Busan und Gwangyang zu, in denen ausländische Investoren erhebliche finanzielle Anreize bekommen sollen.

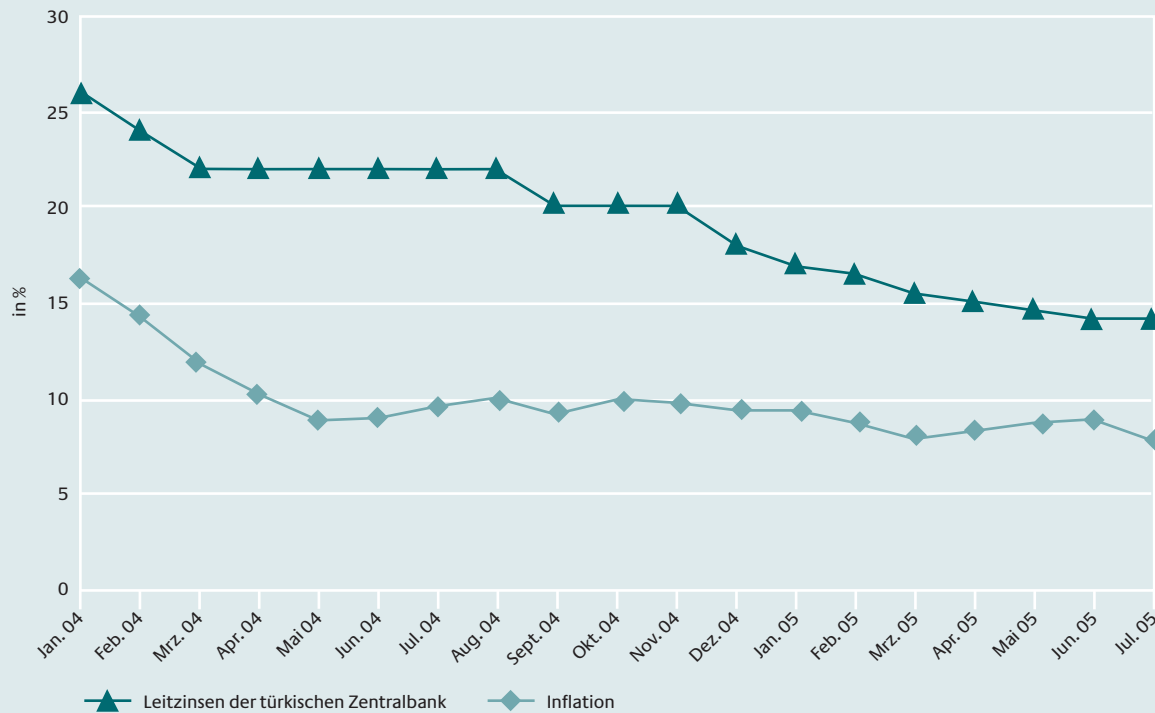
## 5 Türkei

Nachdem die türkische Wirtschaft bereits in den beiden Vorjahren erheblich gewachsen war, entwickelt sich das Wirtschaftswachstum weiter positiv. Das BIP konnte 2004 um 8,9 % auf über 300 Mrd. US-Dollar gesteigert werden; dabei ist allerdings die umfangreiche Schattenwirtschaft nicht eingerechnet, die auf bis zu 50 % der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung geschätzt wird. Demnach ist die türkische Wirtschaft in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 7,9 % gewachsen. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2004 bei 4172 US-Dollar. Für 2005 strebt die Regierung ein Wirtschaftswachstum von 5,0 % an.

Um nachhaltiges Wachstum und eine dauerhafte Stabilität zu erreichen, muss der Reformprozess allerdings weiter fortgesetzt werden. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge bestehen erhebliche Risiken. Neben dem hohen Leistungsbilanzdefizit sind dies die hohe öffentliche Verschuldung und das extrem hohe Einkommensgefälle.

Die Türkei konnte die Inflationsrate im Dezember 2004 auf 9,3 % reduzieren. Die durchschnittliche Inflationsrate lag 2004 bei 10,7 %. Dies ist umso bemerkenswerter, als die in den 90er Jahren durchschnittlich verzeichnete Inflation bei über 60 % lag. Für 2005 strebt die türkische Regierung eine Inflationsrate von 8 % an – dieses Ziel erscheint realistisch, obwohl die Inflationsrate in den ersten Monaten des Jahres teilweise noch über der angestrebten Rate lag (siehe Abbildung 3, S. 61). Auch in den folgenden Jahren soll die Inflationsrate weiter verringert werden und Ende 2007 die Maastricht-Schwelle von 3 % erreichen. Durch eine strikte Fiskalpolitik seit 2001 und die erfolgreiche Desinflation konnte das Zinsniveau ab 2002 nachhaltig gesenkt werden. Seit Dezember 2004 hat die türkische Zentralbank die Leitzinsen um 575 Basispunkte von 20 % auf 14,25 % (Mai 2005) gesenkt.

Sorgen bereitet nach wie vor das Leistungsbilanzdefizit. Eine Verbesserung ist auch 2005 nicht in Sicht; 2004 wuchs das Defizit weiter auf 15,57 Mrd. US-Dollar (entspricht 5,2 % des BIP) an. Das Handelsbilanzdefizit stieg an, obwohl die Exporte um 33,5 % auf 62,77 Mrd. US-Dollar anstiegen; aber die Importe wuchsen noch stärker um rd. 40 % auf 97,16 Mrd. US-Dollar. Auch in der Zukunft wird der verstärkte Import von Investitionsgütern erwartet, so dass ein günstigeres Import-Export-Verhältnis eher nicht zu erwarten ist. Der IWF und die Türkei haben sich auf ein neues Kreditprogramm verständigt. Der neue Bereitschaftskredit hat ein Volumen von 10 Mrd. US-Dollar bei einer Laufzeit von drei Jahren (2005 bis 2007) und soll der Türkei den Schuldendienst für die bestehenden Verbind-

**Abbildung 3: Inflations- und Zinsentwicklung in der Türkei seit Januar 2004**

lichkeiten gegenüber dem IWF erleichtern. Nach zwischenzeitlichen Irritationen hat die Türkei ein Letter of Intent im April 2005 an den IWF übersandt. Der Entwurf eines Bankengesetzes konnte das Parlament im Juni passieren; allerdings hat der türkische Staatspräsident Ende Juli ein Veto gegen drei Artikel des neuen Bankengesetzes eingelegt. Außerdem steht die Verabschiedung des Gesetzes zu den sozialen Sicherungssystemen noch aus. Dies ist aber ein wesentlicher Bestandteil für die Umsetzung des IWF-Programms.

Die türkische Zentralbank hat in ihrem vierteljährlichen Schuldenstandsbericht den Schuldenstand der Türkei zu Ende Juni 2005 mit umgerechnet 242,68 Mrd. US-Dollar beziffert, davon sind rd. 27,4 % Auslandsverschuldung. Die Rückführung des Schuldenstandes auf ein dauerhaft tragfähiges Niveau ist eines der Hauptziele des neuen IWF-Programms. Die Devisenreserven der Türkei beliefen sich Ende 2004 auf rd. 37,6 Mrd. US-Dollar und lagen im Juni 2005 bei gut 41,6 Mrd. US-Dollar (einschließlich Gold).

Im Dezember 2004 hat der Europäische Rat die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005 bekannt gegeben. Voraussetzung ist die völkerrechtliche Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei. Zwar hat die Türkei im August ein Zollabkommen mit der EU unterzeichnet und damit die vermeintlich letzte Hürde vor den Beitrittsgesprächen genommen. Jedoch betonte die Regierung in Ankara, sie erkenne Zypern weiterhin nicht an. Die Insel ist seit der türkischen Invasion 1974 geteilt. Die Ausdehnung der Zollunion auf die Republik Zypern im Süden der Insel gilt aber als indirekte Anerkennung der Regierung von Nikosia, die als Repräsentantin der gesamten Insel im Mai 2004 der EU beigetreten war. Eine Wiedervereinigung des türkisch- und des griechischstämmigen Teils Zyperns war vor dem EU-Beitritt am Widerstand des griechischen Südens gescheitert. Jedes EU-Mitgliedsland, also auch Zypern, kann die Aufnahme der Türkei-Verhandlungen im Oktober noch verhindern, da für den Beginn der Gespräche noch ein



einstimmiger Beschluss der 25 EU-Staaten erforderlich ist.

Zum 1. Januar 2005 hat die Türkei bei ihrer Währung sechs Nullen gestrichen und gleichzeitig die „Neue Türkische Lira“ (TRY) eingeführt. 1 TRY entspricht dem heutigen Wert von 1000 000 TRL (Türk Lirasi). Während der Übergangsfrist von einem Jahr werden TRY und TRL als offizielles Zahlungsmittel akzeptiert. Alle Preise müssen während dieser Zeit in beiden Währungen angeschrieben werden. Am 1. Januar 2006 werden die alten TRL-Banknoten aus dem Umlauf gezogen und gleichzeitig wird die neue Währung von TRY wieder in TRL umbenannt. Die Maßnahme dient vor allem dem Ziel, über eine gesunde Währung die erfolgreiche türkische Wirtschaftsentwicklung demonstrieren zu können. Die zuvor gebräuchlichen Angaben in Millionenbeträgen wurden zunehmend als Dokumentation ökonomischer Schwäche gesehen.

Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ist nach wie vor relativ schwach. Obwohl bereits Mitte 2003 ein Gesetz in Kraft trat, das ausländische und einheimische Kapitalinvestitionen gleichstellt und durch Abschaffung bürokratischer Hürden das bis dahin geltende bürokratisch komplizierte Antragsverfahren wesentlich vereinfachte. Spezielle Anreize für ausländische Investoren wurden allerdings nicht gewährt. Auch 2004 konnte kein nennenswerter Anstieg ausländischer Direktinvestitionen verzeichnet werden (2,6 Mrd. US-Dollar). Um eine Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen zu erreichen, ist neben dem stabilen makroökonomischen Umfeld vor allem eine Verbesserung des Investitionsklimas erforderlich.

## 6 Russland

Das russische Wirtschaftswachstum wird sich nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) im laufenden Jahr auf 5,5 % abkühlen. 2004 war ein Anstieg des BIP von 7,3 % verzeichnet worden. Auch die russische Regierung

hat ihre Wachstumsprognose für 2005 im Juni auf 5,8 % von zuvor 6,5 % gesenkt. Damit ist ein zentrales Ziel von Präsident Putin – Verdoppelung des BIP innerhalb von zehn Jahren – gefährdet.

Einen Hauptgrund für die nach unten revidierte Wachstumsprognose sieht der IWF im Ölsektor. Das Förderwachstum wird sich 2005 nicht so rasant entwickeln wie in den vergangenen Jahren. Aber auch die Verschlechterung des Geschäftsklimas durch Unsicherheiten über den Schutz von Eigentumsrechten und anderer Aspekte des unternehmerischen Umfeldes trugen zu einem nachlassenden Investitionswachstum und einer Zunahme der Kapitalflucht bei. Außerdem kommt die von ausländischen Beobachtern seit langem geforderte und dringend notwendige Diversifizierung der russischen Wirtschaft sowie die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft nicht so schnell voran, wie optimistische Prognosen dies angesichts der hohen Zuflüsse aus dem Öl- und Gasgeschäft noch im letzten Jahr erwartet hatten.

Getragen wird das Wirtschaftswachstum derzeit vor allem vom privaten Verbrauch. Aufgrund des Wachstums der Reallöhne, der hohen Ölpreise und einer stärker expansiven Fiskalpolitik wird von einer weiteren Wachstumssteigerung in diesem Segment ausgegangen. Ein starker Rubel hat die Nachfrage nach Importgütern weiter erhöht und damit den Inflationsdruck verstärkt.

Der jüngste Verbraucherpreisanstieg gibt Anlass zur Besorgnis. Er betrug im vergangenen Jahr etwa 11 % und wird nach jüngsten Schätzungen im laufenden Jahr sogar noch leicht ansteigen. Die ehrgeizigen Ziele zur Senkung der Inflation unter 10 % werden als nicht mehr erreichbar angesehen.

Die Duma, das russische Parlament, hat im Juni 2005 einen Nachtragshaushalt in Höhe von 348 Mrd. Rubel (RUB; ca. 10 Mrd. €) verabschiedet. Von dem Ausgabennachtrag allein gehen

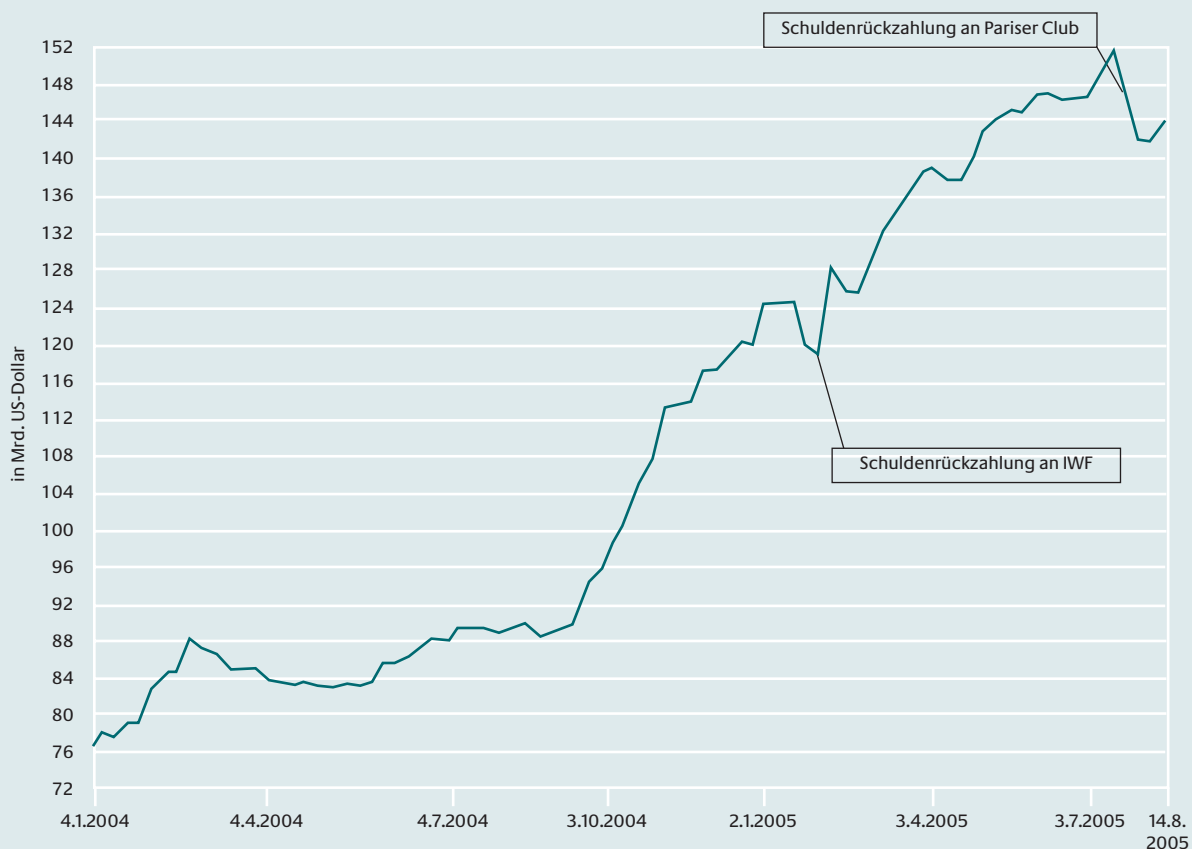
knapp 150 Mrd. RUB (4,3 Mrd. €) in den Pensionsfonds und ca. 73 Mrd. RUB (2,1 Mrd. €) in Gehaltserhöhungen; ca. 54 Mrd. RUB (1,5 Mrd. €) werden den Förderationssubjekten zum Ausgleich dortiger Haushaltsdefizite überwiesen, die vor allem infolge der Monetarisierung von Leistungen im Transport-, Gesundheits- und Kommunalsektor entstanden sind. Lediglich 31 Mrd. RUB (0,9 Mrd. €) sollen für Investitionen, hauptsächlich für den Straßenbau, verwendet werden. Damit wird der Löwenanteil des Nachtragshaushalts konsumtiv verwendet werden und könnte sich beschleunigend auf die Inflation auswirken.

Die Gold- und Devisenreserven der Russischen Föderation sind im Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juli 2005 um 21,7 % auf einen Spitzenwert von rund 152 Mrd. US-Dollar gestiegen. Vor allem durch die vorzeitige Schuldentilgung gegenüber dem Pariser Club wird jedoch wieder

ein Wert unterhalb der 150-Mrd.-US-Dollar-Marke erwartet.

Die Russische Zentralbank hat im Januar dieses Jahres begonnen, den Wechselkurs des Rubel an einen Währungskorb zu binden. Nach einer anfänglichen Mischung aus 90 % US-Dollar und 10 % Euro erfolgte eine schrittweise Anpassung auf inzwischen 65 % US-Dollar/35 % Euro. Die Verschiebung der Währungsanteile soll die Volatilität des Rubel zum Euro reduzieren. Mit dem neuen Wechselkurssystem erfüllt die Zentralbank die Forderung des Marktes nach mehr Transparenz. Wichtigstes Ziel für die Zentralbank sei eine berechenbare Wechselkursstabilität. Wirtschaftsminister Gref hat klarstellend bekundet, dass die russischen Behörden keine aktive Wechselkurspolitik betreiben wollten und auch nicht über die notwendigen mittel- bis langfristigen Instrumente dazu verfügen.

**Abbildung 4: Gold- und Devisenreserven der Russischen Zentralbank**



Kurzfristige Eingriffe zur Vermeidung akuter Ungleichgewichte seien aber auch in Zukunft nicht auszuschließen. Mittelfristiges Ziel der Behörden bleibe die völlige Freigabe des Wechselkurses bis 2007.

Für die weitere Entwicklung der Finanzmärkte dürfte vor allem die Umsetzung des Gesetzes zur Einlagensicherung große Bedeutung haben. Bis Ende März 2005 wurden 824 Institute, ca. 72 % aller Banken, von der Zentralbank für das Sicherungssystem zugelassen. Damit seien 98 % aller Sparguthaben natürlicher Personen bis zu einer Höhe von 100 000 RUB (ca. 3 300 US-Dollar) versichert. Die russische Zentralbank betrachtet die Einlagensicherung als eine wichtige Voraussetzung dafür, ab 2006 gleiche Bedingungen im Wettbewerb zwischen den Banken herzustellen. Dank dem neuen System, das alle Banken in Bezug auf garantierte Sparguthaben gleich behandelt, werden Kunden die Banken künftig gemäß der von ihnen angebotenen Rendite beurteilen und auswählen können. Dies stärkt den Wettbewerb und könnte den Marktanteil großer Marktteilnehmer senken. Im Zusammenhang mit dem Einlagensicherungsfonds wird eine Reduktion der Zahl der Banken und eine Beschleunigung von Zusammenschlüssen speziell kleinerer Institute erwartet. Die zu erwartende Konsolidierung des russischen Bankensektors wird von internationalen Experten als längst überfällig begrüßt.

## 7 Ukraine

Neun Monate sind seit der „Revolution in Orange“ vergangen, in deren Ergebnis Viktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine gewählt worden war. Die angestrebte Westintegration der Ukraine und die Entwicklung der weiteren Beziehungen zu Russland sind die wichtigsten außenpolitischen Felder der neuen Regierung. Im Innern steht sie seit der Machtübernahme vor der schwierigen Herausforderung, eine Vielzahl von notwendigen Reformen

unter großem Zeitdruck voranzutreiben, da bereits im März 2006 Parlamentswahlen anstehen.

Das Wirtschaftswachstum in der Ukraine ist im 1. Halbjahr 2005 nach 12 % im Jahr 2004 auf derzeit 4 % geschrumpft. Dies ist der niedrigste Wert seit fünf Jahren. Vor allem das Wachstum der Industrieproduktion ging unerwartet deutlich auf 5 % im 1. Halbjahr zurück; und das trotz des weltweiten Stahlbooms, einem der Hauptexportsektoren der ukrainischen Wirtschaft. Der IWF geht davon aus, dass die starke Inlandsnachfrage das Wachstumstempo im nächsten Jahr wieder beschleunigen wird. Auch ein Anstieg der Investitionstätigkeit wird erwartet. Dringende Voraussetzung dafür ist aber, dass die Verunsicherung in- und ausländischer Investoren durch die unklaren Regierungspläne bspw. zu den (Re-) Privatisierungen schnell gelöst und dadurch das derzeit schwierige Investitionsklima verbessert wird. Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Ukraine wird in der offiziellen Statistik mit etwa 20 % angegeben; unabhängige Experten schätzen ihn auf 30 % bis 70 %.

Die größte makroökonomische Herausforderung für die Ukraine stellt derzeit die Reduzierung der Inflation dar. Die Inflation nähert sich der 15 %-Marke, für das 1. Halbjahr wurde eine Inflationsquote von 14,1 % gemessen. Der IWF hat die ukrainische Regierung Anfang August zu einer Straffung der Finanzpolitik aufgefordert. Auch wenn Steuerschlupflöcher geschlossen worden seien, hätten große Lohnerhöhungen und nahezu eine Verdopplung der Renten einen Beitrag zum Anstieg der Inflation geleistet.

Mit einem gegenwärtigen Defizit von 2,5 % des BIP hält sich das Staatsbudget in Grenzen, nachdem es im Vorjahr auf 4,5 % angestiegen war. Ursache dafür waren die Anfang 2004 eingeführte Flat Tax von 13 % anstelle der bisherigen Sätze der Einkommensteuer von 10 % bis 40 % und die Reduktion der Körperschaftsteuer von 30 % auf 25 %. Im Gegenzug wurden zwar Steuerbefreiungen gestrichen und einige Verbrauchsteuern erhöht, die Steuersenkung wurde da-



durch aber zunächst nicht kompensiert. Trotz der guten Werte für dieses Jahr empfiehlt der IWF der Regierung, sich auf eine mögliche Überschreitung der Defizitgrenze vorzubereiten. Es werden Mindereinnahmen bei der Privatisierung und steigende Ausgaben im Sozialbereich erwartet.

Nachdem die Landeswährung Hriwna in der Vergangenheit an die Entwicklung des US-Dollar gekoppelt war, erlaubte die Zentralbank im April dieses Jahres eine Aufwertung um etwa 5 %, vor allem zur Inflationsbekämpfung. Dies wird vermutlich nur ein erster Schritt gewesen sein, die Hriwna steht weiter unter starkem Aufwertungsdruck. Auf Grund von massiven Zentralbankinterventionen zur Dämpfung einer weiteren Aufwertung der Landeswährung Hriwna stiegen die Devisenreserven (ohne Gold) von 9,5 Mrd. US-Dollar Ende 2004 auf zuletzt 13,6 Mrd. US-Dollar. Allein im Juli 2005 kaufte die Zentralbank Devisen im Wert von 397 Mio. US-Dollar.



Im Finanzsektor besteht nach wie vor erheblicher Reformbedarf, um die Anforderungen des Sektors für den angestrebten baldigen WTO-Beitritt des Landes zu erfüllen. Der jetzige Präsident Juschtschenko hatte bereits in seiner damaligen Funktion als Zentralbankgouverneur in den Jahren 2000 und 2001 für eine weitgehende Privatisierung gesorgt: Nur an zwei Banken ist der Staat noch beteiligt. Die drei größten Banken des Landes sind vollständig in privater Hand. Nach Aussagen des Zentralbankgouverneurs

braucht der Sektor jetzt vor allem frisches Kapital, da eine hohe Nachfrage nach Krediten besteht. Auch steigt wegen der Schaffung gesetzlicher Grundlagen (bspw. Hypothekengesetz) die Nachfrage nach in der Ukraine bisher eher unbekannten Produkten wie Hypotheken. Da jedoch Transparenz und Eigentümerstrukturen der etwa 160 am Markt tätigen ukrainischen Banken teilweise unklar sind, halten sich ausländische Investoren mit dem Einstieg in den ukrainischen Finanzsektor noch zurück.

Im Vergleich mit anderen Ländern der Region weist die Ukraine ein relativ niedriges Pro-Kopf-Einkommen auf. Zu Marktpreisen liegt es mit 1200 € nicht einmal halb so hoch wie in Russland, Rumänien oder Bulgarien. Es beträgt weniger als 10 % des Durchschnitts der EU-15. Das Pro-Kopf-Einkommen steigt aber auf rund 5000 €, wenn es zu Kaufkraftparität berechnet wird. Die Ukraine liegt dann annähernd auf einem Niveau mit Rumänien und Bulgarien, deren Währungen (im Verhältnis zur Kaufkraft) nicht so stark unterbewertet sind. Die ukrainischen Monatslöhne von derzeit 80–100 US-Dollar entsprechen nur etwa 15 % des polnischen oder etwa der Hälfte des rumänischen Lohnniveaus. Bisher ist es der Ukraine aber nicht gelungen, diese Lohnkostenvorteile im internationalen Wettbewerb auszuspielen und in größerem Umfang Arbeitskräfte in der verarbeitenden Industrie anzuziehen.

Die Wachstumsbasis in der Ukraine dürfte sich in den nächsten Jahren allmählich verbreitern. Die Binnennachfrage wird, gestützt auf steigende Realeinkommen, als Wachstumsfaktor weiter an Bedeutung gewinnen. Ausländische Investoren zeigen ein wachsendes Interesse am ukrainischen Markt. Wichtigste Schwachstellen bleiben Mängel bei Transparenz sowie Probleme im Finanzsektor. Bei der Umsetzung der Reformen wird sich die Regierung dabei an den von ihr selbst vor einem Jahr (damals noch als Opposition) geforderten Maßstäben messen lassen müssen.

## 8 Argentinien

Zusammenfassend lässt sich die makroökonomische Situation in Argentinien in der 1. Jahreshälfte 2005 durch ein sich zwar abschwächendes, jedoch immer noch hohes Wirtschaftswachstum und einen deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise kennzeichnen. Schätzungen des IWF gehen davon aus, dass das BIP Argentiniens im Jahr 2005 insgesamt um rd. 6 % gegenüber dem Vorjahr zunehmen wird (2004: + 9,0 %; 2006: + 3,8 %).

Dabei wirkt sich die expansive Fiskal- und Geldpolitik in Verbindung mit der sich an der Kapazitätsgrenze befindlichen Wirtschaftsleistung Argentiniens zunehmend preistreibend aus: Die Inflationsrate lag im Mai 2005 auf Jahresbasis gerechnet bei 8,6 % gegenüber 4,3 % im Mai 2004. Prognosen zufolge dürfte die Teuerungsrate zum Jahresende 2005 bei 10 % bis 12 % und damit klar über der von der argentinischen Zentralbank angestrebten Zielzone von 5 % bis 8 % liegen. Die Inflationstendenz wird durch die starke Geldmengenausweitung der argentinischen Notenbank verstärkt. Sie ist insbesondere Folge der Devisenpolitik, die die Aufwertung des argentinischen Pesos vor allem gegenüber dem

US-Dollar – aufgrund des starken Devisenzuflusses – verhindern soll. Hinzu kommen Lohnerhöhungen und die Anhebung administrierter Preise, die die Inflation verstärken. Ohne deutlichen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik bleiben die Preisauftriebstendenzen auch künftig bestehen.

Der Wirtschaftsaufschwung wirkt sich positiv auf den argentinischen Staatshaushalt aus. Die Steuereinnahmen stiegen von Januar bis April 2005 um 29,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Zinszahlungen) könnte vor diesem Hintergrund trotz der stark steigenden Staatsausgaben im Jahr 2005 bei rd. 4 ½ % des BIP liegen.

Die Exporte nahmen auch in den ersten Monaten dieses Jahres zu; sie lagen im Zeitraum Januar bis April dieses Jahres 15 % über dem Vorjahresniveau. Die Importe zeigten in den ersten vier Monaten des Jahres eine Zunahme von 32 %. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte im laufenden Jahr mit rd. 1 % des BIP etwa die Hälfte des Vorjahreswertes erreichen. Aufgrund der Interventionen am Devisenmarkt ist es der argentinischen Notenbank gelungen, die Aufwertung des Peso gegenüber dem US-Dollar deutlich zu mil-

**Abbildung 5: Wirtschaftswachstum in Argentinien**



¹ Schätzung des IWF.

dern (1. August 2005: Anstieg des argentinischen Peso gegenüber US-Dollar seit Jahresbeginn um rd. 4%). Die Währungsreserven sind bis Ende Juni auf rd. 24 Mrd. US-Dollar angestiegen.

Hinsichtlich der Umschuldung endete am 25. Februar 2005 die Zeichnungsfrist für das argentinische Umtauschangebot der im Default (Zahlungsverzug) befindlichen Anleihen. Rd. 76 % der ausstehenden Schulden wurden umgetauscht. Anleihegläubiger, die 24 % des Umschuldungsvolumens repräsentieren, lehnten das Tauschangebot ab (sog. „holdouts“). Der ursprünglich für April dieses Jahres geplante technische Anleihetausch fand erst am 2. Juni 2005 statt, da die Klage eines US-amerikanischen Investmentfonds gegenüber dem argentinischen Staat, die schließlich von einem Berufungsgericht in New York abgelehnt wurde, den Umtausch verzögerte. Damit werden Anleihen im Nennwert von rd. 20 Mrd. US-Dollar nicht bedient (inklusive Zinsrückstände rd. 25 Mrd. US-Dollar).

Der IWF drängt zu strukturellen Reformen in Argentinien, vor allem in Bezug auf die Finanzbeziehungen zwischen der argentinischen Zentralregierung und den Provinzen, in den Bereichen des Steuersystems (Steuern auf Exporte und Finanztransaktionen) und des Bankensektors. Auch wird der argentinischen Regierung auferlegt, eine Strategie zu entwickeln, wie eine Lösung für die „holdouts“ erreicht werden kann. Der IWF und Argentinien hatten im Juni 2004 das laufende Kreditprogramm ausgesetzt, da es vor allen bei den vereinbarten Struktur-reformen kaum Fortschritte gab und die argentinische Regierung zunächst die Umschuldung mit den privaten Gläubigern erfolgreich abschließen wollte. Beobachter gehen davon aus, dass insbesondere im Vorfeld der argentinischen Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres die Bereitschaft der argentinischen Regierung zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gering und damit der Widerstand gegen die vom IWF zu Recht geforderten Struktur-reformen hoch sein dürfte.

## 9 Brasilien

Trotz der leichten Konjunkturverlangsamung im 1. Halbjahr 2005 sind die wirtschaftlichen Fundamentaldaten Brasiliens unverändert gut. Das brasilianische reale BIP stieg nach dem kräftigen Wachstum von 5,2 % in 2004 im 1. Halbjahr 2005 mit rd. 3 % etwas schwächer als im Vorjahr. Die Prognose des IWF beläuft sich für den gesamten Zeitraum 2005 auf + 3,7 % (2006: + 3,5 %).

Wesentlicher Wachstumsfaktor bleibt der Export, der seit Jahresanfang 2005 um rd. 22 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen ist. Der Handelsbilanzüberschuss wies im Juni 2005 einen neuen monatlichen Rekord von 4 Mrd. US-Dollar auf. Auch im Gesamtjahr 2005 dürfte der Handelsbilanzüberschuss einen neuen Rekordwert von ca. 38 Mrd. US-Dollar erreichen. Schätzungen gehen davon aus, dass der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2005 insgesamt + 1,7 % des BIP betragen dürfte (2004: + 1,9 %). Auch entwickeln sich privater Konsum und Investitionen weiterhin positiv.

Die konsequent stabilitätsorientierte Geldpolitik und die Aufwertung des brasilianischen Real (rd. 13 % gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn; Stand: 2. August 2005) führen zu einer Verringerung des Preisanstiegs und der Inflationserwartungen. Mit ihrer straffen Geldpolitik (letzte Leitzinserhöhung auf 19,75 %) ist es der brasilianischen Zentralbank gelungen, die Inflationsrate im Juli mit 6,9 % unter den oberen Rand des zinspolitischen Korridors zu senken (Inflationsziel: 5,1 %; Korridor von 2,0 % bis 7,0 %). Prognosen für das Jahresende gehen von einer Inflationsrate von 5,7 % und damit einer weiteren Annäherung an das Inflationsziel aus.

Die Krisenanfälligkeit Brasiliens wird im Vergleich zu früheren Jahren nicht nur durch die stabile Konjunktur, sondern auch durch die guten Finanzdaten deutlich verringert. In den ersten fünf Monaten 2005 übertraf der Primärüberschuss mit rd. 6 ½ % des BIP die von der

Regierung für das Gesamtjahr angestrebte Marke von 4,25 % deutlich. Bis Ende Mai dieses Jahres konnte die öffentliche Verschuldung um 1,4 Prozentpunkte auf 50,3 % des BIP gesenkt werden. Die Steuereinnahmen stiegen in den Monaten Januar bis Mai 2005 insgesamt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,2 % und spiegeln damit die weiterhin günstige Einnahmensituation wider.

Die brasilianische Regierung hatte am 29. März 2005 bekannt gegeben, dass sie auf eine Verlängerung des Kreditabkommens mit dem IWF (Laufzeit 31. März 2005) verzichtet. Die Entscheidung wurde mit der positiven Wirtschaftsentwicklung Brasiliens begründet. Die Entscheidung der brasilianischen Regierung wurde sowohl im politischen Raum Brasiliens als auch vonseiten der brasilianischen Wirtschaft fast durchweg positiv bewertet. Der brasilianische Reformkurs wurde durch Deutschland im Rahmen des ausgelaufenen IWF-Programms unterstützt.



Beobachter gehen davon aus, dass die brasilianische Regierung unter Führung des Präsidenten Lula da Silva vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2006 keine größeren Reformprojekte mehr in Angriff nehmen wird. Als wesentlicher Grund dafür wird auch die seit Frühjahr dieses Jahres schwelende politische Krise in Brasilien angesehen. Zwar dürften wegen der verschlechterten Stimmung im Land und des Ausbleibens struktureller Reformen Wachstumschancen ungenutzt bleiben. Angesichts der insgesamt guten wirtschaftlichen Fundamentaldaten in Verbindung mit einem weiterhin positiven internationalen Umfeld er-

scheint eine Ausweitung der politischen Krise zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise für die meisten Beobachter derzeit jedoch unwahrscheinlich. Viel wird dabei davon abhängen, ob das Vertrauen in die Finanz- und Geldpolitik erhalten bleibt.

## 10 Mexiko

Mexiko bildet mit einem BIP von rd. 657 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004 die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas (Brasilien rd. 583 Mrd. US-Dollar) und die zehntgrößte Volkswirtschaft weltweit.

Im 1. Quartal dieses Jahres hat sich die mexikanische Konjunktur stärker als erwartet abgeschwächt: Das BIP hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4 % zugenommen. Nach der Prognose des IWF wird sich das Wirtschaftswachstum jedoch wieder verstärken und das reale BIP im Jahr 2005 insgesamt voraussichtlich um 3,7 % wachsen. Wesentliche Gründe für das langsamere Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn waren zurückgehende Zuwachsraten im Export und eine höhere Belastung der inländischen Nachfrage durch den Anstieg des Zinsniveaus.

Die mexikanische Zentralbank hat die Geldpolitik in den letzten 1½ Jahren fortlaufend gestrafft und die Geldmarktzinsen auf einen vorläufigen Höchststand von rd. 10 % angehoben. Da mittlerweile die Inflation (Juni 2005: 4,3 %; April und Mai: jeweils 4,6 %) im zweiten Monat hintereinander gefallen ist und die Inflationserwartungen wieder rückläufig sind, könnte die restriktive Geldpolitik und somit der Zinsanstieg nun zu einem Ende gekommen sein. Prognosen sehen die Inflationsrate zum Jahresende 2005 bei 3,7 % und damit innerhalb des Zielbandes der Notenbank von 2 % bis 4 %.

Mexiko wird im Jahr 2005 ein geschätztes Leistungsbilanzdefizit von 1,7 % des BIP aufweisen. Ein wesentlicher Grund für das Leistungsbilanzdefizit ist der negative Handelsbilanzsaldo

und die durch die Aufwertung des mexikanischen Peso bedingte Verteuerung der Importe (Anstieg des mexikanischen Peso gegenüber dem US-Dollar im 1. Halbjahr 2005: rd. 6 %). Das Handelsbilanzdefizit wird in 2005 voraussichtlich bei 11,2 Mrd. US-Dollar liegen.

Der mexikanische Staatshaushalt ist wegen der steigenden Einnahmen aus der Erdölförderung, der insgesamt konservativen Haushaltspolitik und der positiven Wirtschaftsentwicklung in einer guten Verfassung. Das Budgetdefizit des öffentlichen Sektors wird sich gemäß aktuellen Schätzungen im Jahr 2005 auf 0,3 % des BIP belaufen. Die öffentliche Verschuldung soll von 27,2 % des BIP in 2004 auf 26,2 % im Jahr 2005 zurückgehen.

Insgesamt präsentiert sich damit die Wirtschaftslage Mexikos auch im 1. Halbjahr 2005 weiterhin positiv. Das Land profitiert von der sta-

bilitätsorientierten Geldpolitik, der Haushaltsdisziplin, der Nähe zu den USA sowie steigenden Einnahmen aus der Ölförderung. Die fiskalischen und monetären Rahmenbedingungen schaffen damit ein belastbares Fundament, auf dem die fälligen Strukturreformen aufbauen müssten. Viele wichtige Reformen, wie die Deregulierung des Energiesektors, des Arbeitsmarkts und ein grundlegender Umbau des Steuersystems sind bislang jedoch nicht zustande gekommen. Auch sind Reformimpulse zur Neuordnung des föderalen Finanzsystems bislang nicht weiter verfolgt worden. Wichtigste Ursache für die Verzögerungen ist die fehlende Mehrheit zur Durchsetzung der Reformen im mexikanischen Kongress. Beobachter gehen davon aus, dass die Situation zumindest bis zu den Neuwahlen des mexikanischen Präsidenten im Juni 2006 anhalten dürfte.



# Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO)

Sieben Jahre „Regional Intelligence Liaison Office“ (RILO) für Westeuropa im Zollkriminalamt in Köln

1	Weltweites WZO-RILO-Netzwerk .....	71
2	„Customs Enforcement Network“ (CEN) – Datenbank .....	72
3	Aktuelle Arbeitsschwerpunkte .....	72
3.1	Drogen .....	72
3.2	Tabak .....	73
3.3	Produktpiraterie/IPR .....	74
3.4	Sonstige Zollzuwiderhandlungen .....	75
4	Ausblick .....	75

## 1 Weltweites WZO-RILO-Netzwerk

Seit inzwischen über sieben Jahren beherbergt und unterstützt das Zollkriminalamt in Köln eines der elf weltweiten Regionalbüros, sog. „Regional Intelligence Liaison Offices“ (RILOs), der Weltzollorganisation (WZO). Das RILO in Köln ist örtlich zuständig für die Region Westeuropa, die derzeit folgende 21 Mitgliedsländer der WZO umfasst: Andorra, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Israel, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich, Zypern.

Die übrigen zehn RILOs befinden sich in: Riad/Saudi Arabien (Region Mittlerer Osten), Peking/China (Region Asien/Pazifik), Nairobi/Kenia (Region Ost-/Südafrika), Douala/Kamerun (Region Zentralafrika), Dakar/Senegal (Region Westafrika), Rabat/Marokko (Region Nordafrika), St. Lucia (Region Karibik/Mittelamerika), Valparaiso/Chile (Region Südamerika), Warschau/Polen (Region Mittel-/Osteuropa), Moskau/Russland (Region Russland/Gemeinschaft der unabhängigen Staaten).

Nach einer Ratsempfehlung der WZO vom Juni 2003 hat das RILO für Westeuropa (RILO WE) – wie die übrigen RILOs auch – im Wesentlichen folgende Aufgaben, die alle der Unterstützung der jeweiligen Mitgliedsländer dienen und die in enger Kooperation mit der WZO ausgeübt werden:

- Unterstützung der und Zusammenarbeit mit den sog. nationalen Kontaktpunkten des RILO in den Mitgliedsländern,
- Erstellung von taktischen Analysen zur Unterstützung von Strafverfolgungsaktivitäten der Zollbehörden,
- Prüfung und Bewertung der nationalen und regionalen CEN-Eingaben (Customs Enforcement Network – s. a. Abschnitt 2, S. 72),
- Sammlung, Anreicherung und Verteilung von CEN-Informationen,
- Erstellung von periodisch erscheinenden Publikationen (die alle zwei Monate erscheinenden sog. „RILO-WE-Roundups“) mit Informationen zu Sicherstellungen von regionaler und globaler Bedeutung, regionalen Trendanalysen und sonstigen regionalen Berichten,
- Erstellung und Verteilung von Warnmeldungen und Risikoprofilen,



- Entwurf und Umsetzung von zielorientierten Analyseprojekten,
- Unterstützung von regionalen operativen Aktivitäten der Zollverwaltungen.

Im RILO WE arbeiten derzeit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus fünf verschiedenen Ländern. Das RILO WE besteht als ein freiwilliger Zusammenschluss westeuropäischer Zollverwaltungen. Derzeit haben sich neben der deutschen Zollverwaltung, vertreten durch das Zollkriminalamt, die Zollverwaltungen Italiens, Frankreichs, Dänemarks und Norwegens entschieden, Kollegen in das RILO WE zu entsenden.

## 2 „Customs Enforcement Network“ (CEN)-Datenbank

Basis aller Analysen des RILO WE ist die globale „Customs Enforcement Network“-Datenbank der WZO. Sie wurde im Juli 2000 allen der WZO angeschlossenen Zollverwaltungen zur Verfügung gestellt und erlaubt heute mehr als 1400 Zollbeamten in über 140 Ländern Zugriff auf mehr als 100 000 Sicherstellungsinformationen im System. Täglich kommen neue hinzu.

Die CEN-Datenbank umfasst eine Reihe von Anwendungen, die in vier Hauptkategorien aufgeteilt werden können:

- Die für die Analysearbeit wichtigste Datenbank mit (nicht personenbezogenen) Daten zu Zollsicherstellungen und -zuwiderhandlungen. Die Daten stammen aus den Bereichen Drogen, Tabak, Alkohol, Artenschutz, Produktpiraterie, Grundstoffe, Steuern, Waffen, Bargeld, Nuklearmaterial, Pornografie und sonstige Verstöße (z. B. Kunstwerke, gestohlene Fahrzeuge, Anabolika).
- Die CEN Web Site (CWS), die Warnmeldungen und sonstige von Zollverwaltungen benötigte aktuelle Informationen enthält und regelmäßig durch neue Meldungen der angeschlossenen Zollverwaltungen aktualisiert wird.
- Eine Versteckdatenbank, in der Bilder zu außergewöhnlichen Versteckmethoden zu

finden sind und die den Austausch von Röntgen-/Scannerbildern ermöglicht. Zugleich ist sie mit einer Suchfunktion ausgestattet und durch einen Link mit der CEN-Datenbank verbunden, so dass alle Einzelheiten des dahinter stehenden Falles leicht zu recherchieren sind.

- Anwendungen zur Erleichterung der Kommunikation bzw. des Informationsaustauschs innerhalb eines geschlossenen Benutzerkreises von Zollverwaltungen und ggf. sonstigen CEN-Benutzern, etwa während sog. „Gemeinsamer Zollkontrolloperationen“, z. B. die Anwendung CEN-COMM.

Die CEN-Datenbank ist internetbasiert, d. h. von jedem Internet-Arbeitsplatz aus nutzbar. Die Kommunikation und der Datenaustausch finden nur mittels Verschlüsselungstechnologie statt. Auch haben nur zugelassene Benutzer Zugriff auf das System. Über die nationale Auswahl hinsichtlich Zulassung und Umfang des Zugriffs (etwa „read only“, „limited access“ oder „unlimited access“) entscheidet jedes Mitgliedsland zunächst autonom. Entsprechende Anträge sind sodann an die WZO zur dortigen Prüfung und ggf. Freischaltung zu übermitteln.

## 3 Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

### 3.1 Drogen

Im Bereich der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels ist das RILO für Westeuropa seit Beginn seiner Tätigkeiten im Jahr 1998 aktiv.

Dies drückt sich auch in den Jahren 2004 und 2005 in zahlreichen Aktivitäten aus: So hat das RILO WE in seinem letzten veröffentlichten Roundup vom März 2005 eine Analyse zur Rauschgiftsituation in Westeuropa 2004 veröffentlicht. Sie basiert auf einer neuerlichen Zunahme der Zahl der westeuropäischen CEN-Eingaben im Drogenbereich – der Umfang der berichteten Rauschgiftsicherstellungen in West-



europa stieg von 8 102 Fällen in 2003 auf 9 936 Fälle in 2004.

Ohne an dieser Stelle die Ergebnisse der Analyse angesichts deren Umfangs vollständig darlegen zu können, sei auf einige wesentliche Ergebnisse eingegangen:

Die größten Gesamt-Sicherstellungsmengen in Westeuropa ergeben sich für das Jahr 2004 in den Drogenkategorien Kokain, Opiate und Cannabis (siehe Tabelle 1).

**Tabelle 1: Sicherstellungsmengen in ausgewählten Ländern für Kokain, Opiate und Cannabis im Jahr 2004**

Land	Kokain	Opiate in kg	Cannabis
Spanien	27 604	6	236 219
Frankreich	2 694	280	73 721
Belgien	1 433	12	44 593
Vereinigtes Königreich	1 958	658	23 800
Niederlande	11 209	333	7 497
Deutschland	840	540	4 998
Irland	1 637	571	2 086
Norwegen	23	95	1 187

Der sich im Vergleich zu 2003 abzeichnende Trend ist, dass, während die Sicherstellungsmengen in Westeuropa für Kokain leicht rückläufig sind (2003 gesamt: 52 764 kg, 2004 gesamt: 48 366 kg), die Sicherstellungsmengen im Bereich Opiate (2003 gesamt: 2 049 kg, 2004 gesamt: 2 640 kg) und im Bereich Cannabis (2003 gesamt: 315 238 kg, 2004 gesamt: 396 203 kg) gestiegen sind. Eine Erklärung für den letztgenannten Anstieg mag darin liegen, dass in 2004 auch die vier größten Cannabissicherstellungen der letzten drei Jahre stattfanden: eine davon in

Spanien i. H. v. 15 768 kg, zwei in Belgien i. H. v. 14 060 kg bzw. 10 956 kg und schließlich eine in Frankreich i. H. v. 10 148 kg.<sup>1</sup>

Als weitere Aktivitäten im Bereich Rauschgiftschmuggelbekämpfung seien folgende Beispiele genannt:

Das RILO WE fertigt jährlich, ebenfalls auf der Basis der in der CEN-Datenbank vorhandenen Daten, den Jahresbericht der Unterarbeitsgruppe Flughäfen der sog. „Pompidou-Gruppe“ des Europäischen Rates. Für das Jahr 2004 etwa konnte insgesamt ein Anstieg der Rauschgiftsicherstellungen auf Flughäfen festgestellt werden. 5 303 Sicherstellungen aus dem Jahr 2003 stehen 7 609 Sicherstellungen aus dem Jahr 2004 gegenüber, was einen Zuwachs von 30 % bedeutet. Allerdings stieg dabei die sichergestellte Gesamtmenge an Rauschgift auf europäischen Flughäfen lediglich um ca. 24 kg auf eine Gesamtsumme von 29 411 kg an.

Seit dem Jahr 2003 ist das RILO WE verstärkt in die Unterstützung operativer Maßnahmen der Mitgliedsländer involviert. Dies geschieht vor allem durch Analysen vor und nach Gemeinsamen Zollkontrolloperationen. Ein Beispiel ist die abschließende Analyse des RILO WE von 71 Sicherstellungen während der Zollkontrolloperation MERCURE II in 2004. Die Operation fand im Rahmen der Tätigkeiten der Ratsarbeitsgruppe Zollzusammenarbeit unter niederländischer Federführung statt und richtete sich gegen den Exportschmuggel synthetischer Drogen.

### 3.2 Tabak

Ebenfalls seit Beginn der RILO-Tätigkeiten stellt den zweiten großen Arbeitsschwerpunkt des RILO WE die Bekämpfung des Tabak- und Zigaretenschmuggels dar.

Das RILO WE erarbeitet regelmäßig, federführend für die WZO, den weltweiten Jahresbericht

<sup>1</sup> Nähere Einzelheiten, auch zu anderen Rauschgiftarten und zugrunde liegenden Trends, können bei fachlichem Bedarf dem RILO WE-Roundup 03/05 sowie dem WZO-Bericht „Customs and Drugs 2004“ entnommen werden.

„Customs and Tobacco“. Auszüge aus dem Bericht 2004, die für die Region Westeuropa von besonderer Bedeutung sind, finden sich in dem bereits erwähnten Roundup vom März 2005.

Ohne auch diese umfassende Analyse hier ausführlich darstellen zu können, sei auf einige Einzelheiten näher eingegangen.

Während die Zahl der Sicherstellungen in Westeuropa von 463 Fällen in 2003 auf 391 Fälle in 2004 gesunken ist, ist zugleich die Gesamtsicherstellungsmenge in Westeuropa auf knapp über 1,2 Mrd. Zigaretten gestiegen (2003: knapp unter 1,2 Mrd.), was einem Anteil von 48 % der weltweit sichergestellten Zigarettenmenge entspricht.<sup>2</sup>

Die drei hinsichtlich Anzahl der Sicherstellungen sowie Höhe der Sicherstellungsmenge führenden Länder in Westeuropa sind in Tabelle 2 dargestellt.<sup>3, 4</sup>

Auch im Bereich der Bekämpfung des Tabaksmuggels leistet das RILO WE einen Beitrag durch die analytische Unterstützung von operativen Tätigkeiten. Ein Beispiel ist die Analyse der Operation „Shadow“ im Jahr 2004, die vom SECI-Zentrum (= „Southeast European Cooperative Initiative“) organisiert und in mehr als 20 Staaten in Mittel- und Osteuropa von Zoll- und Polizeibehörden durchgeführt wurde. Analysiert werden konnten 476 Sicherstellungen mit

einer Gesamtsicherstellungsmenge von ca. 146 Mio. Zigaretten.

### 3.3 Produktpiraterie/IPR (Intellectual Property Rights)

Allein in Deutschland wurden laut CEN-Angaben in 2004 insgesamt 117 847 615 Einzelstücke an gefälschten Waren sichergestellt. Dabei wurden im CEN-System teilweise zu den einzelnen Sicherstellungen auch Wertangaben gemacht. Wären danach die sichergestellten Waren Originalwaren gewesen, hätten sie einen Mindestwert von rd. 131 Mio. € gehabt. Eine Beispielszahl, anhand derer sich das Ausmaß des europa- oder sogar weltweiten wirtschaftlichen Schadens in seiner beträchtlichen Dimension bereits erahnen lässt.

Nicht zuletzt aufgrund solcher Erkenntnisse stimmten die Mitgliedsländer des RILO WE im Juni 2004 dem Vorschlag des RILO zu, einen neuen Arbeitsschwerpunkt auf das Gebiet Produktpiraterie zu legen. Und so wurde zu diesem Zeitpunkt das „European IPR Project“ des RILO WE ins Leben gerufen. Ziel ist es, einen ersten umfassenden (zunächst) europäischen Analysebericht zur Situation der Bekämpfung der Produktpiraterie durch den Zoll zu erstellen, der voraussichtlich Ende des Jahres 2005 erscheinen wird.

**Tabelle 2: Anzahl der Sicherstellungen von Zigaretten sowie Umfang der Sicherstellungen in Westeuropa im Jahr 2004**

Anzahl der Sicherstellungen		Sichergestellte Mengen in Mio. Stück	
Deutschland:	174	Deutschland:	283
Italien:	35	Belgien:	237
Frankreich:	25	Italien:	172

<sup>2</sup> Erfasst sind ausschließlich Sicherstellungen über einer Grenze von 100 000 Zigaretten im Einzelfall.

<sup>3</sup> Sicherstellungen des Vereinigten Königreiches standen bei der Analyse nicht zur Verfügung.

<sup>4</sup> Ausführlichere Informationen, u. a. zum legalen weltweiten Tabak- und Zigarettenhandel sowie zum Schmuggel von gefälschten Tabakwaren oder zu illegalen Produktionsstätten, können bei fachlichem Bedarf den beiden Publikationen WZO-Bericht „Customs and Tobacco 2004“ und den RILO WE-Roundup 03/05 entnommen werden.

Die derzeit für das Jahr 2004 zur Verfügung stehenden Daten in der CEN-Datenbank legen erste Schlussfolgerungen nahe. Etwa, dass der weit überwiegende Teil der europäischen Sicherstellungen im Bereich Produktpiraterie im Import- und Transitverkehr erfolgt oder dass der Gefahr von Fälschungen von Waren im Gesundheitsbereich erhebliche Beachtung geschenkt werden muss. Betrachtet man etwa die „Top 5“ der nach Anzahl der sichergestellten Stücke aufgelisteten Waren, stehen gefälschte Viagra-Pillen bereits an vierter Position.

**Tabelle 3: Sicherstellungen im Bereich Produktpiraterie in Europa im Jahr 2004**

Kopfbekleidung	22 629 003 Stück
Unterwäsche	4 412 423 Stück
DVD	3 160 420 Stück
Viagra	382 213 Stück
Shirts	368 793 Stück

**Tabelle 4: Häufigste Sicherstellungsfälle im Bereich Produktpiraterie in Europa im Jahr 2004 nach Warenarten**

Fotografische Produkte, DVD-Filme	203 Fälle
Textilien	192 Fälle
Accessoires, Handtaschen	181 Fälle
Kopfbedeckungen	114 Fälle
Schuhe	75 Fälle

### 3.4 Sonstige Zollzuwiderhandlungen

Das RILO WE nimmt Analysen auch in anderen Bereichen von Zollzuwiderhandlungen vor und veröffentlicht und/oder übersendet sie, so z. B.

zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen oder auch für den Bereich Waffenschmuggel. Gerade zum Thema Waffen ist das RILO WE ganz aktuell mit Voranalysen für die Ratsarbeitsgruppe Zollzusammenarbeit und für die Baltic Sea Task Force, einen Zusammenschluss von Zoll- und Polizeibehörden im Ostseeraum, befasst.

## 4 Ausblick

Unverzichtbare Basis für die Arbeit des RILO für Westeuropa sind Qualität und Quantität der Eingaben in die CEN-Datenbank. Die Fortentwicklung der Nutzung dieser Datenbank in den Mitgliedsländern des RILO WE sowie das Bekanntmachen ihrer Vorteile, gerade auch für die Mitarbeiter in der „ersten Reihe“, wird daher weiterhin im Fokus der Aufmerksamkeit des RILO WE stehen.

Auf nationaler deutscher Ebene ist etwa zu denken an

- die Vorteile der genannten Versteckdatenbank für Kontrollbeamte bei Mobilien Kontrollgruppen, in Häfen oder auf Flughäfen,
- die Möglichkeiten für Risikoanalysen in der allgemeinen Zollverwaltung und in der Zollfahndung,
- die Recherchemöglichkeiten für die einzelnen Fachbereiche der Zollfahndung, insbesondere für den Fachbereich Informationsgewinnung,
- die Möglichkeiten des Kommunikationswerkzeugs CEN COMM während internationaler gemeinsamer Zollkontrolloperationen.

International wird sich das RILO WE auch weiterhin entsprechend dem globalen Gedanken des RILO-Netzwerks einbringen. Weltweite Veränderungen und Trends haben ihren Einfluss auch auf die Lage im Bereich Zollzuwiderhandlungen in Europa, wodurch der Blick „über den Tellerrand“ unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Bekämpfungsansätze

wird. Ein unmittelbar bevorstehendes gemeinsames Projekt zwischen den RILOs Warschau, Peking und Köln wird eine gemeinsame Analyse des Schmuggels von synthetischen Drogen aus Europa in Richtung Asien sein.

Daneben bleibt ebenfalls von besonderem RILO WE-Interesse die Unterstützung der Zusammenarbeit von WZO und RILO WE mit anderen internationalen Institutionen.

Das Ziel für die Zukunft heißt, den Mitgliedsländern des RILO WE effektive und frühestmögliche Unterstützungsleistungen anbieten zu können, sei es auf praktischer, strategischer oder sogar „zollpolitischer“ Ebene. Dies bedingt insbesondere auch einen permanenten und aktiven Austausch mit den einzelnen Mitgliedsländern über die gegenseitigen Informationsmöglichkeiten und -bedürfnisse.



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104



# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 80

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	80
2	Gewährleistungen	81
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	81
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	82
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	84
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	88
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	90
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	92
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	93
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	94
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	95
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	96
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	97
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	98
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	99

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 100

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	100
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005	100
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2005	101
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2005	102

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 104

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	104
2	Preisentwicklung	104
3	Außenwirtschaft	105
4	Einkommensverteilung	105
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	106
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	107
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	108
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	109
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	110
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	111

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

### I. Schuldenart

	Stand: 30. Juni 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Juli 2005 <sup>1</sup> Mio. €
Anleihen	515 300	12 000	0	527 300
Bundesobligationen	176 699	0	0	176 699
Bundesschatzbriefe	11 179	72	66	11 185
Bundesschatzanweisungen	108 000	5 000	0	113 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 842	5 937	5 937	35 842
Finanzierungsschätze	1 110	44	63	1 091
Schuldscheindarlehen	31 898	236	723	31 411
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>880 371</b>			<b>896 870</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. Juni 2005 Mio. €	Stand: 31. Juli 2005 <sup>1</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	166 277	165 866
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	267 649	304 025
langfristig (mehr als 4 Jahre)	446 445	426 978
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>880 371</b>	<b>896 870</b>

<sup>1</sup> Vorläufig.



## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,5	104,4
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,0	30,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	61,1	62,3

## 3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
<b>1. Ausgaben</b>	<b>244,4</b>	<b>243,2</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>254,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
<b>2. Einnahmen</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>232,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>192,3</b>	<b>199,6</b>	<b>217,3</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>153,7</b>	<b>160,0</b>	<b>195,3</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,8</b>	<b>- 38,7</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 22,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,3</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 235</b>	<b>26 758</b>	<b>26 865</b>
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 192</b>	<b>16 878</b>	<b>17 354</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
<b>Zinsausgaben</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>36 875</b>	<b>36 274</b>	<b>38 875</b>
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>149 304</b>	<b>148 950</b>	<b>150 225</b>
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>230 606</b>	<b>228 860</b>	<b>233 318</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 696</b>	<b>6 891</b>	<b>6 734</b>
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 197</b>	<b>12 912</b>	<b>12 940</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>3 203</b>	<b>2 932</b>	<b>3 466</b>
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>26 097</b>	<b>22 734</b>	<b>23 140</b>
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 2 158</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>256 703</b>	<b>251 594</b>	<b>254 300</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 932</b>	<b>43 739</b>	<b>24 292</b>	<b>13 555</b>	–	<b>5 892</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 714</b>	<b>8 357</b>	<b>450</b>	<b>615</b>	–	<b>7 292</b>
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>128 064</b>	<b>127 159</b>	<b>198</b>	<b>347</b>	–	<b>126 615</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>923</b>	<b>693</b>	<b>230</b>	<b>259</b>	–	<b>205</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 794</b>	<b>930</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	–	<b>925</b>
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 091</b>	<b>597</b>	<b>27</b>	<b>151</b>	–	<b>418</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 089</b>	<b>1 519</b>	<b>1 585</b>	<b>4 193</b>	–	<b>4 149</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>107</b>	<b>3 251</b>	–	<b>3 357</b>	–	<b>3 356</b>
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>892</b>	<b>1</b>	<b>905</b>	–	<b>555</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>152</b>	<b>78</b>	–	<b>229</b>	–	<b>229</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>816</b>	<b>48</b>	<b>864</b>	–	<b>864</b>
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>7</b>	<b>486</b>	<b>2</b>	<b>495</b>	–	<b>495</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 199</b>	<b>2 959</b>	<b>47</b>	<b>383</b>	<b>–</b>	<b>2 529</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 522</b>	<b>3 471</b>	<b>1 065</b>	<b>1 757</b>	<b>–</b>	<b>649</b>
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 487</b>	<b>5 719</b>	<b>–</b>	<b>19</b>	<b>–</b>	<b>5 700</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 574</b>	<b>39 694</b>	<b>554</b>	<b>264</b>	<b>38 875</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38 914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>254 300</b>	<b>233 318</b>	<b>26 865</b>	<b>17 354</b>	<b>38 875</b>	<b>150 225</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>739</b>	<b>1 500</b>	<b>2 240</b>	<b>–</b>	<b>2 240</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 303</b>	<b>1 747</b>	<b>1</b>	<b>7 051</b>	<b>–</b>	<b>7 051</b>
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>64</b>	<b>3 374</b>	<b>330</b>	<b>3 768</b>	<b>–</b>	<b>3 768</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>– 2 158</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 734</b>	<b>12 940</b>	<b>3 466</b>	<b>23 140</b>	<b>– 2 158</b>	<b>22 745</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.



## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund <sup>5</sup>	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.<sup>5</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Ist-Ergebnisse							Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>254,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>232,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	0,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>38,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>22,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0
Anteil an den Bundessteuereinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 22,0</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446
darunter: Bund <sup>5</sup>	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

<sup>5</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 <sup>3</sup>	22,6	40,7	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,2	40,4	20,5	37,6
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,8	20,1	37,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Mai 2005.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004 <sup>4</sup>	2005 <sup>4,5</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 466
darunter:					
Bund	697,3	719,4	760,5	801½	862
Länder	357,7	384,8	415,0	441	468½
Gemeinden <sup>3</sup>	82,7	82,7	84,1	86½	89½
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	58	19
	<b>in % der Gesamtschulden</b>				
Bund	57,9	57,4	57,4	57½	59½
Länder	29,7	30,7	31,3	31½	32½
Gemeinden <sup>3</sup>	6,9	6,6	6,3	6	6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4	1½
	<b>in % des BIP</b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	58,0	59,5	62,3	64	64½
darunter					
Bund	33,6	34,1	35,7	36½	38½
Länder	17,2	18,3	19,5	20	21
Gemeinden <sup>3</sup>	4,0	3,9	4,0	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2½	1
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>				
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,9	64,2	65,5	66	66

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>4</sup> Schätzung.

<sup>5</sup> Ab 2005 werden die Schulden des Fonds Deutsche Einheit beim Bund gebucht.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon			Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 <sup>2</sup>	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 <sup>2</sup>	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 <sup>2</sup>	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 <sup>2</sup>	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.  
Stand: Mai 2005.

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland <sup>2</sup>	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,7	- 3,3	- 2,8
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,6
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	3,0	1,7	1,2	2,8	2,1	2,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 5,2	- 6,1	- 4,5	- 4,4
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	0,3	- 0,3	0,0	0,1
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 3,0	- 3,4
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,6	0,2	1,3	- 0,6	- 0,6
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 3,0	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,6	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,5	6,2	6,2	2,3	0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,5	- 2,0	- 1,6
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 4,9	- 4,7
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,1	2,3	1,7	1,6
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	2,5	- 0,3	0,2	1,4	0,8	0,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,4	- 3,2	- 3,0	- 2,7
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,1	- 2,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,5
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 6,4	- 5,9	-10,5	- 5,2	- 3,9	- 2,8
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0
Ungarn	-	-	-	-	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,3	- 4,5	- 6,3	- 4,2	- 2,9	- 1,9
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,2	- 2,3	- 2,9	- 2,6	- 2,6	- 2,5
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,6	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,4	- 3,9	- 3,8

– = keine Angaben

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Abweichend Statistisches Bundesamt, April 2005, für 2002: – 3,6% und für 2004: – 3,6%.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: April 2005.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	66,0	68,0	68,9
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,6	94,9	91,7
Dänemark	39,8	76,4	63,1	73,2	52,3	47,8	47,2	44,7	42,7	40,5	38,2
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,8	112,2	109,3	110,5	110,5	108,9
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,8	55,0	51,4	48,9	46,5	44,2
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	57,0	59,0	63,9	65,6	66,2	67,1
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,8	32,6	32,0	29,9	29,8	29,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,7	108,0	106,3	105,8	105,6	106,3
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	7,2	7,5	7,1	7,5	7,8	7,9
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,3	55,7	57,6	57,9
Österreich	36,2	49,2	56,1	68,8	66,7	67,1	66,7	65,4	65,2	64,4	64,1
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,9	58,5	60,1	61,9	66,2	68,5
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,5	45,3	45,1	44,3	43,7
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,3	52,4	52,0	51,2	50,3	49,2
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,7	41,6	41,9	42,5
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,6	69,5	70,8	71,3	71,7	71,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,8	64,1	63,3	62,7	64,3	64,7	65,0	65,1
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Malta	–	–	–	–	57,0	62,4	62,7	71,8	75,0	76,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Tschechien	–	–	–	–	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	–	–	–	–	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Zypern	–	–	–	–	59,9	61,9	65,2	69,8	71,9	69,1	66,6
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,2	61,7	63,3	63,8	64,1	64,2
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,5	157,5	163,2	169,5	173,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	58,3	60,5	62,9	63,8	64,7	66,7

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Stand: April 2005.



### 13 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

### Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

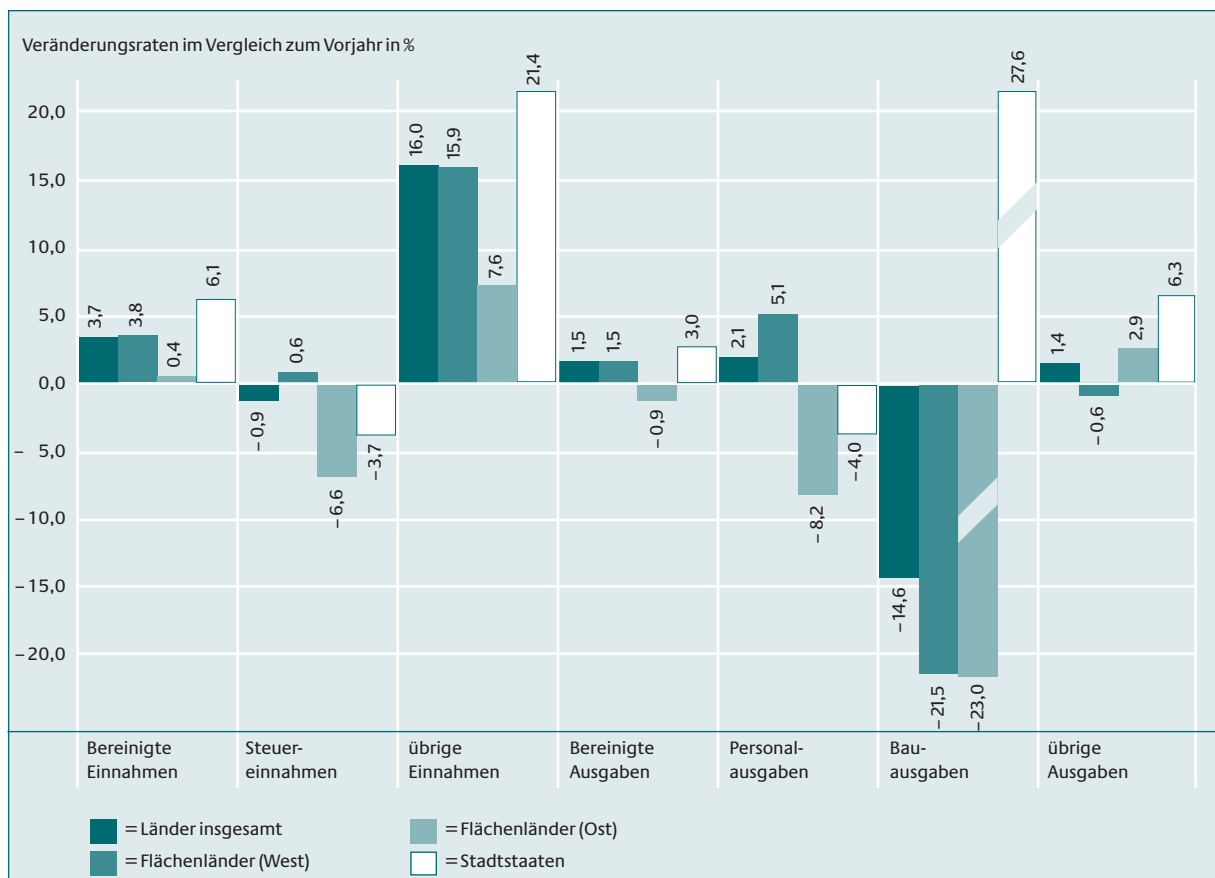
Stand: März 2005.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>161 391</b>	<b>78 908</b>	<b>49 372</b>	<b>22 439</b>	<b>28 767</b>	<b>15 217</b>	<b>234 149</b>	<b>113 971</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	123 946	60 484	22 927	10 525	17 385	8 381	164 257	79 390
übrige Einnahmen	37 445	18 424	26 445	11 914	11 383	6 836	69 892	34 581
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>175 673</b>	<b>88 793</b>	<b>53 022</b>	<b>24 033</b>	<b>34 409</b>	<b>18 146</b>	<b>257 723</b>	<b>128 379</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 237	37 592	13 117	6 347	11 597	5 841	96 952	49 780
Bauausgaben	2 492	675	1 599	420	890	317	4 981	1 411
übrige Ausgaben	100 944	50 526	38 306	17 267	21 921	11 989	155 791	77 188
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 14 277</b>	<b>- 9 885</b>	<b>- 3 650</b>	<b>- 1 594</b>	<b>- 5 641</b>	<b>- 2 929</b>	<b>- 23 568</b>	<b>- 14 409</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2005



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juni 2004			Mai 2005			Juni 2005		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>90 259</b>	<b>109 891</b>	<b>193 428</b>	<b>76 016</b>	<b>88 411</b>	<b>158 406</b>	<b>96 649</b>	<b>113 971</b>	<b>203 353</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	82 861	80 084	162 945	66 006	62 879	128 885	82 608	79 390	161 999
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	108 493 <sup>4</sup>	43 487	151 980	98 517 <sup>4</sup>	34 167	132 685	116 626 <sup>4</sup>	43 152	159 778
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>131 014</b>	<b>126 532</b>	<b>250 824</b>	<b>114 631</b>	<b>104 499</b>	<b>213 110</b>	<b>136 098</b>	<b>128 379</b>	<b>257 210</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	13 338	48 762 <sup>6,7</sup>	62 100 <sup>6,7</sup>	11 252	41 640	52 892	13 205	49 780	62 985
122	Bausgaben	1 786	1 653	3 439	1 123	1 099	2 222	1 587	1 411	2 998
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	– 229	– 229	–	– 235	– 235	–	– 220	– 220
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	88 440	26 860	115 300	81 378	24 758	106 136	103 113	32 015	135 128
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 40 755</b>	<b>– 16 641</b>	<b>– 57 396</b>	<b>– 38 615</b>	<b>– 16 088</b>	<b>– 54 704</b>	<b>– 39 449</b>	<b>– 14 409</b>	<b>– 53 858</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	177	177	–	93	93	–	93	93
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	72	72	–	89	89	–	89	89
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	105	105	–	5	5	–	5	5
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	20 346	14 901	35 247	17 352	8 288	25 640	13 752	9 347	23 098
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	–	– 2 038	– 2 038	–	– 1 560	– 1 560	–	– 1 466	– 1 466
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	–	– 1 243	– 1 243	–	– 981	– 981	–	– 981	– 981
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	15 697	6 982	22 679	3 748	6 289	10 037	12 455	8 214	20 669
32	Vorschüsse	–	11 587 <sup>6</sup>	11 587 <sup>6</sup>	–	7 043	7 043	–	10 548	10 548
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 838	3 838	–	3 813	3 813	–	4 568	4 568
34	Saldo (31–32+33)	15 697	– 767	14 930	3 748	3 059	6 808	12 455	2 234	14 689
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 4 712</b>	<b>– 5 683</b>	<b>– 10 395</b>	<b>– 17 515</b>	<b>– 7 277</b>	<b>– 24 792</b>	<b>– 13 243</b>	<b>– 5 271</b>	<b>– 18 513</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	4 712	4 364	9 076	17 515	5 045	22 560	13 243	2 810	16 053
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	188	188	–	130	130	–	616	616
56	Zusammen	4 712	4 552	9 264	17 515	5 175	22 690	13 243	3 426	16 669
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)</b>	<b>0</b>	<b>– 1 131</b>	<b>– 1 131</b>	<b>0</b>	<b>– 2 102</b>	<b>– 2 102</b>	<b>0</b>	<b>– 1 845</b>	<b>– 1 845</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	–	820	820	–	626	626	–	602	602
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 187	1 187	–	917	917	–	1 326	1 326

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>5</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>6</sup> Wegen technischer Probleme wurden in Baden-Württemberg im Juni 2004 Teile der Personalausgaben im Vorschussbuch gebucht (rd. 1 392,3 Mio. €). <sup>7</sup> Aufgrund fehlender Buchungen in SAP R/3 HR wurden für Hessen im Juni 2004 Teile der Personalausgaben (rd. 351,4 Mio. €) nicht ausgewiesen. Stand: August 2005

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>14 057,4</b>	<b>16 192,8<sup>6</sup></b>	<b>4 221,6</b>	<b>7 497,9</b>	<b>3 038,8</b>	<b>8 902,2</b>	<b>22 500,6</b>	<b>5 383,9</b>	<b>1 169,7</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	10 693,4	12 659,7	2 033,5	6 231,3	1 316,5	6 748,0	17 178,2 <sup>7</sup>	3 642,0	881,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	261,4	–	203,9	191,1	–	131,5	46,3
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 771,0	2 632,1	828,6	1 438,0	763,9	2 967,5	8 293,1	3 196,2	892,8
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>15 728,8</b>	<b>16 875,7<sup>6</sup></b>	<b>4 412,7</b>	<b>8 931,2</b>	<b>3 163,1</b>	<b>10 337,4</b>	<b>25 541,7</b>	<b>6 023,5</b>	<b>1 610,3</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	7 156,4	7 921,7	1 059,3	3 360,1	861,4	4 183,0 <sup>3</sup>	9 934,4 <sup>3</sup>	2 581,8	696,2
122	Bauausgaben	102,1	258,2	55,2	101,7	53,4	39,6	85,5	21,6	31,9
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	807,4	966,5	–	881,5	–	–	110,8	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 472,8	1 004,0	647,2	1 533,1	518,4	2 679,4	7 794,8	2 735,7	393,4
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 671,4</b>	<b>– 682,9<sup>6</sup></b>	<b>– 191,1</b>	<b>– 1 433,3</b>	<b>– 124,3</b>	<b>– 1 435,2</b>	<b>– 3 041,1</b>	<b>– 639,6</b>	<b>– 440,6</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	1 308,6	1 759,5	374,0	– 141,1	254,3	–93,6	497,0	373,6	494,9
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>– 112,3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>21</b>	<b>des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>– 112,3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>0,0</b>	<b>– 762,1</b>	<b>–</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 699,7	1 659,8	394,1	202,1	114,1	384,9	1 471,2	1 077,9	135,0
32	Vorschüsse	1 496,9	4 224,5	4,4	264,5	0,8	595,6	– 66,6	644,0	14,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	151,2	2 250,2	0,0	170,1	142,1	689,5	281,2	– 0,5	12,4
34	Saldo (31–32+33)	354,0	– 314,5	389,7	107,7	255,4	478,8	1 819,0	433,4	133,1
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 121,1</b>	<b>0,0</b>	<b>572,6</b>	<b>– 1 466,6</b>	<b>385,4</b>	<b>– 1 050,0</b>	<b>– 725,1</b>	<b>167,4</b>	<b>187,3</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	531,0	0,0	–	750,0	225,0	– 187,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	110,0	–	506,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	641,0	0,0	506,0	750,0	225,0	– 187,3
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 121,1</b>	<b>0,0</b>	<b>572,6</b>	<b>– 825,6</b>	<b>385,4</b>	<b>– 544,0</b>	<b>24,9</b>	<b>392,4</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	459,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	689,5	278,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 16 176,2 Mio. €, die Ausgaben 16 795,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 618,9 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. Stand: August 2005.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>7 148,9</b>	<b>4 184,2</b>	<b>3 595,6</b>	<b>3 845,7</b>	<b>9 378,5</b>	<b>1 469,6</b>	<b>4 525,5</b>	<b>113 970,7</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	3 353,0	1 957,9	2 450,3	1 863,9	3 920,5	867,5	3 593,4	79 390,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	440,4	272,0	23,7	272,8	1 163,1	136,0	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	703,5	3 274,6	2 706,2	1 956,3	6 841,1	1 211,9	675,2	43 152,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>6 993,2</b>	<b>5 008,4</b>	<b>4 136,8</b>	<b>4 455,7</b>	<b>11 407,9</b>	<b>2 082,3</b>	<b>4 812,6</b>	<b>128 379,1</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 095,8	1 133,7	1 758,3	1 196,6	3 581,6	635,1	1 624,3	49 779,7
122	Bausausgaben	219,1	26,5	33,9	65,6	67,4	67,8	181,6	1 411,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	156,5	–219,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	522,4	2 146,2	2 095,7	1 079,1	4 815,7	576,9	0,0	32 014,8
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>155,7</b>	<b>– 824,3</b>	<b>– 541,2</b>	<b>– 610,0</b>	<b>– 2 029,4</b>	<b>– 612,7</b>	<b>– 287,1</b>	<b>– 14 408,5</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	93,4	–	93,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	88,9	–	88,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	4,6	–	4,6
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	179,6	1 123,2	627,8	872,9	1 689,1	695,9	–668,9	9 346,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 193,7	–	– 394,2	– 765,8	– 1 466,0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 219,1	–	–	–	– 981,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	403,1	136,7	0,0	– 123,9	114,8	182,4	362,0	8 213,9
32	Vorschüsse	1 140,4	760,5	0,0	97,0	–	– 31,5	1 403,3	10 548,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	293,9	57,5	0,0	3,0	242,4	132,2	143,0	4 568,2
34	Saldo (31–32+33)	– 443,4	– 566,3	0,0 <sup>5</sup>	– 217,9	357,2	346,0	– 898,3	2 233,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 108,1	– 267,5	86,6	– 367,8	16,9	39,5	– 2 620,1	– 5 270,6
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	–	0,0	421,1	0,0	6,1	1 064,0	2 809,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	616,0
56	Zusammen	0,0	–	0,0	421,1	0,0	6,1	1 064,0	3 425,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 108,1	– 267,5	86,6	53,3	16,9	45,5	– 1 556,1	– 1 844,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	In innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	0,0	143,0	602,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	242,4	– 28,1	143,0	1 325,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung.

<sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft

Bayern betragen die Einnahmen 16 176,2 Mio. €, die Ausgaben 16 795,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 618,9 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: August 2005.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosenquote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote <sup>4</sup>
	Mio.	Veränderung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt	je Erwerbstätigen	je Stunde	in %
							Veränderung in % p. a.		
1991	38,6	.	50,9	2,1	5,1	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,2	2,4	6,0	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,8	2,9	7,2	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,9	3,1	7,7	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,7	3,0	7,4	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,7	3,2	8,0	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,3	3,4	8,3	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,2	2,9	6,9	1,2	0,8	1,7	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,2	0,7	1,6	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	0,0	1,0	1,1	17,6
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,2	0,8	17,2
1999/1994	37,7	0,5	50,0	3,2	7,9	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,3

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten <sup>2</sup>
				Veränderung in % p. a.			
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,4	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,3	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,7	1,5	2,0	0,9	1,2	1,4	0,7
2003	0,7	0,7	1,0	0,5	1,2	1,1	0,5
2004	2,0	0,4	– 0,1	0,4	1,5	1,6	– 1,0
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,6	– 0,4	0,8	1,3	1,5	0,3

<sup>1</sup> Vorjahrespreisbasis. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,8	1,8	42,17	- 3,40	34,8	32,8	2,0	- 0,2
2002	4,4	- 3,2	96,18	45,42	35,7	31,2	4,5	2,1
2003	0,2	1,6	86,64	46,28	35,5	31,5	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	108,87	72,48	38,0	33,1	4,9	3,3
1999/1994	7,5	7,0	16,1	- 18,4	26,2	25,4	0,8	- 1,0
2004/1999	7,2	4,9	59,8	18,4	34,5	31,7	2,8	0,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,3	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,3
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,6
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,3	3,3	1,9	71,9	72,7	1,8	1,6
2002	1,4	3,1	0,8	71,4	72,3	1,5	- 0,1
2003	1,2	3,8	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,5
2004	2,2	7,0	0,2	69,3	70,7	0,4	0,5
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	- 0,4
2004/1999	1,9	3,2	1,4	71,1	72,1	1,3	0,7

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	– 0,1	1,6	0,8	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	2,3
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	3,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	5,1
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	4,0
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	– 0,9	1,3	1,0	2,0
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	– 1,1	1,0	1,1	1,7
Finnland	3,4	– 0,3	3,4	5,1	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	2,9
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	2,1
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	2,2
Estland	–	–	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	6,2
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	6,9
Litauen	–	–	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	5,9
Malta	–	–	6,2	6,4	– 1,7	2,2	– 1,8	1,5	1,7	1,9
Polen	–	–	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	4,5
Slowakei	–	–	5,8	2,0	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	5,2
Slowenien	–	–	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	4,0
Tschechien	–	–	5,9	3,9	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	4,2
Ungarn	–	–	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	3,8
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,2
EU-25	–	–	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	2,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	0,2	– 0,3	1,4	2,7	1,1	1,7
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,5	3,6	3,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8	1,3	1,1
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,4	1,7
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,2	3,2
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,7
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,8
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,1	2,4
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,1	1,9
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,3	-3,0
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	1,7
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,3	2,1
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1	1,1	1,4
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0	0,4	1,4
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	1,7	2,0
Euro-Zone	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,5
EU-15	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,6
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	3,3	2,7
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	5,0	3,6
Litauen	0,9	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,9	2,6
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,4	2,1
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,1	2,3
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4	3,7	2,9
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,6
Tschechien	3,9	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,9	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,8	3,6
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1
EU-25	2,4	2,5	2,1	1,9	2,1	1,9	1,7
Japan	-0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2
USA	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	2,6	2,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.  
Stand: April 2005.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7	7,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9	4,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5	10,3
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4	10,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4	9,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6	4,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2	5,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0	7,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	8,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9	5,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	7,8	8,2	8,7	8,8	8,8	8,5
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0	7,8
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7	8,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4	9,2
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2	9,7
Malta	–	4,9	5,0	6,8	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1	7,0
Polen	–	–	13,2	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3	17,6
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6	16,8
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3	6,2
Zypern	–	–	3,9	5,2	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,7	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0	8,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,2	5,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>7,9</b>	<b>8,2</b>	<b>6,5</b>	<b>6,0</b>	<b>12,0</b>	<b>10,3</b>	<b>11,4</b>	<b>8,8</b>	<b>6,4</b>	<b>8,5</b>	<b>9,4</b>	<b>6,9</b>
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,1	6,0	5,5	13,7	10,9	11,8	9,7	8,2	10,2	11,4	8,7
Ukraine	9,6	12,1	7,0	4,0	5,2	9,0	12,5	5,9	5,8	11,0	7,2	2,5
<b>Asien</b>	<b>7,4</b>	<b>7,8</b>	<b>7,0</b>	<b>6,9</b>	<b>2,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,7</b>	<b>3,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>	<b>3,5</b>
darunter												
China	9,3	9,5	8,5	8,0	1,2	3,9	3,0	2,5	3,2	4,2	4,2	4,0
Indien	7,5	7,3	6,7	6,4	3,8	3,8	4,0	3,6	1,2	0,3	- 0,3	- 0,3
Indonesien	4,9	5,1	5,5	6,0	6,8	6,1	7,0	6,5	3,0	2,8	2,2	0,9
Korea	3,1	4,6	4,0	5,2	3,5	3,6	2,9	3,0	2,0	3,9	3,6	2,9
Thailand	6,9	6,1	5,6	6,2	1,8	2,7	2,9	2,1	5,6	4,5	2,0	1,4
Türkei <sup>2</sup>	5,9	8,0	5,0	5,0	25,3	10,6	9,0	6,1	- 3,4	- 5,2	- 4,5	- 3,7
<b>Lateinamerika</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,0</b>	<b>5,2</b>	<b>0,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,5</b>
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	6,0	3,6	13,4	4,4	7,7	6,7	5,8	2,0	- 1,2	- 2,9
Brasilien	0,5	5,2	3,7	3,5	14,8	6,6	6,5	4,6	0,8	1,9	1,1	0,4
Chile	3,3	6,0	6,1	5,4	2,8	1,1	2,5	3,1	- 1,6	1,5	0,9	- 1,3
Mexiko	1,6	4,4	3,7	3,3	4,5	4,7	4,6	3,7	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,6
Venezuela	- 7,7	17,3	4,6	3,8	31,1	21,7	18,2	25,0	13,6	13,5	12,0	8,4

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

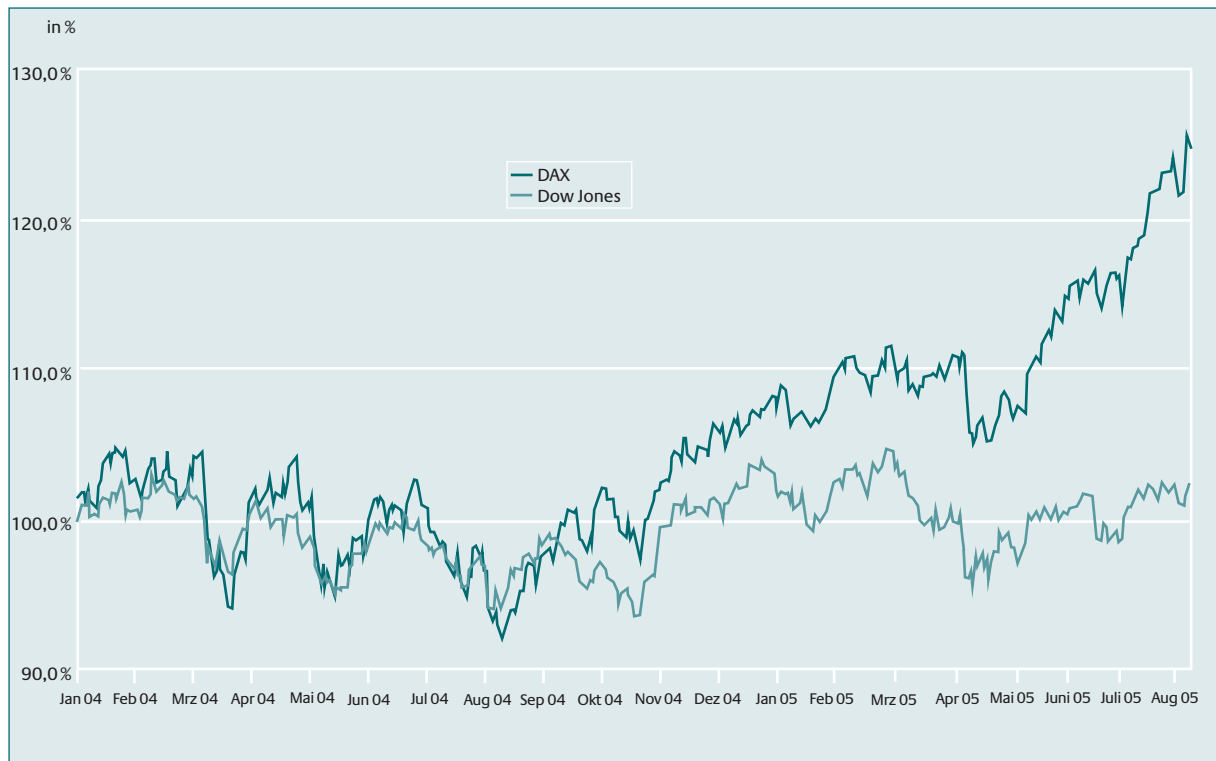
<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook revised projections, April 2005.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 11. August 2005)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Stand 11.8.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 634,06	10 783	– 1,38	9 708	10 984
Eurostoxx 50	3 348,22	2 775	20,67	2 911	3 371
Dax	4 957,60	4 256	16,48	4 158	4 991
CAC 40	4 500,12	3 821	17,77	3 805	4 527
Nikkei	12 263,32	11 489	6,74	10 771	12 263

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 11.8.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2005	Hoch 2005
USA	4,38	4,22	–	3,90	4,60
Bund	3,34	3,69	– 1,04	3,13	3,77
Japan	1,50	1,43	– 2,88	1,17	1,90
Brasilien	7,81	7,70	3,43	7,63	9,43

### Währungen

	Aktuell 11.8.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,24	1,36	– 8,28	1,19	1,35
Yen/Dollar	109,97	102,45	7,34	102,00	113,00
Yen/Euro	136,76	138,82	– 1,48	131,00	140,00
Pfund/Euro	0,69	0,71	– 2,65	0,66	0,71









**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Information und Publikation  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)  
Berlin, August 2005

**Satz und Gestaltung:**

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Druck:**

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.